

DER KAMPF

Jahrgang 3

1. August 1910

11. Heft

Otto Bauer: Ruhepausen der Geschichte

Die grosse englische Revolution hat mit der Restauration der Stuarts geendet. Die grosse französische Revolution hat Napoleon Bonaparte auf den Kaiserthron gesetzt. Der Revolution von 1848 folgte eine zehnjährige Reaktionsperiode in ganz Europa. Jedem Sieg der Revolution folgte der Gegenschlag der Reaktion; immer mussten die reaktionären Gewalten zum zweitenmal besiegt werden, ehe die Völker die Früchte ihrer Revolution in ruhiger Entwicklung geniessen konnten.

Europa hat in den ersten Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts eine kurze Epoche schneller Entwicklung erlebt. In England brach die Herrschaft der Konservativen zusammen, der kleinbürgerliche Radikalismus, auf breite proletarische Massen gestützt, von dem alten Liberalismus wesensverschieden, eroberte die Staatsgewalt. In Frankreich hielt der antiklerikale Radikalismus das Staatssteuer mit starker Hand fest. In Russland triumphierte die Revolution über den zarischen Despotismus. In Oesterreich stürzten die Zwingburgen der Privilegien. In Ungarn gab die Regierung des Königs die Losung des allgemeinen Wahlrechts aus. Nur das Deutsche Reich blieb von der Welle der Demokratie unberührt.

In den letzten zwei Jahren hat sich das Bild völlig verändert. In Deutschland schwillt gerade jetzt die demokratische Flut mächtig an. In den anderen Staaten aber hat die Reaktion ihren Gegenzug mit Kraft und Erfolg geführt. In England hat in den letzten Wahlen der grossbürgerliche Imperialismus dem kleinbürgerlichen Radikalismus eine schwere Niederlage bereitet. In Frankreich besorgen die Demokraten von gestern die Geschäfte der sozialen Reaktion. Die russische Revolution ward in einem Meer von Blut ertränkt. In Oesterreich herrscht nach der kurzen Episode eines aus dem demokratischen Parlament geborenen Ministeriums wiederum die Bureaukratie und die seit 1848 immer wiederkehrende Koalition der historischen Nationen gegen die geschichtslosen ist wieder ihre Stütze. In Ungarn hat das Königtum mit den Feudalen wieder seinen Frieden geschlossen.

Unter dem mächtigen Eindruck der russischen Revolution, der ungarischen Krise, des siegreichen Wahlrechtskampfes in Oesterreich haben wir im Jahre 1907 unseren grossen Wahlsieg errungen.

Noch durften wir hoffen, dass die russische Revolution sich bald wieder emporrecken werde. Die Demokratisierung des slawischen Riesenreiches, die Befreiung Polens aus den furchtbaren Fesseln, das Erwachen der Ukraina aus Jahrhunderte währendem Schlafe würden, so hofften wir, auch für Oesterreich treibende Kräfte innerer Umwälzung werden. Heute wissen wir, dass auch Russland sein Jahrzehnt der Gegenrevolution nicht erspart bleibt. Der Zarismus triumphiert, die russische Reichsduma ist zum Werkzeug der blutbefleckten Reaktion erniedrigt, Polen und die Ukraina sind gefesselt, Finnland erliegt den Streichen der Gegenrevolution.

Noch war der Kampf zwischen dem König von Ungarn und der magyarischen Grundherrenklasse nicht beendet. Noch durften wir hoffen, dass aus dem Streit der beiden Mächte die Demokratisierung Ungarns hervorgehen, dass die Entfesselung der beherrschten Klassen und der unterdrückten Nationen Ungarns eine völlige Umwälzung

des ganzen Staatengebäudes der alten Donaumonarchie einleiten werde. Heute wissen wir, dass die magyarischen Feudalen sich dem König von Ungarn unterworfen haben, damit die Königsgewalt nicht die Demokratie zu Hilfe rufe. Sie haben ihre nationalen Forderungen verraten, um nicht mit Bürgern, Bauern und Arbeitern, mit Deutschen, Slowaken, Rumänen und Serben die Macht teilen zu müssen. Der Sieg der Khuen und Tisza bedeutet, dass der König von Ungarn die Hilfe der Demokratie nicht mehr braucht.

Noch durften wir hoffen, dass der erste demokratische Reichsrat in Oesterreich den Faden wieder aufnehmen werde, der im Jahre 1849 dem revolutionären Reichstag entrissen worden ist. Eine Konstituante, eine Verfassung gebende Versammlung sollte das neue Parlament sein. Wir hofften so stark zu sein, dass nur noch der Bund der acht nationalen Bourgeoisien uns zu beherrschen fähig wäre; wir glaubten, die Bourgeoisien würden die Bedingungen eines dauernden nationalen Friedens schaffen müssen, um gegen uns vereinigt bleiben zu können. Heute wissen wir, dass wir geirrt. Das Regime Bienerth beweist, dass die soziale Opposition der Arbeiterklasse noch nicht so stark ist, dass die Regierung die nationale Opposition eines Teiles der Bourgeoisie nicht ertragen könnte. Mag das Bedürfnis, die Mehrheit, die die Regierung stützt, zu erweitern, noch so stark sein, so stark, so zwingend ist es nicht, dass es die Herrschenden bestimmen könnte, durch die revolutionäre Tat einer Umbildung unserer Verfassung die Bedingungen für den dauernden nationalen Frieden, für die dauernde Vereinigung der acht Bourgeoisien gegen das Proletariat zu schaffen. Das neue Parlament ist keine Konstituante, der Kampf der Nationen dauert fort, der Streit der Bourgeoisien verbürgt der Bureaukratie und ihren Auftraggebern ihre Macht.

Als unser Auswärtiges Amt den Bau der Sandschakbahn ankündigte, klatschten ihm die Demokraten in ganz Europa Beifall: dass sich Oesterreich auf dem Balkan wieder kräftig zu rühren wage, bezeuge, wie die Demokratie das Donaureich gestärkt, wie der Absolutismus Russland geschwächt hat. Heute wissen wir, was uns die verjüngte auswärtige Politik der Monarchie gebracht hat: die Abhängigkeit von den Händeln der kapitalistischen Grossmächte, die Annexion Bosniens mit ihren drückenden Wirkungen, die Vermehrung und Beschleunigung der Rüstungen zu Lande und zur See, die Erschwerung der Steuerlast, die Stärkung des Einflusses höfischer und militärischer Kreise auf unsere innere Politik und, da all das zusammenfiel mit dem Ränkespiel des Zarismus, das sich hinter der Maske des Neoslawismus birgt und dessen Verlockungen auch die österreichischen Slawen erliegen, das Wachsen des Misstrauens und der Abneigung der Herrschenden gegen die slawischen Nationen, wodurch die nationalen Kämpfe noch weiter verschärft wurden.

So sehen wir heute ein ganz anderes Bild vor uns, als wir im Jahre 1907 erwartet hatten. Gewiss wird auch diese Episode der Reaktion vorübergehen, wie alle vor ihr vorübergezogen sind. Aber sie kann nur überwunden werden, wenn grosse geschichtliche Ereignisse eine neue Bewegung in den Volksmassen Europas auslösen. Vorläufig müssen wir wohl mit der Dauer der politischen Stagnation für einige Zeit rechnen.

Für Oesterreich bedeutet diese Ruhepause der Geschichte vor allem die Fortdauer der nationalen Kämpfe. Wohl ist es nicht unwahrscheinlich, dass der Wunsch, für die Steuervorlagen, die Dreadnoughts und das neue Wehrgesetz eine leistungsfähige Parlamentsmehrheit zu finden, die Umbildung des Ministeriums herbeiführen und den parlamentarischen Nationalitätenkampf für einige Zeit etwas mildern werde. Aber jede Koalition der nationalen Bourgeoisien wird immer wieder durch die nationalen Gegensätze gesprengt werden, solange die Bedingungen eines dauernden Friedens nicht vorhanden sind, jedes Ministerium wird an den zahllosen ungelösten nationalen Problemen scheitern. Diese nationalen Probleme sind heute unlösbar; hat doch das Parlament nicht einmal die Errichtung der italienischen Fakultät in Wien beschliessen können, obwohl für sie die stärksten Notwendigkeiten der auswärtigen Politik sprechen und obwohl sie das Interesse keiner Nation bedroht! Die politische Stagnation in Europa bedeutet für Oesterreich den Zustand des nationalen Gleichgewichts, den wir die negative Auto-

nomie der Nationen in Oesterreich genannt haben: die Tatsache, dass die Regierung und das Parlament an die nationalen Probleme nicht rühren können, ohne die Gefahr der Obstruktion herbeizuführen. In einem Zustand, in dem die nationalen Forderungen anwachsen, fällig, überfällig werden, ohne doch ihre Erfüllung finden zu können, müssen alle nationalen Empfindlichkeiten geweckt, muss der nationale Hass gestärkt werden. Der Weg zum Frieden wird so völlig verrammelt. Und mag selbst die Bourgeoisie im Parlament diesen Weg suchen, wenn sie des fruchtlosen Kampfes müde wird, so wird sie sich ihn doch selbst sehr bald wieder ungangbar machen, da sie ausserhalb des Parlaments den Nationalismus nährt, der ihr die wichtigsten Waffen gegen die Arbeiterklasse liefert.

Die Verschärfung der nationalen Gegensätze ist für die Arbeiterklasse Oesterreichs eine ernste Gefahr. Sie nimmt uns nicht nur die Hoffnung, der Arbeiterklasse im parlamentarischen Kampfe fruchtbare Gesetze zu erbeuten, sie schwächt nicht nur die Werbekraft der Sozialdemokratie, sie untergräbt den Bau der proletarischen Organisation selbst. Denn auch die Arbeiterklasse unterliegt dem Einfluss der Umgebung; was das ganze öffentliche Leben bewegt, kann das Bewusstsein der proletarischen Massen nicht unberührt lassen. So schleicht sich der Nationalismus auch in unsere Reihen ein. Wenn heute in den Gewerkschaften, in den Genossenschaften, in der Partei ernste Gegensätze zwischen den deutschen und den tschechischen Genossen auftauchen, so ist die gemeinsame Ursache aller dieser Erscheinungen die Tatsache, dass wir nicht stark genug waren und nicht stark genug sind, die proletarische Masse von dem Einfluss der nationalen Kämpfe und ihrer Ideologien völlig frei zu erhalten. Aus dem Sumpfland der politischen Stagnation dringen vergiftende Dünste in unser Lager. Innere Kämpfe in den Aktionsparteien waren stets eine Begleiterscheinung der Reaktionsperioden.

Der nationale Gegensatz in der Partei tritt als Streit um die Auslegung und um die Ausgestaltung des Programms in Erscheinung. So glauben denn viele Genossen, dass wir die inneren Kämpfe überwinden können, wenn wir eine Einigung über die umstrittenen Forderungen herbeiführen und das Ergebnis einer solchen Einigung in einem ausgestalteten Nationalitätenprogramm zusammenfassen. Wenn nur unser Nationalitätenprogramm den Gesamtwillen der Partei über das Problem der nationalen Minderheitsschulen oder über das Problem der Sprache der Eisenbahnfahrkarten ganz unzweideutig ausspräche, dann wäre, so meinen manche Genossen, die Einheit der Arbeiterbewegung in Oesterreich gesichert. Nun ist die Arbeit an der Ausgestaltung unseres Nationalitätenprogramms zweifellos nützlich und notwendig; niemand wird uns das Zeugnis versagen, dass unsere Zeitschrift diese Arbeit gefördert hat. Aber andererseits darf diese Arbeit doch auch nicht überschätzt werden. Denn die Gegensätze innerhalb der Partei gehen weit weniger auf programmatische als auf taktische Meinungsverschiedenheiten zurück. Nehmen wir zum Beispiel an, es wären deutsche und tschechische Sozialdemokraten über die Forderung nach nationalen Minderheitsschulen vollständig einer Meinung, so wäre uns der Streit um die Resolution des Herrn Staněk, der die Gemüter so erregt hat, doch nicht erspart geblieben: denn den tschechischen Genossen erscheint diese Forderung so wichtig, dass sie auch dann für sie demonstrieren, auch dann sich zu ihr bekennen wollen, wenn solche Demonstrationen keinen anderen Erfolg haben können als den, die nationalen Kämpfe zu verschärfen; die deutschen Sozialdemokraten dagegen werden wohl für eine solche Forderung ihre Macht in die Wagschale werfen, wenn die Stunde ihrer Verwirklichung gekommen ist, sie werden aber nicht durch wirkungslose Demonstrationen den nationalen Kampf schüren wollen, der die Interessen des ganzen Proletariats so schwer schädigt. Selbst die vollständige Uebereinstimmung des Programms schliesse die verschiedene Bewertung seiner einzelnen Forderungen nicht aus. Darum glauben wir nicht, dass selbst das vollständigste und unanfechtbarste Nationalitätenprogramm die restlose Uebereinstimmung der Sozialdemokraten aller Nationen über alle Fragen des nationalen Tageskampfes herbeiführen könnte.

Die Arbeiter der historischen Nationen (Deutsche, Polen, Italiener) wünschen vor allem den nationalen Frieden, der für den Klassenkampf des Proletariats die besten Kampfbedingungen schafft. Die Arbeiter der geschichtslosen Nationen (Tschechen, Slo-

wenen, Ruthenen) fordern vor allem das nationale Recht, das den geschichtslosen Nationen geben soll, was die historischen bereits genießen. In der Stunde der Entscheidung werden wir einig sein können und hoffentlich einig sein: die Arbeiter der historischen Nationen werden ihre Macht für das Recht der geschichtslosen Nationen einsetzen können und einsetzen müssen, weil nur die Sicherung dieses Rechtes den dauernden Frieden verbürgen kann. Heute aber, da die politische Stagnation in ganz Europa auch in Oesterreich die revolutionäre Tat unmöglich macht, die uns den Frieden und das Recht zugleich bringen könnte, erscheint die fortwährende Wiederholung der Forderungen der geschichtslosen Völker den Arbeitern der historischen Nationen nur als Störung des Friedens, den sie brauchen, während die Arbeiter der geschichtslosen Nationen diese Forderungen ihres Inhalts wegen unterstützen zu müssen glauben. Diesen Widerstreit kann auch das vollkommenste Nationalitätenprogramm nicht restlos beseitigen; so wichtig uns die Arbeit an dem Ausbau unseres Nationalitätenprogramms zu sein scheint, so müssen wir doch mit der Tatsache rechnen, dass Meinungsverschiedenheiten über nationale Fragen unvermeidlich sind und trotz der Ausgestaltung des Nationalitätenprogramms unvermeidlich bleiben werden, solange die politische Stagnation einen einschneidenden Eingriff in die nationalen Rechtsverhältnisse unmöglich macht. Wer heute die Einheit der österreichischen Arbeiterbewegung davon abhängig machen will, dass wir über die letzte nationale Frage vollständige Uebereinstimmung erzielen, bringt unsere Einheit nur in Gefahr; wem sie am Herzen liegt, der muss dafür wirken, dass die Einheit des wirtschaftlichen und des politischen Befreiungskampfes der Arbeiterklasse erhalten bleibe, mögen auch ihre nationalen Armeekorps über einige nationale Fragen verschiedener Meinung sein.

In der tschechischen Sozialdemokratie gibt es zweifellos Genossen, deren Ziel die vollständige Absonderung der tschechischen Arbeiterbewegung ist. Sie heben immer wieder die vollkommene „Selbständigkeit“ der tschechischen Arbeiterbewegung hervor, sie halten jede gemeinsame Arbeit mit deutschen Genossen für ein Ueberbleibsel des „deutschen Despotismus“, der sich anmasse, sich um die Angelegenheiten der tschechischen Arbeiter zu kümmern, sie zerstören die internationalen Gewerkschaften und Genossenschaften und möchten demnächst auch den internationalen Verband im Abgeordnetenhaus zertrümmern. Das sind die Separatisten aus Prinzip. Ihnen steht eine andere Richtung gegenüber, die die Einheit der ganzen österreichischen Arbeiterbewegung wünscht; diese Genossen wünschen mit Recht, dass auch über die nationalen Fragen volle Uebereinstimmung zwischen den deutschen und den tschechischen Genossen hergestellt werde; aber sie gehen in ihrem Eifer so weit, dass sie die internationale Einheit für wertlos halten, wenn nicht die volle Uebereinstimmung über alle nationalen Fragen herbeigeführt werden kann, und immer wieder die Zerstörung der einheitlichen Partei für den Fall ankündigen, wenn jene Uebereinstimmung nicht erzielt würde. Und da sich nun Verschiedenheiten der Meinungen über nationale Einzelfragen immer wieder einstellen, bleibt von dem ganzen Bemühen, die vollständige Einheit der Partei herbeizuführen, nichts anderes übrig als — fortwährende Drohungen mit ihrer Spaltung.

So arbeiten die um Šmeral, wohl wider ihren Willen, denen um Steiner in die Hände — der enttäuschte Internationalismus endet wider seine Absicht dort, von wo der grundsätzliche Separatismus ausgegangen ist. Vor solchen Irrwegen bewahrt uns nur die Erkenntnis, dass es heute, in einer Ruhepause der Geschichte, in einer Epoche der politischen Stagnation in Europa und der negativen Autonomie in Oesterreich, unvermeidlich ist, dass innerhalb der österreichischen Arbeiterbewegung verschiedene Ansichten über nationale Einzelfragen bestehen. Internationale Sozialdemokraten können diese Meinungsverschiedenheiten, deren Gegenstand untergeordnete Fragen von lokaler Bedeutung sind, die nur eines der vielen Interessen eines kleinen Teiles der Arbeiterklasse berühren, nicht so hoch werten, dass sie ihretwegen auf die Einheit des internationalen Klassenkampfes verzichten wollten. An die Spitze unseres Nationalitätenprogramms gehört der Satz: Der wirtschaftliche und politische Klassenkampf der Arbeiterklasse ist einheitlich und untrennbar; in der Entscheidung über nationale Fragen bleiben, wenn und solange verschiedene Meinungen über solche Fragen bestehen, die nationalen Glieder der österreichischen Internationale autonom. Nur in dieser Weise können wir

unsere Truppen in der Zeit des Ueberganges einig erhalten, damit sie am Tage der Entscheidung einig kämpfen und siegen.

Ich habe mich lange Zeit gegen diese Erkenntnis gewehrt. Ich halte auch heute noch diese nationale Autonomie innerhalb der Partei für einen unerfreulichen und nicht ungefährlichen Notbehelf. Aber wer dem parlamentarischen Kretinismus noch nicht völlig verfallen ist, wird es für ein geringeres Uebel halten, wenn bei der Abstimmung über ein paar Resolutionen, deren Ablehnung so bedeutungslos ist, wie ihre Annahme wäre, deutsche und tschechische Sozialdemokraten gegeneinander stimmen, als wenn ein ungeheurer Aufwand an Arbeitskraft, Wissen und Scharfsinn darauf vergeudet wird, auf alberne Fragen eine weise Antwort zu finden, und wenn dann, so oft sie nicht zu aller Zufriedenheit gefunden werden kann, die leidenschaftlichsten Erörterungen in der Parteipresse und in den Organisationen die nationalen Empfindlichkeiten in der Arbeiterschaft wecken. Von allen Schäden des nationalen Kampfes ist der schlimmste der, dass der Zank um die Sprachenfrage die grossen Sorgen der Arbeiterklasse stets aus dem öffentlichen Bewusstsein verdrängt; wir können diesen Schaden nicht bekämpfen, wenn auch unsere Parteipresse, auch unsere Organisationen, auch unsere Vertretungskörper unablässig mit nationalen Fragen beschäftigt werden.

Uns dünkt, wir hätten heute wahrhaftig andere Aufgaben. Eine ganze Reihe wichtiger Fragen der Arbeiterschutzgesetzgebung ist durch die parlamentarische Arbeit des letzten Jahres in den Vordergrund gerückt worden. Es wäre heute unsere wichtigste Aufgabe, dafür zu sorgen, dass diese Fragen auf der Tagesordnung bleiben! In einer Reichskonferenz der Partei und auf dem Gewerkschaftskongress müssten wir ein sozialpolitisches Aktionsprogramm feststellen, das wohl den Achtsturentag für die kontinuierlichen Betriebe und für den Bergbau, den zehnstündigen Maximalarbeitstag für alle gewerblichen Betriebe, das Bäckerschutzgesetz, die Sonntagsruhe der Mühlenarbeiter, die Unfallversicherung der Bergarbeiter und die Abschaffung des Arbeitsbuches umfassen müsste. Diese Forderungen und das Verhältnis der bürgerlichen Parteien zu ihnen müssten in einem Flugblatt erläutert werden, das in ganz Oesterreich zu verbreiten wäre. Sodann müsste eine grosse Versammlungsaktion die parlamentarischen Bemühungen um die Durchsetzung dieser Forderungen unterstützen. Es ist nicht unmöglich, dass eine solche Aktion uns unmittelbare Erfolge bringen würde; bleibt sie erfolglos, dann würde sie doch die Parteien, die die Erfüllung dieser Forderungen verhindern, vor der ganzen proletarischen Öffentlichkeit mit schwerer Verantwortung belasten. Eine solche Aktion, mit unserer alten Tatkraft durchgeführt, würde die Arbeiterklasse mit den wirklichen Gegenständen ihres Kampfes beschäftigen. Wir haben wirklich der gemeinsamen Aufgaben genug, auch wenn wir über die Sprache der Eisenbahntafeln nicht ganz einer Meinung sind.

Die Vertiefung der sozialistischen Erkenntnis in den proletarischen Massen und der Kampf um die Erfüllung der proletarischen Tagesforderungen gegen die bürgerliche Welt — darauf beschränkt sich heute unsere Aufgabe. Die Stunde zu geschichtlicher Tat, die auf den Trümmern des alten Oesterreich ein neues Staatengebäude aufbauen soll, ist noch nicht da; dass sie nicht da ist, ist die tiefste Ursache unserer Schwierigkeiten, unserer inneren Kämpfe. Sie wird kommen. In England untergräbt der Imperialismus die feste Basis der ganzen englischen Politik. In Frankreich formieren sich die Armeen der Besitzenden und der Arbeiter zum Kampfe. In Russland glüht das Feuer der Revolution unter der blutvermengten Asche. In Albanien und Mazedonien erstickt die jungtürkische Militärherrschaft nur mit Mühe den Brand, selbst das kleine Problem Kretas vermag der Scharfsinn der europäischen Diplomatie nicht zu meistern. Im fernen Osten gärt es unter den Völkern. Vor allem aber brandet im Deutschen Reich die proletarische Flut an dem Fels des festest gefügten kapitalistischen Staates immer mächtiger empor. Die Wolken sammeln sich. Es naht der Sturm. Braust er erst durch die Lande, dann kommt auch unsere Stunde. Wir mögen in den müssigen Tagen einer Ruhepause der Geschichte hadern; in der Stunde der Tat werden wir einig sein.

Gustav Eckstein: Zur Bevölkerungsfrage

England war das erste Land, in dem der industrielle Kapitalismus zur Herrschaft gelangte, dort brachte er zuerst alle jene Erscheinungen der Anhäufung von Reichtum auf der einen, des Elends auf der anderen Seite hervor, die er seither überall bei seinem Auftreten gezeigt hat. Um die Wende des 18. Jahrhunderts schossen die gewaltigen Fabriken empor, in denen ein verelendetes Proletariat ausgebeutet wurde und die zugleich dem letzten Rest von selbständigen Handwebern und Spinnern den Gar aus machten. Es begann die Zeit des tiefsten Elends, der ärgsten Erniedrigung der englischen Arbeiterschaft, die Zeit der furchtbarsten Kinderausbeutung, während zugleich der Reichtum der Besitzenden stieg und die Regierung sich in jene lange Reihe blutiger und kostspieliger Kriege gegen das Frankreich der Revolution und des Kaisertums einliess, die die englische Staatsschuld in eine bis dahin unerhörte Höhe hinauftrieben. Nicht nur Philanthropen mussten sich in dieser Situation die Frage nach dem Ursprung der herrschenden Not vorlegen, sie beschäftigte im höchsten Masse das allgemeine Interesse. Die Armenlasten stiegen immer höher und erreichten 1817 die Höhe von etwa 160 Millionen Kronen, bei einer Bevölkerung des Landes von etwa 11 Millionen und waren so eine schwere Last, besonders für die Grundbesitzer, die sie aufbringen mussten. Zugleich aber drang der Widerhall der gewaltigen sozialen Kämpfe aus Frankreich herüber und liess die Besitzenden vor einer sozialen Revolution zittern.

Unter diesen Verhältnissen musste ein Buch wie der „Versuch über die Prinzipien der Bevölkerung“ von Robert Malthus das grösste Aufsehen erregen, bei den Besitzenden laute Begeisterung, bei den Besitzlosen Wut und Empörung wecken.

Die Lehre, die Malthus vortrug, war nicht neu und nicht originell; aber sein Buch traf den richtigen Augenblick. Er zeigte, dass das grosse Elend des Volkes nicht auf soziale Ursachen zurückzuführen sei, sondern auf das unerbittliche Walten eines übermächtigen Naturgesetzes, das besagt, dass die Menschen sich rascher vermehren als die Mittel ihres Unterhaltes. Jede Art von Organismen hat nämlich das Bestreben, sich ins Ungemessene zu vermehren. Dieses Streben findet aber im Nahrungsmangel seine Schranke. Dieser ist dadurch bedingt, dass der zur Verfügung stehende Boden beschränkt ist und daher auch der Vermehrung der Organismen Schranken setzt. Während es also die natürliche Tendenz der Lebewesen ist, sich fortwährend zu vervielfältigen, können sie sich tatsächlich nur in einem viel langsameren Tempo vermehren, da die Ueberzähligen keine Nahrung mehr finden. Während sie, wenn sie unbehindert wären, sich etwa im Verhältnis von 1:2:4:8... vermehren würden, können sie es in Wirklichkeit nur etwa im Verhältnis von 1:2:3:4... Dieses Gesetz gilt auch für den Menschen, dessen Zahl sich in höchstens 25 Jahren verdoppeln würde, wenn nicht diesem Wachstum Hemmnisse erstünden. Werden mehr Menschen geboren, als die Zahl beträgt, für die Lebensmittel vorhanden sind, dann entstehen Not und Elend und in ihrem Gefolge Laster und diese rafften die Ueberzähligen hinweg. Die einzige Möglichkeit, dem furchtbaren Wirken dieses Naturgesetzes zu entgehen, besteht daher darin, dass das Proletariat die Zahl der Geburten durch moralische Enthalttsamkeit vom Geschlechtsgenuss einschränkt und so die Uebervölkerung verhindert.

Diese Lehre erlangte für das soziale und geistige Leben des letzten Jahrhunderts eine Bedeutung wie kaum eine andere. Hier schien eine Ursache von Not und Elend einleuchtend nachgewiesen, die den Reichen jede Verantwortung nahm und sie den Armen selbst aufbürdete, die durch die übermässige Hingabe an den Geschlechtsgenuss selbst die Uebervölkerung schufen. Hatte schon Malthus selbst seine Theorie in erster Linie als Widerlegung der sozialistischen Ideen Godwins entwickelt, so musste sie in der Folgezeit erst recht dazu herhalten, die Unsinnigkeit des Sozialismus, ja jeder sozialen Reform zu erweisen. Denn je mehr die Lage des Proletariats gehoben werde, desto grösser für die Arbeiter die Versuchung, Kinder ins Leben zu setzen und dadurch die Uebervölkerung zu steigern, das Elend zu vermehren. Der Sozialismus vollends würde nur dazu führen, dass sich die Menschen wie die Kaninchen vervielfältigten, und so käme es bald dahin, dass die ganze Menschheit in tiefste Not und Verkommenheit versinken müsste.

Eine sehr starke Stütze erhielt diese Lehre dadurch, dass Darwin sie zu einem der Grundpfeiler seiner Theorie der natürlichen Zuchtwahl machte. Diese setzt ja voraus, dass der Nahrungsspielraum für die Vermehrung jeder Tier- und Pflanzenart zu klein wird; in dem sich daraus ergebenden erbitterten Kampf ums Dasein können sich stets nur die Bestangepassten behaupten und am Leben erhalten. Der Siegeslauf des Darwinismus verschaffte daher auch dieser Lehre von dem Widerstreit zwischen der Vermehrung der Organismen und ihrem Nahrungsspielraum und dem sich daraus ergebenden Kampfe ums Dasein ein erhöhtes Ansehen als unzweifelhafte naturwissenschaftliche Wahrheit.

Es ist daher sehr begreiflich, dass die Anhänger sozialer Reformen ebenso wie die Sozialisten sich zunächst nicht an diese scheinbar unumstössliche Wahrheit selbst heranwagten, sondern sich der Frage zuwendeten, ob die Wirkung dieses Gesetzes nicht in seinen Folgen zu mildern oder aufzuheben wäre. So entstand der sogenannte „Neu-Malthusianismus“, der die Grundlage der Malthusschen Theorie beibehielt, aber nicht mehr dem Proletariat moralische Enthaltbarkeit predigte, sondern die von der neueren Medizin und Technik besonders entwickelten Methoden der künstlichen Verhinderung der Empfängnis empfahl. Auf diese Weise sollte der Uebervölkerung gesteuert werden, ohne dass das Proletariat genötigt wäre, den Freuden der Liebe zu entsagen und sich damit zugleich allen jenen moralischen, geistigen und physischen Schädigungen auszusetzen, welche die gewaltsame Unterdrückung des Geschlechtstriebes oft mit sich bringt.

Unter den Büchern dieser Richtung wird in der Regel an hervorragender Stelle auch die erste grössere Arbeit genannt, mit der Karl Kautsky als junger Mann vor nunmehr 30 Jahren vor die Öffentlichkeit trat*. Diese Einreihung des Buches ist aber nicht ganz zutreffend. Kautsky war zwar damals von einem wirklichen Verständnis der Lehren Karl Marx' noch ziemlich weit entfernt, aber er war auch damals schon durch und durch ein revolutionärer Sozialist. Ihm konnte daher auch der Neu-Malthusianismus nicht genügen, der lediglich darauf ausging, das kapitalistische Wirtschaftssystem im Wesen zu verewigen, wenn er auch seine Schrecken für das Proletariat mildern wollte.

In seinem heute noch interessanten und lesenswerten Buch, das auch erkennen lässt, was der Autor ohne Marx schon war, zugleich aber auch, was wir ihm für das leichtere Verständnis der Marxschen Lehren verdanken, zeigt Kautsky, dass das von Malthus empfohlene Mittel der Beschränkung der Kinderzahl die Lage des Proletariats nicht dauernd heben könne, da der Kapitalismus jedes Steigen der Löhne sogleich mit der Einführung neuer Maschinen beantwortete, wodurch die Löhne abermals gedrückt werden, und da auch davon abgesehen der Uebergang zum Beispiel vom Körnerbau zur Viehzucht und ähnliche Aenderungen der Produktionsmethoden Ersparung von Arbeitskräften und damit neuerliche relative Uebervölkerung herbeiführen. Allerdings erblickt auch er in der drohenden Uebervölkerung die grösste Gefahr für ein sozialistisches Gemeinwesen; denn „jede Verbesserung des Loses der unteren Klassen müsse begleitet sein von einem schnelleren Anwachsen ihrer Zahl“. Wenn es daher dem revolutionären Proletariat gelingt, den Kapitalismus zu stürzen und die sozialistische Gesellschaft zu errichten, dann kann es sich der Gefahr der Uebervölkerung nur durch die künstliche Verhinderung der Empfängnis entziehen. Kautsky stimmt also in jener ersten Schrift mit den Neu-Malthusianern in der Anempfehlung des sogenannten „präventiven Geschlechtsverkehrs“ überein, er unterscheidet sich aber wesentlich dadurch von ihnen, dass er dieses Mittel nur zur Ergänzung der sozialen Revolution und zur dauernden Festhaltung ihrer Errungenschaften angewendet sehen will.

Damals war Kautsky noch ein strenggläubiger Anhänger der Lehre Darwins vom unerbittlichen und erbitterten Kampfe ums Dasein, den alle gegen alle führen; aber schon im ersten Jahrgang der bald darauf begründeten „Neuen Zeit“ führte er in einer sehr interessanten Artikelreihe den Gedanken weiter aus, den Darwin bereits angedeutet hatte und der später auch in der Biologie und besonders Psychologie wieder grössere Bedeutung gewinnen sollte, dass eines der wichtigsten Hilfsmittel im Kampfe ums Dasein vieler Tierarten und besonders des Menschen der Zusammenhalt sei, das Solidari-

* Karl Kautsky, „Der Einfluss der Volksvermehrung auf den Fortschritt der Gesellschaft“. Wien 1880. Verlag von Bloch und Hasbach.

tätsgefühl. Diese Erkenntnis bildet auch die Grundlage von Kautskys späterer Schrift „Ethik und materialistische Geschichtsauffassung“. Aber auch hier lässt er die Voraussetzung des Darwinismus, die Lehre von dem durch Uebervölkerung hervorgerufenen Kampf ums Dasein, unangefochten.

In seinem kürzlich erschienenen Buche „Vermehrung und Entwicklung in Natur und Gesellschaft“* wendet er sich nun gegen diese Grundlage des Malthusianismus und Darwinismus selbst. Malthus und ihm folgend Darwin nahmen hier die Fruchtbarkeit der Arten als unveränderlich an, unabhängig von der Umgebung und Lebensweise der betreffenden Tiere oder Pflanzen. Sie setzten voraus, dass die Vermehrung stets gleichmässig weitergehe und nur durch den Mangel an Lebensmitteln in der Weise aufgehalten werde, dass die überzähligen Individuen zugrunde gehen.

Es ist merkwürdig, dass Darwin selbst nicht auf das Trügerische dieser Voraussetzung aufmerksam wurde, die der Entwicklungslehre eigentlich widerstreitet. Die Fruchtbarkeit ist nämlich bei den verschiedenen Arten, ja selbst bei so nahe verwandten wie Hase und Kaninchen, sehr verschieden. Der Hase bringt in einem Jahr viermal je 1 bis höchstens 5 Junge zur Welt, das wilde Kaninchen hingegen sieben- bis achtmal je 4 bis 12. Wenn nun die verschiedenen Tierarten sich aus gemeinsamen Stammeltern durch allmähliche Anpassung an ihre Umgebung und an die dadurch bedingte Lebensweise herausentwickelt haben, dann müssen sie sich auch in der Fruchtbarkeit selbst an die neue Lebenslage angepasst haben, dann muss die Fruchtbarkeit ebenso wie jede andere Eigenschaft sich der Umgebung anpassen. Tatsächlich wurden auch Untersuchungen über die Einwirkung der Lebensweise auf die Fruchtbarkeit angestellt, ja Darwin selbst hat sich später mit dieser Frage bei den Haustieren eingehender beschäftigt, ohne aber, ebenso wie seine Nachfolger, sich dessen bewusst zu werden, dass damit die Grundlage der Zuchtwahllehre selbst erschüttert wurde.

Kautsky hat nun diesen Schritt getan und zunächst gezeigt, dass die von Malthus übernommene Vorstellung einer fortwährenden Neigung der Arten, über den Nahrungsspielraum hinauszuwachsen, zu unmöglichen Folgerungen führt. Wenn zum Beispiel der Elefant, der, vom Menschen abgesehen, keinen überlegenen Feind besitzt, sich in der von den Darwinisten angenommenen Weise vermehren würde, so würde seine Zahl schon in wenigen Jahrhunderten viele Milliarden betragen. Schon lange vorher hätte er alle schwächeren Pflanzenfresser aus den tropischen Wäldern verdrängt, da er alle pflanzliche Nahrung für sich in Anspruch genommen hätte. Mit den kleineren Tieren hätten auch die Raubtiere, die von ihnen leben, verschwinden müssen. Aber auch der Wald selbst hätte dem Ansturm nicht standhalten können, da der Elefant nicht nur Gras frisst, sondern auch Zweige, Sträucher und junge Bäume. Der tropische Urwald hätte daher bald zur Wüste werden müssen, in der auch die Elefantenherden umkommen müssten. Diesem Bild, der notwendigen Folge der von Malthus und Darwin angenommenen Theorie, entspricht aber die Wirklichkeit bekanntlich durchaus nicht. Ja, Brehm erzählt, und darin stimmen ihm alle Beobachter zu, dass der wildlebende Elefant in einer Umgebung lebt, die ihn und noch viele andere Tierarten reichlichst nährt.

Wenn also die Vorstellung unhaltbar ist, dass die Organismen durchgehends die Tendenz haben, über ihren Nahrungsspielraum hinaus sich zu vermehren, so entsteht die Frage, wovon denn ihre Fruchtbarkeit abhängt. Einen Versuch der Beantwortung dieser Frage beim Menschen hatte Sadler schon 1830 unternommen und die Theorie aufgestellt, dass schmale Kost und harte Arbeit die Fruchtbarkeit des Menschen steigern. Die so oft besprochene Fruchtbarkeit des Proletariats im Gegensatz zum wohlhabenden Bürgertum schien ihm recht zu geben, und dieses Argument wird auch heute noch manchmal von sozialistischen Agitatoren gegen malthusianische Einwände ins Treffen geführt, obwohl Kautsky diese Lehre schon in seiner Schrift von 1880 widerlegt hat.

In derselben Schrift erwähnt er auch schon der von dem englischen Philosophen Herbert Spencer, dem Mitbegründer der Entwicklungslehre, aufgestellten Theorie über die Abhängigkeit der Fruchtbarkeit von der Umgebung, ohne sich aber der Bedeutung dieser Lehre bewusst zu werden. Unterdessen hat Spencer diese Theorie in seinem um-

* Stuttgart. J. H. W. Dietz Nachfolger. 1910. 268 Seiten. Preis 2 Mk.

fangreichen Werk „Prinzipien der Biologie“ weiter ausgeführt und eingehender begründet und sie bildet nun die Grundlage der Bevölkerungslehre Kautskys.

Spencer geht von der Voraussetzung aus, dass die Kraft, die einem Individuum zur Verfügung steht, eine bestimmte Grösse ist. Je mehr von dieser für einen Zweck verbraucht wird, desto weniger bleibt für andere Verwendungen übrig. Wenn also ein Organismus viel Kraft zur Gewinnung seines Lebensunterhaltes verausgabt, bleibt ihm nur wenig zur Erzeugung von Nachkommenschaft. Ebenso wird etwa ein Säugetier, das hochentwickelte Junge zur Welt bringt und daher eine lange Dauer der Trächtigkeit aufweist, weniger fruchtbar sein als ein anderes, das nur kurze Zeit trächtig ist und unentwickelte Junge wirft. Wo die Brutpflege die Kraft der Eltern, besonders der Mutter, stark in Anspruch nimmt, dort bleibt entsprechend weniger Kraft zur Erzeugung von Nachkommenschaft. Ist die Nahrung reichlich, so auch der Kraftvorrat. Es bleibt daher auch mehr Kraft für die Erzeugung von Nachkommen. Von dieser Grundlage geht Kautsky aus und betrachtet zunächst die Fortpflanzungsverhältnisse bei den Tieren. Wenn eine Tierart an Ausbreitung zunimmt, wird es dem einzelnen Individuum schwerer, genügende Nahrung zu gewinnen, es wird sich zu diesem Zweck mehr anstrengen müssen und mithin an Fruchtbarkeit einbüßen. Zugleich macht aber die Vermehrung dieser Tiere ihren natürlichen Feinden das Leben leichter, erhöht daher deren Fruchtbarkeit. Die Folge der Vermehrung der Feinde ist, dass nicht nur mehr Tiere der betreffenden Art ihnen zum Opfer fallen, sondern dass auch die anderen mehr auf Flucht und Abwehr bedacht sein müssen, wodurch sich wieder ihre Fruchtbarkeit mindert, infolgedessen auch wieder die ihrer Feinde, während die Nahrung wieder reichlicher wird. So erhält sich in der organischen Natur ein natürliches Gleichgewicht, ohne dass es zu einem eigentlichen Kampf um den Nahrungsspielraum käme oder dass die überzähligen Individuen verhungern müssten.

Gilt dieses Gesetz für die belebte Natur im allgemeinen, so auch für den Menschen, nur dass hier seine Wirksamkeit komplizierter und mannigfaltiger werden muss; denn während die Lebensverhältnisse der verschiedenen Individuen einer Tierart im wesentlichen übereinstimmen, machen sich beim Menschen die sozialen Einflüsse geltend, die die Angehörigen desselben Stammes oder Volkes in ganz verschiedene Lebenslagen bringen; während die Tiere auf Veränderungen ihrer Umgebung nur durch entsprechende Anpassung ihrer Organe antworten können, stehen dem Menschen die mannigfachsten künstlichen Hilfsmittel zu diesem Zwecke zur Verfügung. Das Tier, das in ein kälteres Klima versetzt wird, muss warten, bis ihm ein dichter Pelz wächst, der Mensch zieht einen wärmeren Rock an. Daher lassen sich die Gesetze der Natur keineswegs unmittelbar auf die Gesellschaft übertragen. Viel wichtiger als Aenderungen oder Unterschiede seiner natürlichen Umgebung sind für den Menschen die Mittel, mit denen er auf sie einzuwirken vermag; viel grösser als der unmittelbare Einfluss seiner natürlichen Umgebung ist der des sozialen Milieus, in dem er lebt.

Es hat daher, wie Marx sagt, jede Wirtschaftsform ihr eigenes Bevölkerungsgesetz. Das des Kapitalismus hat er selbst mit unübertrefflicher Schärfe in dem Gesetz der industriellen Reservearmee gezeichnet. Aber ihn interessierte dabei lediglich die soziologische Seite der Frage, auf die biologische ging er gar nicht ein. Er setzte ebenso wie Darwin, allerdings für seine Betrachtungsweise mit vollem Recht, eine bestimmte Fruchtbarkeit der Bevölkerung als gegeben voraus.

Kautsky geht nun, indem er den Marxschen Gedanken auf die Biologie überträgt, darauf aus, zu zeigen, in welcher Weise diese natürliche Fruchtbarkeit des Menschen durch die sozialen Verhältnisse beeinflusst wird, in denen er lebt. Nun fällt beim Menschen, wie bei allen Säugetieren die Last der Fruchtbarkeit fast ganz dem weiblichen Teile zu. Die Frau ernährt die Frucht mit ihrem Blut und später mit ihrer Milch, sie trägt das Kind zuerst in ihrem Leib, später auf dem Arm, auf dem Rücken oder sonst, sie hat auch auf manchen Kulturstufen allein oder doch in erster Linie für seinen Unterhalt zu sorgen. So kommt Kautsky zu dem Satz (Seite 156): „Die Geschichte der menschlichen Fruchtbarkeit ist die Geschichte der Frauenarbeit.“

Unter diesem Gesichtspunkt untersucht er nun die Fortpflanzungsverhältnisse in den verschiedenen Phasen der Kultur, in den verschiedenen Wirtschaftsformen. Die Frau

des von der Jagd lebenden Wilden muss selbst Wurzeln, Beeren, Kräuter, Würmer und andere Nahrungsmittel für sich und ihre Kinder suchen; daneben teilt sie aber nicht nur die Anstrengungen und Gefahren der fortwährenden Wanderungen, zu denen das Jägerleben die Horde zwingt, diese Lasten fallen ihr, die nicht nur die Kinder, sondern auch den primitiven Hausrat zu schleppen hat, in noch viel höherem Masse zu, als dem Mann. Dazu kommt, dass sie die Kinder so lange stillen muss, bis sie ihre eigene Kost vertragen können, da Milch von Tieren nicht zur Verfügung steht. Aus allen diesen Gründen erklärt sich die geschlechtliche Kälte und die geringe Fruchtbarkeit der Naturvölker im Jägerstadium.

Ganz anders liegen die Verhältnisse bei den viehzüchtenden Nomaden, bei denen die Lebensmittel reichlich vorhanden sind, deren Gewinnung aber fast ganz den Männern zufällt. Die Hausarbeit der Frauen wird oft noch durch Sklaven erleichtert, die Kinder finden in der Milch der Haustiere bald einen Ersatz für die Muttermilch, auf die sie daher nicht lange angewiesen bleiben. So erklärt sich die ungeheure Fruchtbarkeit der Nomaden, die einst es den Germanen ermöglichte, immer neue Völkerschwärme in das römische Reich zu werfen. Ein weiteres bezeichnendes Beispiel liefern die Araber, die innerhalb eines Jahrhunderts die ungeheuren Gebiete von Indien bis Spanien mit ihren Völkerfluten überschwemmen.

Aehnlich gross wie bei den Nomaden ist die Fruchtbarkeit bei Ackerbauern auf reichem und reichlich zugemessenem Boden. Auch hier ist die Frau von Arbeit entlastet, ohne in Faulheit zu verkommen, während die Lebensmittel reichlich vorhanden sind. Als charakteristisches Beispiel dieser Stufe führt Kautsky Südafrika im 17. Jahrhundert an, wo die Fruchtbarkeit der grundbesitzenden Buren und Kaffern ausserordentlich gross, die der auf die Jagd angewiesenen oder in Sklaverei lebenden Hottentotten hingegen sehr gering war, wie überhaupt die Fruchtbarkeit der abgerackerten Arbeitssklaven so gering ist, dass sich die Sklaverei stets nur dort und so lange behaupten konnte, als ein fortwährender Zustrom neuen billigen Sklavenmaterials stattfand.

Machen sich hier schon die sozialen Unterschiede in der Fruchtbarkeit geltend, so werden diese Verhältnisse um so komplizierter und mannigfaltiger, je verwickelter die wirtschaftlichen und sozialen Zustände sich gestalten.

Auch als die Lage des Bauernstandes infolge der Zerstückelung des Bodens und der feudalen Bedrückung immer schlechter wurde, liess zunächst die Fruchtbarkeit nicht nach, solange die überschüssige Bevölkerung in den Städten Aufnahme und Wohnung fand. Erst als die mittelalterliche Stadtwirtschaft für neuen Bevölkerungszustrom keine Erwerbsgelegenheit mehr bot, während zugleich die Bedrückung der Bauern wuchs, ging die bäuerliche Fruchtbarkeit zurück. Das Heiratsalter besonders für die Mädchen wurde hinaufgesetzt und zugleich die uneheliche Geburt strengstens verpönt. So entstand jene bäuerliche Moral, deren literarischer Ausdruck eigentlich die Lehre Malthus' ist, die in der Wirklichkeit aber zu reichlicher Fruchtabtreibung und Kindesmord führt. Vom Bauerntum greifen diese Anschauungen auch auf das städtische Kleinbürgertum über, das aus jenem hervorgeht und nun auch in ähnlich beschränkten Verhältnissen lebt. Auch hier wird das Kinderkriegen immer mehr zu einem Privileg der Besitzenden, das auch nur in dem Mass ausgeübt werden darf, als es die pekuniären Mittel gestatten.

Hat der Kleinbauer und Handwerker seine Kinderzahl beschränkt, um ihnen ein auskömmliches Dasein zu ermöglichen, so zwingt die Konkurrenz den Kapitalisten, nicht nur auf Ansammlung, sondern auch auf Erhaltung eines möglichst grossen Kapitals bedacht zu sein, dieses also möglichst wenig zu zersplittern. Wirkt schon das üppige und müssige Leben der Damen sowie die Verbreitung venerischer Krankheiten in der Richtung einer allgemeinen Degeneration und daher auch einer Herabsetzung ihrer Fruchtbarkeit, so wirken hier in derselben Richtung noch viel stärker die Mittel zur künstlichen Verhinderung der Empfängnis. Auf dem entgegengesetzten Pol der Gesellschaft steht das Lumpenproletariat, das zwar im Elend lebt, aber Anstrengungen nicht kennt, während zugleich seine Lebensbedingungen, besonders die Wohnverhältnisse die Geilheit wecken und der Geschlechtsverkehr durch keinerlei Rücksichten gehemmt wird. Daher seine starke Vermehrung, die jene falsche Theorie scheinbar rechtfertigte, nach der die Fruchtbarkeit im umgekehrten Verhältnis zur Ernährung stehen sollte. — Wieder

anders liegen die Dinge beim industriellen Proletariat. Hier wird die Frau schon im jugendlichen Alter in das Erwerbsleben hineingerissen, und neben der Arbeit in der Fabrik obliegt ihr bald auch die des eigenen Haushaltes und der Kindererziehung. Freilich wirken diese Umstände, die eine natürliche Minderung der Fruchtbarkeit bewirken würden, heute noch nicht mit voller Wucht, weil der grösste Teil des weiblichen Proletariats noch bäuerlicher Abstammung ist und daher die natürliche Fruchtbarkeit dieser Klasse in die neuen Verhältnisse mitbringt. Die Gründe, welche die Kapitalistenklasse ihre Kinderzahl einschränken lassen, wirken im Proletariat nicht, denn hier gibt es kein vererbbares Vermögen; zugleich nehmen die Versorgung der Städte mit billiger Kuhmilch und mit anderen Surrogaten der Muttermilch, Kinderkrippen u. s. w. der Proletarierin die Lasten des Säugens und der Behütung der Kinder zum grossen Teil ab; die Kinder gehen dabei zwar oft zugrunde, aber die Arbeitslust der Mutter ist doch erleichtert. Dafür aber macht sich immer mehr als beschränkendes Moment geltend, dass Schwangerschaft und Geburt schwere Behinderungen des Erwerbslebens der Frau bedeuten und zugleich die fabrikmässige Herstellung von Hilfsmitteln der künstlichen Behinderung der Empfängnis deren Gebrauch auch den armen Schichten der Gesellschaft ermöglicht. Tatsächlich hat denn auch die Fruchtbarkeit des Proletariats in den letzten Jahren stark abgenommen, wenn sie auch die der Bourgeoisie noch immer übersteigt.

Malthus hatte, wie wir gesehen haben, behauptet, dass sich die Lebensmittel nur in „arithmetischer Progression“, das heisst im Verhältnis der Zahlen $1:2:3:4\dots$ vermehren, während die Bevölkerung das Bestreben hat, sich in „geometrischer Progression“, das ist im Verhältnis der Zahlen $1:2:4:8\dots$ zu vervielfältigen. Allerdings zieht er diese Zahlenverhältnisse nur zur Veranschaulichung heran, ohne die Genauigkeit der Uebereinstimmung behaupten zu wollen. Der Gedanke, der seinen Ausführungen zugrunde liegt, ist aber der, dass die Vermehrung sowohl der Menschen als ihrer Unterhaltsmittel das Bestreben hat, stetig in einem bestimmten Verhältnis fortzuschreiten. Die hier nur kurz skizzierten Untersuchungen über die Aenderung der Fruchtbarkeit in verschiedenen Wirtschaftsformen zeigen, dass diese Voraussetzung nicht nur beim Menschen nicht zutrifft, bei dem diese Verhältnisse ungleich komplizierter sind, als jene mechanische Regel es behauptet, sondern auch ebensowenig auf den Nahrungsspielraum. Der Uebergang von einer Wirtschaftsform zur anderen, etwa von der Jagd und dem Fischfang zur Viehzucht oder zum Ackerbau erweitert den Nahrungsspielraum mit ungeheurer Raschheit, während er beim Fortbestand derselben Wirtschaftsweise vielleicht durch Jahrhunderte, ja Jahrtausende sich nur sehr langsam ausdehnt, gleich bleibt oder eventuell zurückgeht. Dies ist gerade dann der Fall, wenn sich diese Wirtschaftsform erschöpft, überlebt hat und zum Uebergang, zu einem neuen System drängt. Hier ist also von einer stetigen Entwicklung im Sinne einer „arithmetischen Progression“ gar keine Rede.

Malthus wurde zu seinem Irrtum hauptsächlich dadurch verführt, dass er Technik und Wirtschaft verwechselte; diese stehen aber oft geradezu in einem Gegensatz zueinander, der nirgends so deutlich wird wie in der heutigen Landwirtschaft. Setzt schon in der Industrie das Privateigentum an den Produktionsmitteln der Anwendung und Verbreitung technischer Fortschritte oft schwer überwindbare Hindernisse entgegen, so wirkt es in der Landwirtschaft noch viel stärker in dieser Richtung. Die technische Rückständigkeit dieses Produktionszweiges ist nicht durch seine Natur bedingt, sondern durch die sozialen Verhältnisse, durch das Privateigentum. Die Zersplitterung des Bodens macht jede wirklich rationelle Wirtschaft unmöglich, zu der auch ein Kapitalaufwand nötig wäre, der dem Lande nicht zufließen kann, weil die Grundrente einen grossen Teil auch des Kapitalprofits an sich reisst. Dieser Tribut, den der Landwirt dem Grundbesitzer zu leisten hat, der ihn verschwendet oder in der Industrie anlegt, entführt zugleich Jahr für Jahr der Landwirtschaft riesige Wertmengen, während zugleich das ländliche Proletariat, so weit es nicht durch zwerghaften Grundbesitz an die Scholle gebunden ist, ebenfalls der Industrie zustrebt und das Land entvölkert. So ist also das Gesetz der allmählichen Abnahme des Bodenertrages keineswegs, wie die bürgerliche Oekonomie behauptet, ein Naturgesetz, sondern es entspringt den sozialen Verhältnissen, die der Kapitalismus zeitigt. Es verliert daher auch mit diesem seine Geltung.

Die Aufhebung des Privateigentums muss eine ungeheure Steigerung der Produktivität der Landwirtschaft mit sich bringen. Nicht indem sie den Bauern expropriert, sondern indem sie ihm erst die Möglichkeit bietet, seinen Betrieb rationell zu gestalten und sich der Hilfsmittel zu bedienen, die ihm moderne Wissenschaft und Technik schon heute in reichstem Masse bieten könnten, wenn er in der Lage wäre, sie auszunützen, die aber erst dann sich voll entfalten können. So ist die Sorge, die heute auch viele Sozialisten beschleicht, ob die Verwirklichung des Sozialismus nicht eine rasche Uebervölkerung herbeiführen werde, für lange Zeit gegenstandslos geworden. Inzwischen aber hat der Mensch Zeit, sich den neuen Verhältnissen anzupassen.

Der Sozialismus befreit die Frau aus ihrer Abhängigkeit vom Manne, er gestaltet ihre Lebensweise besser und gesünder, er hätte also insofern die Tendenz, auch ihre Fruchtbarkeit zu erhöhen. Dem steht aber gegenüber, dass er die Frau auch viel intensiver, als es heute geschieht, zu geistiger Betätigung, zu geistiger Arbeit heranziehen wird, ein Kraftverbrauch, der der Fruchtbarkeit stark entgegenwirkt. Dadurch werden aber auch die Ansprüche erhöht, welche die Frau an ihre eigene Leistungsfähigkeit auf geistigem und sozialem Gebiet stellt; sie will nicht mehr blosses Gebärmittel sein, und die medizinische Technik bietet ihr bequeme Mittel, die Zahl der Kinder nach Wunsch zu regulieren. Die von den Gegnern des Sozialismus an die Wand gemalte Gefahr der raschen Uebervölkerung, sobald der Druck der Not von den Schultern des Volkes genommen ist, ist also illusorisch.

Bei einem flüchtigen Vergleich der beiden Schriften Kautskys über die Bevölkerungsfrage könnte man leicht zu der Auffassung kommen, dass sie in ihrem Resultat eigentlich übereinstimmen, in der Erwartung, dass die künstliche Verhinderung der Empfängnis die Gefahr der Uebervölkerung bannen werde. Das hiesse aber den vollständigen Wandel verkennen, der sich in den Grundauffassungen Kautskys unter dem Einfluss des Marxismus vollzogen hat. In jener ersten, vor dreissig Jahren erschienenen Schrift sucht Kautsky noch nach den Mitteln zur Verwirklichung des Sozialismus, den er als ethisches Ideal und Ziel des Klassenkampfes, aber noch nicht als notwendiges Ergebnis des Kapitalismus selbst betrachtet und erblickt im Neu-Malthusianismus eine unerlässliche Forderung, soll die Errungenschaft der sozialen Revolution nicht alsbald wieder verloren gehen. In seinem neuen Werk untersucht er die Zusammenhänge zwischen Wirtschaftsweise und Fruchtbarkeit. Wir haben ihn raschen Schrittes auf der Wanderung durch die Reihe der Wirtschaftsformen begleitet und konnten dabei beobachten, wie die Beeinflussung der Fruchtbarkeit durch die Lebensverhältnisse, die anfangs, auf den niedersten Stufen, fast rein organisch ist, das heisst auf die natürliche Anpassung beschränkt bleibt, immer mehr zu einer bewussten, mit künstlichen Mitteln geförderten wird. Es ist das ein Vorgang, der sich auf allen Gebieten des menschlichen Kulturlebens wiederholt und der auch dadurch notwendig wird, dass sich die einschneidendsten Aenderungen in der Lebenshaltung, der Wirtschaftsweise der Menschen mit einer Raschheit vollziehen, die eine natürliche Anpassung ihres Organismus gar nicht erlauben würde; diese wird aber auch durch die Hilfsmittel der Kultur überflüssig gemacht. Kautsky macht daher in seinem neuen Buch keineswegs für den präventiven Geschlechtsverkehr als Hilfsmittel der sozialen Befreiung Propaganda, sondern er zeigt, dass die Lebensverhältnisse der neuen Gesellschaft, insbesondere die Stellung, die sie der Frau zuweist, diese selbst zu einer Beschränkung der Kinderzahl veranlassen werden.

* * * *

Kautskys Buch ist sowohl für die Biologie als für die Sozialwissenschaft von grosser Bedeutung schon dadurch, dass es die Grundlage zerstört, auf der sowohl Malthus als auch Darwin ihr Lehrgebäude errichtet haben, die Behauptung, dass jede Organismenart das natürliche Bestreben hat, sich über den Nahrungsspielraum hinaus zu vermehren*.

* Es ist wohl kaum notwendig, darauf hinzuweisen, dass damit die Entwicklungslehre selbst keineswegs angegriffen erscheint. Dass die höheren Organismen sich aus niederen entwickelt haben, gehört heute zu den am sichersten verbürgten Tatsachen der Naturwissenschaft. Der Streit dreht sich nur um die Frage der Beschaffenheit und der Erklärung dieser Entwicklung, und hier gewinnt gegenüber der Lehre des Darwinismus der Lamarckismus immer mehr an Boden, der Kautskys Buch gewiss als starke Waffe in diesem Kampfe begrüssen wird.

Ueber diesen negativen Punkt hinaus zeigt dieses Buch aber an einem Musterbeispiel, wie biologische Lehren auf das Studium sozialer Verhältnisse, ohne diesem oder jenen Gewalt zu tun, wie das sonst fast immer geschieht, anzuwenden sind, zur gegenseitigen Befruchtung beider Gebiete der Wissenschaft. Kautsky hat in der Behandlung der Bevölkerungsfrage ganz neue Wege gewiesen, dieser Zweig der Forschung empfängt durch seine Arbeit die reichsten Anregungen. Die Ergebnisse, zu denen er gelangt, werden allerdings voraussichtlich in manchen Richtungen nicht nur Ergänzungen, sondern auch Korrekturen erfahren müssen.

Spencers Biologie rührt aus einer Zeit, wo die Forschung auf diesem Gebiet sich noch fast ausschliesslich der blossen Beobachtung bediente und aus dieser ihre Schlüsse zog, und in der zugleich die mechanistische Betrachtungsweise absolut herrschte. Die heutige Biologie zieht in ungleich grösserem Ausmass das Experiment als verlässlichstes Hilfsmittel der Forschung heran und hat gelernt, dass die Gesetze der Mechanik zwar natürlich auch für die Welt der Organismen uneingeschränkt gelten, dass aber die Fragestellung jener Wissenschaft hier nicht genügt.

Es ist unzweifelhaft richtig, dass ein Organismus auf die Dauer nicht mehr Energie verausgeben kann als er einnimmt. Aber aus diesem Satz ergeben sich noch nicht notwendig die Folgerungen, die Spencer aus ihm gezogen hat. Denn im Gegensatz zur unbelebten Natur hängen nicht nur die Leistungen eines Organismus von den Energien ab, die er angesammelt hat, sondern auch umgekehrt die Ansammlung der Energien von den Leistungen, die von ihm beansprucht werden. Was ein Arbeiter leisten kann, hängt allerdings von der Menge Nahrungsmittel ab, die er konsumiert; aber zugleich regelt sich auch seine Nahrungsaufnahme nach dem Kraftaufwand, den sein Organismus zu leisten hat. Die Arbeit macht bekanntlich hungrig.

Die Verhältnisse sind daher schon aus diesem Grunde keineswegs so einfach, wie die Theorie Spencers sie hinstellt. Es ist sehr wohl möglich, dass ein Organismus, an den die Fortpflanzung höhere Anforderungen stellt, eben deswegen auch grössere Energiemengen ansammelt, ferner aber auch, dass er anderen Lebensgebieten solche Energiemengen selbst auf Kosten seiner eigenen Erhaltung entzieht. So kommt es bei manchen niederen Tieren vor, dass ihre Fruchtbarkeit sich gerade bei karger Ernährung ungemein steigert, allerdings auf Kosten der Lebensdauer des mütterlichen Tieres selbst. Ferner bietet die Mannigfaltigkeit in der Art der Fortpflanzung auch innerhalb des von Spencer vorgezeichneten Rahmens noch Gelegenheit zu den verschiedensten Arten der Anpassung. Das Legen von Eiern erfordert weit weniger Kraftverbrauch als das Gebären lebender Jungen. Aber auch auf jedem dieser Gebiete gibt es noch grosse Unterschiede. Insbesondere ist der Grad der Entwicklung sehr verschieden, in dem bei den einzelnen Tierarten die Jungen zur Welt gebracht werden. Die Anstrengungen der Brutpflege sind ebenfalls sehr verschieden, keineswegs aber stets der genaue Ersatz für den Energieverbrauch einer längeren Trächtigkeit. Dazu kommt noch, dass, wenigstens bei manchen Tierarten, die Erzeugung männlicher Nachkommenschaft weniger Kraft und Material in Anspruch zu nehmen scheint als die weiblicher. Durch alle diese Faktoren werden hier die Verhältnisse so kompliziert, dass sie durch ein Gesetz wie das Spencers nicht vollkommen erfasst werden können. Dieses Gesetz bildet also nur einen Rahmen, der allerdings weiter ist als seine Vertreter annehmen, der aber doch die Grenze andeutet, über die die Vermehrung nicht hinausgehen kann. Es ist aber noch die höchst wichtige Aufgabe der Detailforschung, zu untersuchen, wie weit der Rahmen in jedem einzelnen Falle ist, und wie sich die Vorgänge innerhalb dieses Rahmens abspielen. Hier werden daher auch die Schlussfolgerungen Kautskys, der jenes Gesetz als zu eindeutig auffasst, wohl wichtige Korrekturen und Ergänzungen erfahren müssen.

Von ungleich grösserer Wichtigkeit als das allgemeine Naturgesetz sind aber für Kautsky die Verhältnisse bei den Säugetieren und speziell beim Menschen. Es ist sehr merkwürdig und ein Beweis dafür, dass die grundlegende Bedeutung dieser Frage für die theoretische Biologie bisher verkannt wurde, dass sich die Wissenschaft mit ihr verhältnismässig noch recht wenig beschäftigt hat. Eine zusammenfassende Darstellung der Ergebnisse der Forschung über die Abhängigkeit der Fruchtbarkeit von der Umgebung oder auch nur von der Ernährung existiert überhaupt nicht. Man muss sich das spär-

liche Material aus der wissenschaftlichen Literatur aus Artikeln und gelegentlichen Notizen zusammensuchen. Während in letzter Zeit die eifrigsten Studien über die Vererbung bestimmter Eigenschaften und Merkmale und auch über den Einfluss der Ernährung auf das Geschlecht der Nachkommenschaft gepflegt worden sind, wurde die so wichtige Frage der Abhängigkeit der Fruchtbarkeit selbst von den Lebensumständen sehr vernachlässigt. So weit aber solche Forschungen vorliegen, scheinen sie allerdings Kautskys Auffassung zu bestätigen.

So erklärt zum Beispiel Havelock Ellis, eine der bekanntesten Autoritäten auf dem Gebiete der Erforschung des menschlichen Geschlechtslebens, „dass mit wachsender Kultur der Geschlechtstrieb an Stärke zunimmt“*. Und er beruft sich zur Stütze dieser Ansicht nicht nur auf eine lange Reihe von Schilderungen verlässlicher Forscher, die die geschlechtliche Kälte der Wilden bestätigen, sondern auch auf die biologische Forschung, welche zeige, dass domestizierte Tiere grössere Geschlechtsbegierde und Fruchtbarkeit aufweisen als ihre wilden Verwandten, dass gut genährte Tiere überhaupt fruchtbarer sind als schlecht versorgte. Zustimmend zitiert er einen Ausspruch Heapes: „Sehr wahrscheinlich hat die Zeugungskraft des Menschen mit der Kultur zugenommen, wie sie beim Vieh durch die Domestikation gesteigert wird; und es hat die Wirkung regelmässiger reichlicher Zufuhr guter Nahrung und die vielen Stimuli, die das Leben in unserem modernen Gemeinwesen mit sich bringt, die Zeugungsorgane so angeregt, dass ein gesundes Weib fast zu jeder Zeit ihrer Geschlechtsreife konzipieren kann.“

Nicht die Entdeckung dieser Wahrheit ist das Verdienst Kautskys, der auch die Ehren eines Eroberers biologischen Neulandes gewiss nicht für sich in Anspruch nimmt, sondern dass er ihre grundlegende Bedeutung für die Vermehrung in Natur und Gesellschaft erkennt und insbesondere dass er gezeigt hat, wie sie für die Sozialwissenschaft fruchtbar zu machen ist. Damit hat er der Forschung über das Bevölkerungsproblem ganz neue Bahnen gewiesen. Auf ihnen wird die Wissenschaft weiter zu schreiten und die Untersuchung eingehender in den Details zu führen haben. Dabei wird sich zugleich ergeben, wie weit jenes Naturgesetz beim Menschen Geltung hat und in welcher Weise es sich jeweils durchsetzt. Auf diese Weise wird auch die Sozialwissenschaft sich für die Biologie fruchtbar erweisen und jener Wissenschaft einen Teil der Dankesschuld abstaten, die ihr für mannigfache Hilfe und Anregungen gebührt. Kautsky selbst hat diese Untersuchungen in dem vorliegenden Band erst in gröberen Strichen skizziert, die feinere Durchführung wird die Aufgabe künftiger Forschung sein. Dass Kautsky sich mit jener Skizze begnügte, rührt wohl hauptsächlich von dem zu grossen Vertrauen, das er in die Gültigkeit und Genauigkeit jener Spencerschen Theorie setzte, und das ihm nur ihre Anwendung auf die sozialen Verhältnisse, nicht aber zugleich auch eine Erprobung an ihnen geboten erscheinen liess.

Doch nicht nur der Forscher wird Anregung, der wissenschaftlich interessierte Leser Genuss aus dem Buche gewinnen, sondern auch der Agitator wird reichlich Argumente in ihm finden, nicht nur zur Abwehr gegnerischer Einwände, sondern zugleich auch zur Gewinnung neuer Schichten der Bevölkerung.

Die ungemein klaren und präzisen Ausführungen über den Einfluss von Kapitalismus und Sozialismus auf die Landwirtschaft bieten eine willkommene Ergänzung zu Kautskys „Agrarfrage“ und zu seiner Schrift über „Die soziale Revolution“. Sie werden besonders in unserer Landagitation sich gewiss als ungemein fruchtbar erweisen. Von grossem Interesse sind ferner die Abschnitte über das Verhältnis von Kapitalismus und Proletariat zu Wissenschaft und Kunst. Sie zeigen, wie auch diese beiden gewaltigen Kulturfaktoren erst vom Siege des Proletariats ihren glänzendsten Aufschwung zu erwarten haben. Freilich stehen sie nicht in allen Teilen mit dem Grundgedanken des Buches in so notwendigem Zusammenhang, wie man das sonst in Darstellungen Kautskys gewohnt ist. Hier hat die Geschlossenheit der Darstellung dem Mitteilungsdrang des Mannes der Propaganda eine Konzession machen müssen. Denn in Kautsky vereinigen sich, wie selten in einem Manne, die Qualitäten des Forschers und des Kämpfers.

* H. Ellis, „Das Geschlechtsgefühl“. Würzburg. 1903 S. 271.

Martin Rapoldi: Klassenkämpfe in der Gemeinde

Vor nicht allzuferner Zeit überwog fast in allen Staaten die ländliche Bevölkerung die städtische. Heute hat sich das Siedungsverhältnis ins Gegenteil gewendet: Die städtische Bevölkerung übertrifft vielfach die ländliche, und wo dieses Verhältnis noch nicht zur Tat geworden, offenbart die Beobachtung, dass die Verschiebung mitten in Bewegung ist. Die Ursachen dieser Wandlung sind zu bekannt, als dass wir sie besonders erwähnen müssten: In den Städten konzentriert sich der hauptsächlichliche Warenaustausch, und da eine Reihe Industriezweige an der Quelle des Handels sitzen wollen, gravitieren sie nach den volkreichen Orten.

Die Konzentration gewaltiger Menschenmassen in den Städten ist natürlich nicht ohne Rückwirkung auf das Erwerbsleben und — die Art des Erwerbes und der Erwerbsverhältnisse bedingt die Klassenscheidungen — auf die soziale Schichtung der Städtebewohner geblieben. In der kleinsten Provinzstadt ist der alte Patriarchalismus, der einstens dem Leben der Städte sein eigenartiges Gepräge gab, aus den engen Gassen gehuscht. Das Hasten und Jagen nach Erwerb und Lebensunterhalt, nach Reichtum und Macht löste die patriarchalische Gemütlichkeit ab. Probleme, die noch vor einem Menschenalter unbekannt waren oder höchstens einen kleinen Teil der Bevölkerung einer Stadt berührten, drängen sich, brennend Lösung heischend, in den Vordergrund des wirtschaftlichen Lebens: die Wohnungsnot, Wohnungsteuerung, die Approvisionierungsfrage, der Steuerdruck. Was alle diese Probleme zu brennenden macht, ist, dass zu ihrer Lösung jede Basis fehlt.

Die Verschiebung in der sozialen Schichtung der städtischen Bevölkerung hat aber keine Ergänzung gefunden in einer Verjüngung der Verwaltung der Städte. Das alte versteinerte Privilegienwahlrecht, auf Grund dessen die Gemeindeverwaltungen gewählt werden, nimmt den breiten Volksschichten jede Möglichkeit, die Stadtverwaltung den geänderten Lebensbedürfnissen anzupassen; die Verwaltung der Städte beruht heute auf derselben Basis wie vor einem Menschenalter, die Anforderungen, welche die breiten Massen der Städtebewohner an das Stadtregime stellen, entspringen aber ganz anderen Wirtschaftsverhältnissen als jenen, die zur Zeit, als die heutige Gemeindeordnung erlassen wurde, den Städten ihren Charakter aufdrückten. Dieser Kontrast gibt den Klassenkämpfen in der Gemeinde eben ihre eigenartige Wucht und Schärfe.

Die bürgerlichen Parteien bestreiten das Bestehen eines solchen Kontrastes. Sie bekämpfen die sozialdemokratische Forderung nach dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht zur Gemeinde in der Regel mit dem Hinweis, dass in der Gemeindeverwaltung hauptsächlich nur Fragen zu behandeln sind, die vornehmlich das Interesse des sesshaften besitzenden Bürgers berühren. Dieses „Argument“ wurzelt in der Ansicht, dass alle wirtschaftlichen Veränderungen im letzten Menschenalter nur quantitativer Art seien und mit den politischen Rechten nicht das mindeste zu tun haben und dass sich die fernere wirtschaftliche Entwicklung ganz gut auf der Basis des heutigen Gemeindewahlrechtes vollziehen kann. Wenn die Massen der besitzlosen Klassen in der Gemeinde schon ein Interesse zu vertreten haben, dann, in Gottes Namen, gibt man den „Nichtsteuerzahlern“ einen vierten Wahlkörper mit etlichen Mandaten, der Arbeiterschaft wird solcherart ermöglicht, ihr „Interesse wahrzunehmen“ und die leidige Wahlrechtsfrage ist, für die bürgerlichen Parteien, gelöst.

Tatsächlich aber war die Verschiebung des wirtschaftlichen Lebens nicht bloss eine quantitative, sondern in demselben Masse qualitativ. Nicht allein der Umstand, dass heute eine Stadt mehr Menschen zu beherbergen hat, warf die Wohnungsfrage auf und hat sie zur brennendsten aller sozialen Augenblicksfragen gemacht, sondern der Grad der Einsicht, den eine Gemeindeverwaltung der Wohnungsfrage entgegenbringt. Ob sie selbst die Regelung des Wohnungswesens in die Hand nimmt oder sie ganz der Privatspekulation, dem Spiel des Angebotes und der Nachfrage überlässt, ist entscheidend für die Beurteilung. Und Steuerdruck ist nicht die

Summierung der Abgaben, welche die Gemeinde von ihren Bewohnern einhebt, sondern die Art der Steuern; welche Steuern der Bevölkerung auferlegt werden. Deshalb bedeutet die Niederreissung der Privilegienschranken in der Gemeinde die Ebnung des Weges zu einer gesunden, den Interessen des Volkes entsprechenden Gemeindepolitik, was der landläufige Unverstand des Spiessers ebensowenig begreifen kann, wie der bürgerliche Politiker begreifen will. Für beide ist die Forderung der Sozialdemokratie nach dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht nicht mehr als ein Produkt sozialdemokratischer Machtgier; der erste sagt's aus Unvernunft, der zweite mit Ueberlegung. Zur Zeit, wo die heute noch bestehende Gemeindeordnung erlassen wurde, waren die politischen Vorrechte in der Gemeinde vielleicht berechtigt; zumindest wurden sie nicht als eine Bedrückung der Rechtlosen empfunden, weil sie bei der damaligen Wirtschaftsweise nicht zu einer Unterjochung der besitzlosen Klassen durch die besitzenden ausgenützt werden konnten. In den industriell noch wenig entwickelten Mittel- und Kleinstädten Oesterreichs gab es damals, im Grunde genommen, nur eine sesshafte Bevölkerungsschicht: die Bürger, Handwerksmeister, Handelsleute, Beamte, Offiziere u. s. w., die sogenannten Selbständigen; durchwegs Personen, die nach ihrer Klassenlage sozial kaum getrennt, aber ideologisch und verwandtschaftlich enge miteinander verbunden waren. Dieser Schicht standen die Unselbständigen gegenüber: die Handwerksgesellen, Handlungsgehilfen, Tagelöhner, Knechte und das Dienstpersonal. Die sesshafte industrielle Arbeiterschaft fiel vermöge ihrer geringen Zahl als Klasse kaum ins Gewicht. Der Interessengegensatz zwischen diesen beiden Bevölkerungsschichten war ein geringer, er blieb der Hauptsache nach auf die blosse Lohnfrage beschränkt. Der alte Handwerksgeselle war unselbständig, hatte keine Familie, lebte bei seinem Meister in Kost und Logis. Die Wohnungssorge berührte nicht ihn, sondern seinen Meister; die Lebensmittelteuerung traf ebenfalls seinen Arbeitgeber und ebenso die indirekte Besteuerung. Alle die Probleme: Wohnungsnot, Wohnungsteuerung, schlechte Approvisionierung der Stadt, Steuerdruck konnten also die Alvorderen der heutigen Lohnarbeiterschaft nicht berühren, und die Selbständigen besaßen vollen Einfluss auf die Gemeindeverwaltung, waren also wohl in der Lage, sich gegen den Wohnungs- und Lebensmittelwucher, gegen ein rücksichtsloses Anziehen der Steuer-schraube gehörig zur Wehr zu setzen. Diese Verteidigung der Interessen der Selbständigen kam aber der noch spärlichen sesshaften industriellen Arbeiterschaft zugute; und man begreift nun wohl, dass für die Arbeiterschaft zur Zeit, wo die heutige Gemeindeverfassung erlassen wurde, die Frage des Gemeindewahlrechtes keine so brennende war als heute.

Diese Idylle des Zusammenlebens ist nun gründlich dahin. Selbst in der kleinsten Provinzstadt ist der alte Handwerksgeselle eine unbekante Erscheinung. An seine Stelle tritt der moderne gewerbliche und der industrielle Lohnarbeiter. Alles sesshafte Elemente, die Familien gründen, Wohnungen benötigen und sich selbst verköstigen. Diese Armee Lohnarbeiter hat noch einen gewaltigen Zufluss erhalten durch die proletarischen Existenzen der Privatbeamten und technischen Angestellten, die man — allerdings fälschlich — den „neuen Mittelstand“ nennt. Als Familienväter, Wohnungsinhaber und Konsumenten sind diese Klassen der gleiche Wirtschaftsfaktor geworden wie seinerzeit die sesshaften Selbständigen. Aber das Recht, die Verwaltung der Gemeinde nach ihren Bedürfnissen zu regeln, ward ihnen nicht zugestanden. Das Wahlrecht wurde nicht nach dem geänderten Wirtschaftsleben reformiert, es ist geblieben, wie es war. So steht das Proletariat in allen jenen Sphären, wo es wirtschaftliche Selbständigkeit erwarb, ohne jede Verteidigungsmöglichkeit seinen Feinden gegenüber, Feinden, die mit schonungsloser Wucht einstürmen, den schmalen Arbeitsverdienst des Arbeitsmannes für eine freie Prise der Hausbesitzer, Zwischenhändler und des geldhungrigen Gemeindesäckels erklären. Was den Kampf des Proletariats gegen seine Bedränger eben zu einem Kampf macht, ist die Angriffs- und Verteidigungsmöglichkeit. Gegen den Unternehmer kann sich das Proletariat zur Wehr setzen kraft seiner Gewerkschaften. Gegen die Willkür der Staatsgewalt kraft des allgemeinen, gleichen und direkten Stimmrechtes. Aber ein wahrhaftiger Kampf gegen seine Bedränger in der Gemeinde, gegen den Wohnungswucher, gegen das parasitäre Zwischenhändler-tum,

gegen den Steuerdruck ist heute vollständig versagt. Das Wahlrecht mit dem Wahlkörpersystem ermöglicht höchstens in Städten mit entwickelter Industrie und niedrigem Wahlzensus dem Proletariat ein Vordringen im dritten Wahlkörper. Was bedeuten aber solche Erfolge? In der Praxis gar nichts! Tonangebend für die Gemeindepolitik bleibt immer noch das Uebergewicht des zweiten und ersten Wahlkörpers; selbst dort, wo die Arbeiterschaft alle Mandate des dritten Wahlkörpers zu erobern vermochte, kommen ihre Vertreter über eine Oppositionsstellung nicht hinaus; der Gemeindepolitik eine die Bedürfnisse der breiten Massen befriedigende Wendung zu geben, ist ihnen versagt. Jede Wahlreform auf Basis des Wahlkörpersystems kann den Einfluss der Arbeiterschaft nicht mehren, sondern unter Umständen sogar schwächen. Dort, wo der Zensus im dritten Wahlkörper ein so niedriger ist, dass die Arbeiterschaft alle Mandate besetzen kann, wird fürs erste jede Wahlreform, die doch immer in der Einführung eines vierten Wahlkörpers sich summiert, mit einer Erhöhung des Wahlzensus im dritten verknüpft oder die Reform wird durch die „ausgleichende Gerechtigkeit“ eines Proportionalwahlrechtes gekrönt. Der Proporz wirkt bei einem Kurien- und Zensuswahlrecht, das die Arbeiter in einem Wahlkörper zusammendrängt, aber immer als Wahlrechtsraub. Nicht alle Mandate, sondern nur die Mandate der Besitzlosen kann sich das Proletariat mit der Bourgeoisie teilen. Das modernste Wahlsystem wird so ein Instrument, den Einfluss der Arbeiterschaft zu vermindern. Bestenfalls ist die „Wahlreform“ von solcher Güte, dass die faktische Zahl der Arbeitervertreter die gleiche bleibt als ehemals; da aber jede Wahlreform eine Vermehrung der Mandate bedeutet, wird die Zahl der Arbeitervertreter tatsächlich reduziert. Die meisten Städtevertretungen in Oesterreich aber halten sich durch einen „entsprechenden“ Steuerzensus im dritten Wahlkörper die Arbeiterschaft vom Halse und verzichten überhaupt auf einen vierten Wahlkörper. Die Arbeiterschaft in den Städten ist also entweder des bescheidensten Verteidigungsmittels beraubt und vollständig rechtlos oder der harmlosen Waffe, die man ihr gab, ist vorsichtig die Spitze abgebrochen, dass sie nicht verwunden kann.

So haben die Arbeiter als Konsumenten, als Wohnungsmieter, in den Hausherrn, Zwischenhändlern nicht allein ihre wirtschaftlichen Gegner, sondern auch ihre Gesetzgeber, ihre Steuererlasser zu bekämpfen. Der wirtschaftliche Gegner hat zu seiner wirtschaftlichen Stärke alle politischen Machtmittel in der Hand, das Proletariat auch nicht das leiseste Verteidigungsinstrument. Die Folgen dieses Zustandes fühlen wir heute in der unerhörten Wohnungsnot und Wohnungsteuerung und in dem unerhörten Steuerdruck. Es sei gern zugegeben, dass die Hausherrn als Einzelpersonen für die Wohnungsteuerung nicht verantwortlich gemacht werden können. Die Ursache der Wohnungsnot und Wohnungsteuerung liegt eben tiefer. Sie liegt in dem System, wie heute Wohnungen erstellt werden, sie liegt in dem Umstand, dass die Städteverwaltungen in der Grundbewegung die zügellose Privatspekulation schalten und walten lassen. Würde heute nicht eine dünne Schicht Begüterter, sondern die Bevölkerung einer Stadt die Gemeindeverwaltung erwählen, dann könnte bei der heute in den weitesten Bevölkerungskreisen verbreiteten Einsicht, dass eine Stadt, um die steigende Wohnungsteuerung wirksam zu bekämpfen, einen grossen Teil der Baugründe an sich zu bringen und darauf systematisch kommunale Wohnungen zu erstellen habe, namentlich in den aufstrebenden Mittelstädten der weiteren Wohnungsverteuerung schon erfolgreich entgegengewirkt werden. Die heutigen, von Hausherrn, Grund- und Bodenspekulanten gewählten Gemeindevertretungen können sich freilich zu solchen Massnahmen nicht entschliessen.

Ebenso verhängnisvoll wie auf dem Gebiet des Wohnungswesens sind die Folgen des heutigen Gemeindevahlrechtes in der kommunalen Steuergesetzgebung. Es ist ein nationalökonomischer Grundsatz der Cliques in den Gemeindevertretungen geworden, jene Bevölkerungsschichten zu besteuern, die sich nicht zur Wehr setzen können. Die indirekte Steuerschraube wird durch manche Gemeinde wuchtiger angezogen als durch die Länder oder durch den Staat. Nebenbei hat man noch andere Abgaben geschaffen, die geradezu unerhört sind; so beispielsweise die Zinsheller. In einer ganzen Reihe von Städten zahlt der Wohnungsmieter für 100 K zu entrichtenden

Wohnungszins mehr Abgaben an Zinshellern an die Gemeinde als der Hausherr von je 100 K Hauszinssteuer Gemeindeumlagen. Innsbruck hat beispielsweise 10 Prozent Gemeindeumlagen und 5 Prozent Zinsheller; Linz 5 Prozent Gemeindeumlagen und von 2 bis 14 Prozent Zinsheller; Graz hat 23 Prozent Gemeindeumlagen und 10 Prozent Zinsheller; Klagenfurt hat 40 Prozent Gemeindeumlagen und 6 Prozent Zinsheller.

Das Leitmotiv der Gemeindebeherrscher ist eben: von jenem, der nichts hat, wird genommen, und dem, der was hat, wird gegeben. Mit den blutigen Steuerkronen der besitzlosen Bevölkerungsschichten werden Strassen angelegt, Wasser- und Gasleitungen gebaut, die angrenzenden Grundwerte enorm gesteigert, ohne die Nutzniesser der Wertsteigerung zu verhalten, von dem aus dem Fleiss und der Steuerkraft der Volksmassen ihnen erflossenen Gewinn eine entsprechende Quote zum Gemeindehaushalt beizutragen.

In dieser Schablone bewegt sich auch die Approvisionierung der Städte. Nicht, was das Bedürfnis der Bevölkerung, sondern was das Profitinteresse des Zwischenhändlers erheischt, ist für die Gemeindevertretungen von bestimmendem Einfluss.

Die Fragen, die hier erörtert wurden, werden täglich fühlbarer und brennender. Auf die Dauer vermag das Proletariat die Beraubung jeder Verteidigungsmöglichkeit nicht zu ertragen. Schon spuken in den Köpfen der bedrückten Mieter phantastische Abwehrmittel, wie der Mieterstreik, der natürlich undurchführbar ist; das beweist, wie fühlbar die Folgen der politischen Rechtlosigkeit in der Gemeinde geworden sind. Ich bin kein Pfadfinder und masse mir kein Urteil an, ob im gegenwärtigen Augenblick ein Kampf um das allgemeine, gleiche und direkte Gemeindewahlrecht Aussicht hätte auf Erfolg. Sicher ist, dass der heutige Zustand immer unerträglicher wird, und je länger er andauert, der Partei eines der idealsten Gebiete des positiven Wirkens von unschätzbarem agitatorischen Wert versagt bleibt. Der Staat, die Länder und die Gemeinden kranken heute an einer furchtbaren Finanznot, die man auf Kosten der Volksmassen zu bannen verhofft. Drohend steht das Schreckensgespenst des Bankerotts vor der Tür; in allen Fugen des staatlichen Organismus knistert's und kracht's, die Risse werden immer grösser. Vielleicht geben uns diese Erscheinungen bald Gelegenheit, einen konzentrischen Frontangriff zu wagen um die demokratische Neugestaltung Oesterreichs, die uns auch das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht in der Gemeinde bringt.

Wilhelm Ellenbogen: Die Südbahn

Die grösste Privatunternehmung, die Oesterreich besitzt, zugleich eine der grössten der Welt, eine Privatbahn, die durch ausserordentlich verkehrsreiche Gebiete zieht und deren Geschäft einen Jahresumsatz von beinahe 300 Millionen Kronen hat, ist in Gefahr, in Konkurs zu geraten. Diese Behauptung ist wohl nicht übertrieben zu nennen, da die Südbahn seit acht Jahren sich von ihren Gläubigern Fristerstreckungen für ihre Schuldentzahlungen erbitten muss und trotzdem an einem Gebarungsdefizit leidet, das im Jahre 1908 nicht weniger als 8, im Jahre 1909 aber, trotz den inzwischen eingetretenen Tariferhöhungen, trotz einer aussergewöhnlichen Steuerersparnis von 3 Millionen und einer Steigerung der Betriebseinnahmen um 3.1 Millionen, noch immer 7.3 Millionen beträgt. Da der Bestand und die Aktivität eines solchen Riesenbetriebes für die österreichische Volkswirtschaft von der grössten Bedeutung ist und daher die weite Oeffentlichkeit, insbesondere aber das Parlament auch in der nächsten Zukunft aufs intensivste beschäftigt wird, so erscheint die Darlegung dieses äusserst komplizierten Falles um so eher geboten, als er ein Schulbeispiel jener gewissenlosen Plasmacherei bietet, die der Kapitalismus wie überall auch in Oesterreich in der Zeit seines Aufkommens betrieben hat. Das berühmte: „Bereichert euch!“ stand über der Wiege der Südbahn geschrieben und hat ihr heutiges Unglück verschuldet.

Am 14. März 1856 erhielt ein Konsortium, das aus den Herren A. S. v. Rothschild und S. M. v. Rothschild in Wien, den Gebrüdern Rothschild in Paris, der Firma N. M. v. Rothschild u. Söhne in London sowie einer Reihe anderer Finanzgrössen in Oesterreich, Italien, Frankreich und England bestand, die Konzession zum Bau und

Betrieb der lombardisch-venetianischen Eisenbahnen. Am 19. September desselben Jahres konstituierten sie sich als Lombardisch-venetianische und zentral-italienische* Eisenbahngesellschaft mit dem Sitz in Wien. Das Erfordernis für dieses 145 Meilen lange Netz, von dem Ende 1856 52·6 Meilen im Betrieb standen, wurde auf 120 Millionen Gulden (300 Millionen Francs) veranschlagt. Hierbei vollzog sich eines jener berüchtigten Eisenbahngeschäfte, die der in ewigen Finanznöten befindliche Konkordatsstaat Oesterreich damals zu machen pflegte. Die betriebsfähigen 52·6 Meilen verkaufte nämlich der Staat, obwohl sie 53 Millionen Gulden gekostet hatten, der Gesellschaft um 35 Millionen, überdies zu für die Rothschilds sehr günstigen Abzahlungsbedingungen.

Das Gesellschaftskapital sollte durch 312.500 Aktien à 500 Frcs. = 62·5 Millionen Gulden und durch garantierte Obligationen ebenfalls à 500 Frcs. bis zum Betrag von 57·5 Millionen Gulden, zusammen 120 Millionen Gulden aufgebracht werden. Aber obwohl Ende 1856 erst 18·75 Millionen Gulden = 30 Prozent des Aktienkapitals eingezahlt waren, schritt man sofort an die Ausgabe dreiprozentiger Obligationen. Bis inklusive 1. Jänner 1858 wurden diese im Nominalwert von 31·5 Millionen Gulden ausgegeben, man erzielte jedoch bloss einen Erlös von 17·1 Millionen, hatte somit einen Begebungsverlust von 45 Prozent(!) durchschnittlich zu verzeichnen.

Was waren die Gründe dieses merkwürdigen Vorgehens? Vielerlei: Erstens wollten die Rothschilds und Konsorten sofort Riesengewinne einstreichen und daher möglichst hohe Aktiendividenden erzielen. Sie hielten die Aktieneinzahlung künstlich zurück, um den Gewinn nicht auf eine zu grosse Zahl von Aktien verteilen zu müssen, und setzten Ende 1856, also für einen bloss siebenmonatigen Betrieb eine zwölfprozentige Dividende aus, obwohl sie um diese Zeit noch 28 Millionen an den Staat schuldeten, bereits eine bedeutende Obligationenschuld auf den Schultern hatten und pro forma bloss 35.000 fl. in den Reservefonds hinterlegten.

Zweitens wollten sie an den Obligationen verdienen. Der Begebungskurs dieser Papiere wurde von der vereinigten Plusmachergesellschaft künstlich so enorm niedrig gehalten, denn wenn man ein Papier bloss mit 55 Prozent seines Wertes kauft, so steigt dadurch einmal die Verzinsung in Wahrheit von 3 Prozent auf beinahe 6 Prozent, sodann aber erhält man bei der späteren Verlosung der Obligationen und der Auszahlung zum Nominalwerte beinahe das Doppelte der Kaufsumme, so dass man, diesen Kapitalgewinn in durchschnittlicher vorheriger Verzinsung rechnend, mit Recht von „dreiprozentigen Achtprozentigen“ sprechen konnte.

Drittens war vorauszusehen, dass eine Obligation mit solchen Eigenschaften ein vorzügliches Spekulationspapier werden wird, was auch tatsächlich Jahre hindurch der Fall war und den Anlass zu enormen Börsenspielgewinnen gab.

Viertens erweckte man durch die Riesendividende den Anschein einer ungeheuren Prosperität des Unternehmens, was den Zulauf fremder Kapitalien und deren Verwendung im Sinne der Hauptmacher beförderte.

Was hier geschah, war also ein finanzieller Raubbau auf Kosten der Zukunft, eine skrupellose Gewinstspekulation zum Schaden der Verkehrsinteressen, eine Vorwegnahme künftiger Einnahmen, eine Ueberbelastung des Betriebes mit Schulden, ja ein gewissenloser Betrug an den ahnungslosen übrigen Aktionären, denen in jeder Generalversammlung von der „glänzenden Zukunft unseres Unternehmens“ vorgefabelt wurde.

Die schwindelhaften Finanzgeschäfte wurden unter der wohlwollenden Duldung des Staates in den folgenden Jahren fortgesetzt, nur mit dem Unterschied, dass der Begebungskurs der Obligationen noch tiefer sank (von 55 auf 51 Prozent).

Mit dem Essen kommt aber der Appetit. Das vorzügliche Gelingen der ersten Finanzoperationen machte die Erweiterung des Unternehmens wünschenswert, um sie wiederholen zu können. Diesem Wunsche kamen die verkrachenden Finanzen der österreichischen Reaktion unter dem Finanzminister Bruck auf halbem Wege entgegen. Geld lieb ihm nicht leicht jemand, so ging er daran, das Staatsvermögen der Reihe nach zu verklopfen. Hatte er die lombardisch-venetianischen Bahnen schon mit 34 Prozent Verlust

* Die Linien Piacenza—Bologna—Pistoja samt Abzweigung Bologna—Pontelagoscuro wurden einbezogen.

verkauft, so sollte nunmehr die Linie Wien—Triest samt den Zweiglinien Mödling—Laxenburg und Wiener-Neustadt—Oedenburg sowie die Tiroler Linien, soweit sie damals vorhanden waren (Bozen—Verona, Innsbruck—Kufstein), darankommen. Bruck verhandelte diese um den Preis von 132 Millionen Gulden erbauten Linien um rund 100 Millionen, erhielt somit, wenn man den ersten Verkauf hinzurechnet, für ein Objekt im Werte von 215 Millionen im ganzen 135 Millionen, verlor somit 80 Millionen = 37 Prozent der Staatskosten! Die Zahlungsbedingungen des zweiten Kaufpreises wurden noch günstiger als bei dem ersten Verkauf festgesetzt, damit den armen Rothschilds und Konsorten nur ja keine Schwierigkeiten erwüchsen. 10 Millionen sollten sofort, 60 Millionen in acht unverzinslichen einjährigen Raten bezahlt werden, der Rest von 30 Millionen vom Jahre 1870 an aus der Hälfte des Reinertragnisses, sofern es 7 Prozent des Anlagekapitals übersteigt! Diese letztere geradezu unglaubliche Bestimmung, die einer Schenkung von weiteren 30 Millionen (80 waren ja schon geschenkt!) an die Rothschilds gleichgekommen wäre, da ja eine solche Höhe der Verzinsung nie erreicht worden wäre, wurde dann freilich im Jahre 1867 dahin abgeändert, dass das Bruttoertragnis die Grundlage der Abzahlung bilden solle. Uebersteige dieses 107.000 fl. per Meile, so müsse ein Zehntel, übersteige es 110.000 fl., so müsse ein Viertel des Bruttoertragnisses auf den Kaufschilling abgezahlt werden. Bis heute hat die Südbahn den Rest des Kaufschillings noch nicht voll abgezahlt*. Jahrzehnte hindurch blieb diese Schuld völlig unverzinst. Bei 5 Prozent Verzinsung, die damals durchaus nicht hoch war und schon mit Rücksicht auf den niedrigen Verkaufspreis gerechtfertigt gewesen wäre, hätte nach Berechnung Kraffts** bis zum Jahre 1874 der Staat über 44 Millionen Gulden Zinsen erhalten müssen! Statt dessen wurden die so ersparten Zinsen von den Rothschilds sich und ihren Aktionären hohnlachend als Superdividende ausgezahlt! Absolutistische Finanzwirtschaft!

Die Gesellschaft konstituierte sich im Jahre 1858 neu als „K. k. privilegierte südliche Staats-, lombardisch-venetianische und zentral-italienische Eisenbahngesellschaft“ mit dem Sitz in Wien und gab 750.000 Aktien zu 500 Frcs. aus, auf die aber statt 150 bloss 51 $\frac{1}{4}$ Millionen Gulden eingezahlt wurden, während wiederum dreiprozentige Obligationen im Werte von 15·7 Millionen zum Begebungskurs von 7·8 Millionen, also 49·7 Prozent des Nominalwertes, an den Mann gebracht wurden. Trotzdem man nun wusste, dass das nächste Jahr infolge enormen Steigens des Silberagios ungünstig sein werde, dass man einen Agioverlust von 1·6 Millionen hatte, dass man dem Staate noch 93 Millionen Gulden schuldig war, von der Obligationenschuld abgesehen, zahlten sich die Rothschilds 14 Prozent Dividende für 1859 aus.

Aber dieser schwindelhafte Aufschwung konnte naturgemäss nicht allzulange dauern. Schon im nächsten Jahre war es nicht mehr möglich, die Dividende auf dieser Höhe zu erhalten, sie sank nun von Jahr zu Jahr und Ende 1864 war ein nicht mehr zu verhüllendes Defizit in der Riesenhöhe von 14·5 Millionen Gulden vorhanden. Das hinderte den Verwaltungsrat nicht, die Emission neuer Obligationen bei der Generalversammlung durchzusetzen, die zum Kurse von 47·4 Prozent abgingen, worauf das Jahr 1865 mit einem Defizit von 39 Millionen Gulden abschloss.

Während es so mit dem Unternehmen reissend bergab ging, sann die Macher auf eine neue Art der Bereicherung und sie fanden sie in dem Mittel der Aufnahme einer schwebenden Schuld, um das Defizit zu decken. Es wurden von 1866 bis 1868 sechsprozentige Bons zu 200 fl. Nominale emittiert mit (absichtlich erzeugten) Kursverlusten von 12·5 bis 24·7 Prozent und über 40 Millionen absolut. Die Käufer dieser Bons (selbstverständlich immer dieselben Rothschilds und Konsorten) verzinsten sie infolge des niedrigen Kaufpreises statt mit 6 mit 10·6 Prozent durchschnittlich, aber nicht genug an dieser enormen Ueberbelastung des Unternehmens, wurden die fälligen Bons statt bar rückgezahlt zu werden, in dreiprozentige Obligationen konvertiert, wobei natürlich weitere Verluste eintraten, da der Emissionskurs auf 45·8 Prozent sank. Diese Transaktion bedeutete alles in allem einen Kursverlust von 60·1 Prozent, das

* Der Kaufschillingsrest beträgt heute über 16 Millionen Kronen.

** Karl Krafft, „Die dreiprozentigen Südbahnprioritäten in Gefahr“. Wien 1875.

heisst, es wurden Schuldpapiere mit nicht einmal 40 Prozent des Wertes verkauft! Kapitalmässig dargestellt bedeutet das, dass die Herren Rothschild und Konsorten als Bonskäufer ihrer eigenen Gesellschaft 99 $\frac{1}{2}$ Millionen Gulden zugewendet haben, wofür sie 252·7 Millionen erhielten, also einen Gewinn von 153·3 Millionen einstrichen. Aus den dreiprozentigen Obligationen sind auf diesem Wege schon 9·5prozentige geworden.

Hierbei reden wir nicht von den zweifellos riesigen Extraprofiten, die die Herren beim Bau erzielten, denn die Baukosten waren für die damalige Zeit merkwürdig hoch.

Den Aktionären begannen endlich langsam die Augen aufzugehen und die Berichte des Verwaltungsrates in den Generalversammlungen hatten immer grössere Mühe, das aufsteigende Misstrauen und die sich mehrenden Klagen zu beschwichtigen. Schon 1868 muss sich der Verwaltungsrat gegen den Vorwurf verteidigen, „die Dividenden sollten verschwinden, die Verzinsung der Obligationen sollte nicht einmal gesichert sein, unsere Einnahmen sollten unausbleiblich abnehmen, statt zu wachsen; wir sollten die Ausgaben verheimlichen; unsere Rechnungen sollten ungenau, betrügerisch, falsch sein; wir sollten mit Riesenschritten dem Bankerott entgegengehen“, und er besorgte diese Verteidigung durch Häufung der Versprechungen auf eine glänzende Zukunft. Auch übernahm er sowohl in Oesterreich als Italien weitere Linien in Betrieb, baute die Brennerbahn (1867), die Linien Villach—Franzensfeste und St. Peter—Fiume (1868) aus, für welche letztere beiden Linien fünfprozentige und andere Obligationen im Nominalbetrag von 376·5 Millionen und einem Emissionsverlust von 185 Millionen ausgegeben wurden, wozu der Staat der Rothschild-Gesellschaft 13 Millionen Gulden in Silber als „Subvention“ schenkte. Trotzdem wurde die Not immer grösser, die Dividenden sanken immer tiefer, sie betrugen 1869 noch 5 Prozent, fielen 1870 auf 3, stiegen 1871 und 1872 auf 4, fielen 1873 wieder auf 3, um 1874 auf 1·5 und 1875 auf 1 Prozent zu sinken, womit eine dauernde Entwertung der Südbahnaktie eintrat, ohne dass aber in diesem letzten Jahre die Obligationenzinsen voll bezahlt werden konnten. Seit 1900 haben die Aktionäre überhaupt keine Dividende mehr erhalten.

Es würde zu weit führen, die Finanzgeschichte der Südbahn in gleich ausführlicher Weise weiter zu erzählen. Aber das Gesagte genügt auch, um zu begreifen, wo die Grundkrankheit des Unternehmens zu suchen ist: In der enormen Ueberkapitalisierung der Bahn, die ein paar Börsenmagnaten aus Gründen persönlicher Bereicherung bewerkstelligt haben und die sich ziffermässig folgendermassen ausdrückt:

In der Südbahn ist ein Nominalkapital von 2819 Millionen Frcs. Aktien und Obligationen investiert, wofür sie netto bloss 1590 Millionen erhalten hat, so dass das Unternehmen den enormen Disagioverlust von 1229 Millionen zu tragen hat, das heisst, die Südbahn hat beinahe die doppelte Höhe des in ihr wirklich veranlagten Kapitals zu verzinsen, sie muss beinahe doppelt so viel zurückzahlen als sie bekommen hat. Rechnen wir die jährliche Verzinsung und Amortisation des Disagios mit nur 30 Millionen Frcs., so muss die Südbahn ausser der normalen Verzinsungs- und Amortisationsquote und den Betriebsausgaben auch noch diese enorme Ueberquote hereinbringen, um nur im Gleichgewicht zu bleiben. Diese 30 Millionen bedeuten somit das dauernde Wahrzeichen der skrupellosen Börsenwucherwirtschaft der Gründer, eine fortlaufende ungerechtfertigte Bereicherung der Obligationenbesitzer, sie sind das zehrende Uebel, das an dem Mark des Unternehmens frisst.

So lange nun die jährliche Rückzahlungsquote der Obligationen noch nicht ihre volle Höhe erreichte, machte sich diese Last nicht so sehr bemerkbar und wurde durch die an sich günstige Ergiebigkeit des Bahnbetriebes ge- und verdeckt. Seit dies aber der Fall ist, muss die leiseste Schwankung in den Betriebseinnahmen hinreichen, um die Aufrechterhaltung des Unternehmens in Frage zu stellen.

Das nominelle Südbahnkapital setzt sich folgendermassen zusammen:

750.000 Aktien à 500 Frcs.	=	375 Millionen Francs
4,338.099 dreiprozentige Obligationen à 500 Frcs.	=	2169 „ „
250.000 fünfprozentige Obligationen à 500 „	=	125 „ „
250.000 vierprozentige Obligationen vom Jahre 1885, Serie E (zirka 40 Millionen Mark)	=	50 „ „
250.009 vierprozentige Obligationen vom Jahre 1900 Serie W	=	100 „ „

Hievon wurden emittiert:

- Die dreiprozentigen Obligationen mit 45 Prozent
- Die fünfprozentigen Obligationen mit 66 Prozent
- Die vierprozentigen Francs-Obligationen mit 89 Prozent
- Die vierprozentigen Mark-Obligationen mit 93·4 Prozent

Von diesen Obligationen geniessen die dreiprozentigen das Pfandrecht zur ersten Stelle, für sie haftet das Gesamtreinerträgnis aller Linien ausser St. Peter—Fiume und Villach—Franzensfeste, so weit es für die fünfprozentigen Prioritäten erforderlich ist, sowie die später zu erwähnende italienische und ungarische Annuität.

Den zweiten Rang nehmen in Bezug auf dieselben Linien und Zahlungen, auf denen den dreiprozentigen Obligationen der erste Rang eingeräumt ist, die fünfprozentigen ein, die ihrerseits auf den Linien St. Peter-Fiume und Villach-Franzensfeste zur ersten Hand eingetragen sind. Zu ihrer Verzinsung und Rückzahlung leistet der Staat einen jährlichen Beitrag von anderthalb Millionen Kronen.

Den dritten Rang nehmen die vierprozentigen Obligationen Serie E, den vierten die vierprozentigen, Serie W, ein.

Das Missgeschick der Südbahn besteht jedoch noch in den Wirkungen anderer historischer Tatsachen, sie hängt mit dem politischen Geschick Oesterreichs zusammen. Nach dem unglücklichen Ausgang des Krieges von 1859 musste Oesterreich bekanntlich die Lombardei an Sardinien, nach Königgrätz 1866 Venetien an das geeinigte Italien abtreten. Hierdurch gerieten die lombardisch-venetianischen Linien der Südbahn unter eine fremde, feindliche Macht, die alles daransetzte, um diese für sie militärisch wichtigen Bahnen in die eigene Hand zu bekommen. Durch zahllose Schikanen auf dem Gebiete der Tarife und Fahrordnungen kriegte die italienische Regierung die Südbahnverwaltung so klein, dass sie sich zum Verkauf ihres italienischen Netzes zu ungünstigen Bedingungen entschloss, was in der sogenannten Basler Konvention vom 17. November 1875 geschah, deren Bestimmungen überdies, da das italienische Ministerium Minghetti über diesen Vertrag stürzte, vom Ministerium Depretis noch um weitere 12 Millionen Lire gekürzt wurden, so dass die Südbahn jetzt bis zum 31. Dezember 1954 eine jährliche Rente von 31½ Millionen Lire, von da bis zum Ende der Konzessionsdauer 31. Dezember 1968 eine Rente von 13·3 Millionen Lire von der italienischen Regierung ausgezahlt erhält. Seit dieser Zeit erst führt das Unternehmen den heutigen Titel: „K. k. privilegierte Südbahngesellschaft“.

Eine weitere Folge des Krieges von 1866, die Trennung Ungarns von Oesterreich, erbrachte die unangenehme Wirkung, dass die Südbahn jetzt mit ihren Linien auf zwei Staatsgebiete zu liegen kommt, was Transaktionen von grösserer Bedeutung, insbesondere Verstaatlichungen sehr erschwert. Ausserdem sah sie sich gezwungen, den Ungarn die für diese politisch äusserst wichtige Linie Karlstadt—Agram gegen eine steuerfreie Annuität von 480.000 K abzutreten, ein Geschäft, wobei sie aber nichts verloren hat.

Gegenwärtig umfasst das Südbahngebiet an eigenen Bahnen:

in Oesterreich	1532·5 Kilometer Baulänge
in Ungarn	701·6 „ „
Zusammen	2234·2 Kilometer Baulänge
und betreibt fremde Linien	541·7 „ „
Insgesamt also	2775·9 Kilometer Baulänge

Die Bilanz für das Jahr 1909 ergab folgende Ziffern:

Betriebseinnahmen samt Ergebnis der Lokalbahnen, Ertrag der	
Industrieunternehmungen und Hotels	141·6 Millionen Kronen
Betriebsausgaben	103·5 „ „
Betriebsüberschuss	38·1 Millionen Kronen
Hierzu garantierter Staatsbeitrag für die fünfprozentigen Obligationen	1·5 „ „
Ungarische Annuität	0·5 „ „
Italienische Annuität	28·1* „ „
Zusammen	68·2 Millionen Kronen

* Abzüglich der italienischen Einkommensteuer.

Da nun das Erfordernis für Verzinsung und Tilgung der Anlehen . . .	62.2 Millionen Kronen
der Passivsaldo der Zinsen und diversen Abrechnungen	1.8 " "
die Jahres-Rücklässe aus der Einschränkung der Tilgung der dreiprozentigen Obligationen im Jahre 1909 (siehe unten)	11.5 " "
zusammen also	75.5 Millionen Kronen
betragen, so bleibt ein Gebarungsabgang von (75.5 — 68.2) rund	7.3 " "

Das Riesenunternehmen ist also passiv, und zwar schon seit mehreren Jahren. Als im Jahre 1901 sich der erste grosse Ausfall zeigte und die Verwaltung erkannte, dass es sich hier um keine Zufalls-, sondern eine dauernde Erscheinung handle, ging die Gesellschaft ihre Gläubiger, und zwar deren erste Hand, die Besitzer der dreiprozentigen Obligationen, um eine Stundung ihrer Verpflichtungen an. Nach langen Verhandlungen wurde mit ihnen am 16. September 1903 ein Uebereinkommen geschlossen, wonach die Tilgungspläne der dreiprozentigen Prioritäten derart abgeändert wurden, dass von 1902 bis 1917 Tilgungsquoten im Betrage von zusammen 155.5 Millionen Francs zurückgestellt werden, ihre Einlösung also in den Zeitraum von 1918 bis 1959 verschoben wird. Von der Verzinsung werden 2 Frcs. per Jahr unveränderlich abgezogen. Die „Rücklässe“, also die vorläufigen Ersparnisse von 155.5 Millionen Francs sind ausschliesslich zu verwenden zu Investitionen im Höchstbetrage von 96 Millionen Kronen, zur Bezahlung der Kaufschillingsquoten, zur Deckung des Verlustvortrages und zur provisorischen Stärkung der Kassenbestände.

Trotzdem trat im Jahre 1908 ein weiterer Verlust ein, so dass die Südbahn neuerdings an die „dreiprozentigen Prioritäre“ mit der Bitte um Stundung herantrat, worauf ein Zusatzübereinkommen vom 29. Mai 1909 zustande kam, wonach sich die Prioritäre mit der Aufschiebung weiterer fälliger Verlosungen für 1908 und 1909 unter der Voraussetzung einverstanden erklären, dass die Regierung eine Erhöhung der Gütertarife zugestehe. Die Südbahn wandte sich mit einer ausführlichen Eingabe an das Eisenbahnministerium, das diese Erhöhung in der Form eines siebenprozentigen Zuschlages zu den bestehenden Tarifen gewährte. Diese Tariferhöhung brachte im Jahre 1909 im ganzen 3.1 Millionen ein, trotzdem wurde, wie oben bemerkt, ein Defizit von 7.3 Millionen erzielt.

In der genannten Eingabe der Südbahn sind einige interessante Daten enthalten, die hier mitgeteilt werden mögen. Ihre Klagen über die österreichischen Steuergesetze, insbesondere die ausserordentlich hohen Landes- und Gemeindeumlagen sind irrelevant, da sie auch alle anderen Bahnen betreffen. Ihre Gesamtsteuerbelastung macht 21.9 Millionen Kronen = 20 Prozent des Ertrages aus. Hierin ist aber die französische Côtégelühr (1.3) und die italienische Annuitätensteuer (3.4 Millionen Kronen) inbegriffen.

Einen grossen Schaden habe die Südbahn durch die Währungsreform erlitten. Durch die gesetzliche Festlegung der „Relation“ (Verhältnis des Goldwertes zum Silberwerte) habe die Gesellschaft, die ihre Anlehen zum alten Relationskurs der lateinischen Münzkonvention (1 fl. ö. W. = 2½ Frcs.) bezahlt und die Verzinsung und Tilgung in Francs zu leisten hatte, eine dauernde Mehrbelastung dieses Kontos um 19 Prozent erfahren. Es sei ihr dadurch für alle Zukunft die Hoffnung benommen, durch sukzessive Annäherung des Goldguldens an die Münzparität von 2½ Frcs. den Agioverlust zu reduzieren, sie habe durch Tariferhöhungen den Verlust hereinzubringen gesucht, aber die niedrigen Staatsbahntarife hätten sie daran gehindert.

Eine weitere Ursache ihres Einnahmerückganges — und zweifellos mit Recht — erblickt die Südbahnverwaltung in der Verkehrsteilung, die die Folge der Eröffnung der neuen Alpenbahnen war. Man hat von dieser Betriebseröffnung eine starke Steigerung des Verkehrs nach Triest erwartet, daher war die Südbahn zur Abgabe gewisser Verkehrsanteile an die Staatsbahnen bereit. Diese Verkehrssteigerung ist aber ausgeblieben und für die Südbahn resultiert daraus ein absoluter Verlust, den sie bis zum Jahre 1908 mit 6½ Millionen Kronen veranschlagt und der infolge ihrer vereinbarungsgemäss sukzessive sinkenden Beteiligung am Wien-Triester Verkehr angeblich jährlich um weitere 1½ Millionen Kronen steigen wird, wozu infolge der Eröffnung der Tauernbahn weitere ¼ Millionen Kronen und infolge der Verstaatlichung der grossen nördlichen Bahnen weitere 2.5 Millionen Kronen jährlich kämen.

Eine starke Beeinträchtigung ihrer Einnahmen begründet die Gesellschaft mit der bosnischen Annexion und dem durch sie hervorgerufenen türkischen Boykott. Von Mitte Oktober bis Ende Dezember 1908 hatte sie einen Frachtenverlust nach dem Balkan in der Höhe von 400.000 K, von Mitte Jänner bis Ende Februar 1909 von 300.000 K und im Verkehr mit Fiume von 300.000 K, zusammen also 1 Million Kronen in etwa vier Monaten, abgesehen von der „dauernden Vernichtung der handelspolitischen Beziehungen“. Auch war sie gezwungen, infolge der Kriegsgefahr grössere Kriegsvorräte an Kohle einzustellen, was ihr im Zusammenhalt mit der Verkehrsstockung auf der Nordbahn und der dadurch notwendigen Herbeischaffung von englischer und Ruhrkohle Mehrkosten in der Höhe von 1.4 Millionen Kronen verursachte.

Auch die Fahrkartensteuer, die von 1903 bis 1908 eine Erhöhung der Südbahnpersonenfahrpreise um 19.3 Millionen Kronen herbeigeführt hat, habe das Unternehmen geschädigt, da sie die Entwicklung des Personenverkehrs gehindert habe, ohne dass der erhöhte Fahrpreis dem Unternehmen zugute gekommen wäre, vielmehr sei eine Tarifierhöhung dadurch verhindert worden.

Verluste habe ferner die Südbahn durch die Nachlässe zugunsten der Hof- und Staatsbediensteten per 1908 in der Höhe von 460.000 K, zugunsten von Offizieren und Militärbeamten von 690.000 K, zugunsten des Militärpersonals des Mannschaffstandes von 270.000 K erlitten, zusammen also 1.4 Millionen Kronen. Ferner zugunsten der Militärtransporte 2.2 Millionen Kronen.

Dagegen haben sich die Ausgaben vermehrt. Die Personalkosten sind von 35 Millionen Kronen im Jahre 1900 auf 51 Millionen Kronen im Jahre 1907 und 53¹/₂ Millionen Kronen im Jahre 1908 gestiegen. Interessant ist es zu hören, dass die Südbahn erklärt, dass sie die Forderungen der Bediensteten hätte zurückweisen können, sie sei aber vom Staate nicht unterstützt worden, obwohl dieser als Garant ein Interesse an der Prosperität der Bahn habe. „Allein diese Frage des Rechtes war in erster Linie eine Frage der Macht.“ Die Regierung hatte nämlich erklärt, sie hätte mit ihren eigenen Bediensteten genug zu tun, auf ihre Unterstützung könne daher nicht gerechnet werden. „Damit waren wir der Begehrlichkeit unseres Personals geradezu ausgeliefert. Unsere Lage hätte eine längere passive Resistenz, welche ja, wie die Erfahrungen bei anderen nicht durch die Autorität der hohen Regierung gedeckten Privatbahnen gelehrt haben, schliesslich doch zur Nachgiebigkeit unsererseits hätte führen müssen, überhaupt nicht mehr vertragen.“ Die „Kosten dieses Friedens“, also den Erfolg der passiven Resistenz, veranschlagt die Südbahn im ersten Jahre mit 4.7, bis zur vollständigen Verwirklichung aller damals gemachten Zugeständnisse mit 5.2 Millionen Kronen jährlich. Auch die Regulierung der Dienst- und Ruhezeiten infolge der Verfügungen der Behörden habe sie im Jahresdurchschnitt 1.9 Millionen Kronen gekostet. Desgleichen steigen die Unfallversicherungs- und Pensionskosten fortwährend.

An sachlichen Ausgaben haben die ausserordentlichen Investitionen für den Kriegsverkehr (Verlängerung der Rampen, Erhöhung der Ergiebigkeit der Wasserstationen, Erweiterung der Kohlenverladeplätze u. s. w.), ferner die Herstellungen infolge des Baues der zweiten Verbindung mit Triest (Bahnhof Villach allein 2¹/₂ Millionen Kronen), der Bau von Vorfahr- und Ausweichgleisen u. s. w. grosse Kosten verursacht.

Sind nun diese Darlegungen zweifellos vielfach übertrieben und darauf berechnet, das Mitleid der Regierung zu erwecken, so steckt doch ganz gewiss auch sehr viel Wahrheit darin und gewiss trägt die Staatsverwaltung und Staatspolitik mit einen Teil der Schuld an den schlechten Verhältnissen der Südbahn.

Die Frage ist nun, auf welchem Wege die Sanierung der Südbahn erfolgen soll und kann. Diese Frage bewegt seit Jahren die Oeffentlichkeit in der lebhaftesten Weise, was bei der gewaltigen Grösse des Unternehmens und der internationalen Verbreitung der Südbahn-papiere wohl begreiflich ist. Aus der äusserst mannigfaltigen Kompliziertheit der einschlägigen Fragen ist es erklärlich, dass die Zahl der Sanierungsvorschläge Legion ist und dass keiner davon bisher zum Ziele geführt hat. Wir wollen die wichtigsten davon kritisch betrachten.

Der radikalste Vorschlag geht dahin, die Südbahn in den Konkurs zu treiben, was die Gläubiger zu einem billigen Ausgleich und zum Aufgeben eines Teiles ihrer nominellen Forderungen veranlassen würde. Dieser Vorschlag ist unpraktikabel, weil das eine Auslieferung des Unternehmens an die Besitzer der dreiprozentigen und zum Teil der fünfprozentigen Prioritäten bedeutete, die mit dem ersten Satz darauf intabuliert sind und die nachrangigen Obligationenbesitzer dabei leer ausgingen, was insofern die höchste Ungerechtigkeit wäre, als gerade die erstrangigen Prioritäten hauptsächlich jene enormen Uebervorteilungen des Unternehmens herbeigeführt und sich am stärksten daran bereichert haben, während die letztrangigen dem Nominalbetrag weit näher gekommen sind. Aber abgesehen davon hängen doch an einem solchen riesigen Verkehrsinstitut Millionen von Privatinteressen, die Volkswirtschaft des ganzen südlichen Oesterreich ist damit in innigster Weise verknüpft — man denke nur an den Fremdenverkehr, von dem nicht nur die zahlreichen Hotels, sondern ganze Täler leben; an den enormen Lebensmittelverkehr aus Italien u. s. w. — und die passive Resistenz hat gelehrt, welche furchtbare ökonomische Wirkungen die Verzögerung des Bahnbetriebes auch nur eines einzigen Tages, geschweige denn der völlige Stillstand, zeitigt. Welche komplizierten rechtlichen Wirkungen aber eine Sequestration nach sich zöge, lässt sich gar nicht absehn.

Dazu kommt die Frage des österreichischen Staatskredits. Die überwiegende Mehrzahl der Südbahnprioritäten ist in Frankreich, ein sehr grosser Teil in Deutschland und England placiert. Bei staatlichen und grossen Privatanleihen von Banken und dergleichen kommt hauptsächlich Frankreich, der Gläubiger der ganzen Welt, in Betracht. So zweifelhaften Ursprungs die finanziellen Rechte der Südbahngläubiger nun auch sein mögen, so kann man über sie, da es sich um dritthalb Milliarden und einen Rechtszustand, der vor 50 Jahren begründet wurde, handelt, doch nicht einfach zur Tagesordnung hinweggehen, da dies unser ganzes Geld- und Kreditwesen in Unordnung bringen und uns nicht leicht dann jemand mehr etwas leihen würde.

Ein anderes viel erörtertes Projekt geht auf den freihändigen Rückkauf der dreiprozentigen Obligationen. Der Kurs dieser Papiere ist naturgemäss nicht sehr hoch und wechselt, weshalb auch diese Obligationen ein international „beliebtes Spielpapier“ sind. Der Kurs per Stück betrug an der Wiener Börse am Ende der Jahre 1901 bis 1908: 317, 292, 305, 307, 315, 315, 297, 267 und notiert am Tage der Verfassung dieses Artikels (15. Juli 1910) 261.40. Stellt man sich nun vor, dass die Südbahn die noch im Umlauf befindlichen Papiere an der Börse aufkauft, so würde sie bei der Verlosung den Unterschied zwischen dem Kurs und dem Nominale (500 FrCs.) ersparen, was allerdings ein sehr beträchtlicher Gewinn wäre, da es sich um beinahe 3.8 Millionen Stück Obligationen handelt. Diesem Vorschlag stehen jedoch zwei entscheidende Argumente gegenüber. Erstens würde der Ankauf der Papiere in grösserem Massstab sofort den Kurs steigen machen, und um so höher, je vollständiger der Ankauf wäre, wodurch die Aktion sofort ihren Wert für die Gesellschaft verlöre. Und dass die französischen Prioritäre trotz ihrer ausgezeichneten Organisation imstande wären, selbst wenn sie wollten, diese Kurssteigerung aufzuhalten, ist im höchsten Grade zweifelhaft. Sie haben sich aber durch Herrn Lacombe aufs entschiedenste gegen diesen Vorschlag ausgesprochen. Zweitens aber braucht die Südbahn zu diesem Zwecke Geld, sie müsste ein grosses Anlehen aufnehmen. Bei dem Umstand aber, dass von den vier Schuldenreihen schon die erste im Zweifel ist, ob sie zu ihrem Gelde kommt, würde ein fünftrangiges Anlehen im günstigsten Falle wiederum nur zu einem äusserst ungünstigen Emissionskurs abgehen. Wahrscheinlich aber würde der Anleiheversuch überhaupt fehlschlagen. Denn es ist bezeichnend, dass in einer Versammlung der Südbahnaktionäre ein vielgenannter Millionär die witzige Bemerkung machen konnte: „Vier Rothschilds sitzen im Verwaltungsrat und die Südbahn kriegt kein Geld geliehen!“ Eine Anleihe unter Staatsgarantie aber, wie es die Südbahn, freilich nicht für den börsenmässigen Rückkauf, sondern für Investitionen verlangt, dürfte das Parlament unter keinen Umständen bewilligen, abgesehen davon, dass das wieder den Uebelstand hätte, dass durch eine so vollkommen sicher gestellte Anleihe die im Rang vorangehenden „notleidend“ würden, was sich also deren Prioritäre nicht so leicht gefallen liessen.

Ganz zu verwerfen ist der Vorschlag, dem Südbahnübel durch Tariferhöhungen beizukommen. Denn abgesehen davon, dass diese einen ausschlaggebenden Mehrertrag nicht bringen (bei 7 Prozent Zuschlag für 1909 im ganzen 3'1, im Jahre 1910 wahrscheinlich 5 Millionen Kronen) und weitere Erhöhungen von bedenklicher Wirkung auf die Verkehrsentwicklung wären, ist es doch eine geradezu herausfordernde Massnahme, für die Schuldenwirtschaft der Südbahn magnaten vom Publikum und der Volkswirtschaft Opfer zu fordern, statt von denen, denen diese Wirtschaft ungerechtfertigte Riesengewinne eingetragen hat, den Prioritären.

Denn was man diesen Herren bisher zugemutet hat, ist bloss die Herabsetzung der Verzinsung ihrer Papiere um 0'4 Prozent (von 15 auf 13 Frcs. jährlich) und die Aufschubung der Tilgungen. Diese Rücklasswirtschaft kann doch aber höchstens als Palliativmittel für den Augenblick betrachtet werden, als ein Provisorium, das sich jedoch überdies nicht bewährt hat, so dass man innerhalb dieses Provisoriums ein weiteres schaffen musste, ein „Interim im Interim“, indem man von den noch gebliebenen Verlosungsquanten einen Teil neuerdings auf spätere Zeit verschob. Das wird aber nur die Wirkung haben, dass vom Jahre 1918 an die Tilgungspflicht mit verdoppelter Wucht auf das notleidende Unternehmen fallen wird, und ob bis dahin die Südbahn bei normaler Entwicklung der Verhältnisse imstande sein wird, diese Last zu tragen, möge aus der Tatsache beurteilt werden, dass sie jetzt, nachdem sieben Jahre verminderter Rückzahlungspflichten verstrichen sind und mitten im „Interim des Interims“, also bei doppelt verminderter Tilgungslast, ein Defizit von über 7 Millionen hat.

Der Grösse dieses Uebels gegenüber bedeutet die Forderung der Südbahn nach Reduktion der Zinsen des Kaufschillingsrestes (6 Prozent) und Verlängerung der Zahlungsfristen eine verschwindende Kleinigkeit. Ob man diese Wünsche erfüllt oder umgekehrt mit Herrn Steinwender die strengste sofortige Auszahlung verlangt, wird dem Fass den Boden nicht ausschlagen.

Die Südbahn sowohl als die Besitzer der dreiprozentigen Prioritäten verlangen, dass der Staat zugunsten der Gesellschaft eingreife und selbst Opfer bringe. Der Staat hat an dem Bestand dieses Unternehmens nicht nur ein direktes steuermässiges und indirekt volkswirtschaftliches Interesse, sondern sein Anlehensbedarf verlangt die Zugänglichkeit des in- und ausländischen Geldmarktes, die Aufrechterhaltung des österreichischen Kredits. Haben doch die französischen Prioritätenbesitzer durch den Mund ihres Wortführers Lacombe schon wiederholt deutliche Drohungen in diesem Sinne ergehen lassen und hat doch sogar einmal der französische Botschafter bei Graf Aehrenthal im Interesse der Prioritäre interveniert. Aber was der Staat bisher getan hat, die Tariferhöhung, hat nicht geholfen und ist unpraktikabel, und was von ihm sonst verlangt wird, nachsichtige Behandlung des Kaufschillingsrestes, Entgegenkommen bei der Verkehrsteilung u. s. w., ist nicht von entscheidender Wirkung, die dritte Gruppe von Forderungen aber, wie: Schadloshaltung für Investitionen in den der Verstaatlichung unmittelbar vorangehenden Jahren, Anlehensgarantie und dergleichen, kann aus prinzipiellen Gründen nicht zugestanden werden.

Wohl aber kann der Staat in entscheidender Weise eingreifen: durch die Verstaatlichung. Freilich ist dies bei der Südbahn eine Operation, die sich von anderen Verstaatlichungen in beinahe allen Beziehungen unterscheidet. Es ist das schwierigste und komplizierteste Verstaatlichungsproblem, das bisher der österreichischen Staatsverwaltung gestellt wurde. Seine kardinale Voraussetzung ist, dass die Prioritäre ein erhebliches Opfer bringen. Nachdem sie durch nunmehr etwa 50 Jahre eine sechsprozentige Verzinsung und eine 200prozentige Tilgung ihrer Kapitalsanlage eingeharret haben, ist es recht und billig, dass sie endlich der Reduktion dieser beispiellosen Ueberzahlungen des Wertes ihrer Obligationen (siehe den Börsenkurs, den — durchschnittlich genommen — sichersten, beinahe mathematischen Gradmesser des inneren Wertes eines Wertpapiers) zustimmen. Sie sehen das auch ein und sind dazu bereit, nur sind sie sich einerseits über die Höhe der Reduktion nicht einig und andererseits verlangen sie die Heranziehung auch der „Fünfprozentigen“ zur Opferleistung, was mit Rücksicht auf den niedrigen Emissionskurs auch dieser Obligationenserie und auf die geleistete Staatsgarantie vollkommen berechtigt ist, sowie der anderen Serien, deren Besitzer

in ihrem eigenen Interesse ebenfalls zu gewissen Konzessionen bereit sein dürften. Schon bei einer Abstempelung der dreiprozentigen Prioritäten auf 400 Frcs. würde sich die Kapitalschuld der Südbahn um 378 Millionen Franken verringern. Bei Verhandlungen, die darüber im Eisenbahnministerium mit den Herren gepflogen wurden, waren sie aber schon zu weitergehenden Konzessionen bereit. Und es ist gewiss, dass sie ihre Ansprüche noch weit tiefer werden herabdrücken müssen, wenn sie die für sie im höchsten Grade wichtige Sanierung der Südbahn durch den Staat werden herbeiführen wollen. „Eine Liquidation ist“, wie der wohlunterrichtete Sachwalter der dreiprozentigen Prioritätenbesitzer, Herr Lacombe, meinte, „das absolut Ungewisse“ und eine Ordnung durch den Staat, sie mag mit einer schmerzhaften Operation verbunden sein, ist doch eine feste Basis. So liesse sich dann eine für den Staat annehmbare Rente ermitteln, die entweder durch die liquidierende Gesellschaft an die Prioritäre oder auf dem Wege einer Universalsukzession direkt an diese, eventuell nach vorheriger einheitlicher Konversion, auszuzahlen wäre.

Aber die Herabstimmung der Ansprüche der Prioritäre ist nicht die einzige Schwierigkeit, die der Verstaatlichung entgegensteht. Eine weitere erhebt sich in der italienischen Annuität. Die Verstaatlichung der lombardisch-venetianischen Linien durch Italien war eine Folge des gespannten Verhältnisses der beiden Staaten nach dem Krieg von 1866. Diese Spannung hat nie ganz aufgehört, sie ist vielmehr durch die alberne k. k. österreichische Politik, durch die Behandlung der Vatikan- und der Irredentistenfrage sowie durch die Expansionsgelüste der aufspriessenden italienischen Industrie und des savoyischen Hofes in letzter Zeit verschärft worden. Eine Rente, die der italienische Staat an den österreichischen als Rechtsnachfolger der Südbahn zu zahlen hätte, wäre im Falle von Verwicklungen das gefährdetste Objekt. Sie müsste somit vor der Verstaatlichung „neutralisiert“, etwa an eine ausländische Bank verkauft werden oder dergleichen. In den letzten Wochen war auch tatsächlich von einer solchen Bank, die sich in Paris als sogenannte Treuhandgesellschaft konstituieren und die Neutralisierung der italienischen Rente durchführen sollte, die Rede. Vor acht Jahren ist übrigens in der italienischen Kammer das Projekt einer kapitalmässigen Auszahlung der Annuität an die Südbahn aufgetaucht, was auch eine Lösung wäre. Leider wurde der Plan fallen gelassen. Schliesslich wäre ein Ausweg im Weiterbestehen der Südbahngesellschaft nach der Verstaatlichung zu erblicken, die dann die Annuitäten von Oesterreich, Italien und Ungarn entgegnzunehmen und an die Gläubiger auszuzahlen hätte. Jedenfalls eine heikle und komplizierte, keinesfalls aber unlösbare Frage.

Endlich kommt bei einer Verstaatlichung der Faktor Ungarn in Betracht. Nicht die Annuität, die hier gar keine Rolle spielt, wohl aber die Tatsache, dass Südbahnlinien noch auf ungarischem Gebiet liegen und daher die ungarische Regierung ein Wort in die Verstaatlichung dreinzureden hat. Und dieses Wort würde sehr gewichtig sein, da mit der Südbahn gerade jene Linien in den Besitz des österreichischen Staates gelangten, die Ungarn dank seiner stärkeren Position in den früheren Ausgleichskampagnen in seinem Interesse durchzusetzen wusste, nämlich die von Osten nach Westen ziehenden, dem ungarischen Export dienenden, durch deren Ausbau die Ausführung der von Nord nach Süd ziehenden, hauptsächlich österreichischen Interessen vorteilhaften Linien, vor allem der zweiten Verbindung mit Triest, solange hinausgeschoben wurde. Nun hört man in Ungarn schon jetzt über den letzten Ausgleich klagen, der die Selbständigkeit des Tarifhoheitsrechtes Oesterreichs festsetzte (ein Hauptverdienst der Sozialdemokraten im Ausgleichsausschuss noch unter Koerber) und mit der Verstaatlichung der grossen Bahnen die ungarischen kommerziellen Ausfallstore versperrt, beziehungsweise ihre Passage erschwert hat. Sie werden also die Versperrung der letzten Ausfallstore (bis auf Oderberg) nicht so leicht hinnehmen. Gleichwohl ist auch der ungarische Widerstand zu besiegen. Die Ungarn brauchen nämlich Geld, 500 Millionen etwa, und suchen es natürlich, wo es alle Welt sucht, in Frankreich. Wenn sich nun der französische Minister des Aeussern, Herr Pichon, der französischen Südbahngläubiger so verdienstlich Oesterreich gegenüber anzunehmen verstanden hat, wie sie ihm das öffentlich bezeugten, so wird er es wohl auch verstehen, Ungarn den deutlichen Fingerzeig zu geben, dass ohne Zustimmung zur Südbahnverstaatlichung an eine Placierung der ungarischen Rente in Frankreich nicht zu denken sei. Allerdings müsste sich Oesterreich beeilen, den günstigen Augenblick nicht zu verpassen.

Ob es endlich bei dieser Verstaatlichung möglich sein wird, auch für die Aktionäre etwas herauszuschlagen, wie es das Eisenbahnministerium wünscht, ist schwer zu sagen. Die Absicht ist vom Standpunkt der Staatsverwaltung begreiflich, da es für die staatliche Zahlungsbilanz von grosser Wichtigkeit ist, dass die Südbahnzinsen nicht bloss ins Ausland gehen, sondern auch dem Inland zugute kommen — und die Südbahnaktionäre befinden sich zum grössten Teil in Oesterreich. Das gleiche Argument ist übrigens den allzu stürmischen Drohungen der französischen Südbahngläubiger, dass sie die Prioritäten nach Oesterreich zurückströmen lassen würden, wirksam entgegenzusetzen. Jedenfalls bedeutet diese Erwägung eine weitere Komplikation der ohnehin genügend verwickelten und zur Entscheidung reifen Frage.

Denn Eile tut überhaupt not. Das Jahr 1910, bis zu dessen Ende die Erhöhung der Südbahntarife bewilligt wurde, steht schon in seiner zweiten Hälfte und die Abgeordneten des Verkehrsgebietes der Südbahn haben dem Herrn Eisenbahnminister wiederholt unzweideutig kundgegeben, dass sie eine weitere Verlängerung dieser Erhöhung kaum überhaupt, jedenfalls nicht ohne gründliche Behandlung des Südbahnproblems als Ganzen hinzunehmen gesonnen seien. Die Zustände sind unhaltbar, und es steht für die österreichische Volkswirtschaft zu viel auf dem Spiele, als dass die Untätigkeit des Eisenbahnministeriums in dieser Sache nicht geradezu als eine Gefahr angesehen werden müsste.

Matthias Eldersch: Die Bezirksstellen für die Sozialversicherung

Der Sozialversicherungsausschuss des österreichischen Abgeordnetenhauses ist nach langwierigen Beratungen dem Regierungsvorschlag auf Errichtung von Bezirksstellen zur Besorgung der Lokalgeschäfte der Sozialversicherung beigetreten. Damit ist über die Organisation der Sozialversicherung in einem ihrer wesentlichsten Punkte die Entscheidung gefallen.

Wir dürfen wohl als unbestritten voraussetzen, dass die Frage der Organisation der Sozialversicherung eine der bedeutsamsten dieses Reformwerkes ist. Die Entscheidung über die Organisation kann nach zweifacher Richtung die materiellen Versicherungsleistungen beeinflussen. Bei der Gestaltung der Organisation der Sozialversicherung wird vor allem entschieden darüber, in welchem Masse den Versicherten das Selbstverwaltungsrecht gewährleistet wird. Wird der Einfluss der Arbeiter in der Verwaltung der Sozialversicherung zurückgedrängt und die Verwaltung den wirtschaftlichen Gegnern der Arbeiterschaft, den Unternehmern in der Hauptsache überantwortet, dann werden die Durchschnittsleistungen der Versicherungsinstitute stark herabgedrückt, es wird nicht mehr, oft aber weniger gewährt werden, als die gesetzlich vorgeschriebenen Mindestleistungen. Die Leistungen werden nur unzureichend und widerwillig erfolgen, kurz, die Versicherungsinstitute werden gegen die Arbeiter verwaltet werden. Die Arbeiter werden diesen Verwaltungen kein Vertrauen entgegenbringen und der Kampf zwischen den Versicherten und den Verwaltungen der Versicherungsinstitute wird an der Tagesordnung sein.

Anders steht die Sache, wenn den Versicherten ein massgebender Einfluss auf die Verwaltung der Versicherungsinstitute eingeräumt wird. Die zur Verwaltung berufenen Vertrauensmänner kennen die Leiden und Gefahren der Arbeit, sie sind ehrlich bestrebt, die ihrer Obhut anvertrauten Institute den Bedürfnissen des Proletariats entsprechend auszugestalten und sie werden in keinem Falle der Befriedigung berechtigter Ansprüche opponieren. Sie haben auch den Willen und die Autorität, unberechtigten Forderungen im Gesamtinteresse der Mitglieder die Erfüllung zu versagen.

Bei der Organisation der Sozialversicherung wird aber auch entschieden über die Kosten der Verwaltung der Versicherungsinstitute. Es ist ein wesentlicher Unterschied,

Was wird nun der Betrieb der Bezirksstellen kosten? Halten wir uns den Wirkungsbereich, der den Bezirksstellen nach den Ausschussbeschlüssen zugedacht ist, gegenwärtig. Die Bezirksstellen sollen die An- und Abmeldungen sowie die sonstigen das Versicherungsverhältnis betreffenden Meldungen der Versicherten und der Unternehmer für alle Versicherungszweige entgegennehmen, die Einreihung in die Lohnklassen vornehmen, die Beiträge vorschreiben, einziehen und an die Kassen abführen, die Evidenzhaltung, namentlich aber die Führung der Beitragskarten für die Invaliden- und Altersversicherung besorgen. Ausserdem sollen die Bezirksstellen an der Vorbereitung der Entscheidungen über Rentenansprüche, an den Unfallerbhebungen und an den Einrichtungen für die freiwillige Versicherung von Mehrleistungen in der Invaliden- und Altersversicherung mitwirken.

Wie viel Arbeitskräfte werden nun zur Bewältigung dieser den Bezirksstellen zugewiesenen Agenden notwendig sein? Wir werden von Praktikern in administrativen Angelegenheiten der Arbeiterversicherung nicht berichtigt werden, wenn wir für je 1000 Versicherte zumindest eine Arbeitskraft für nötig halten. Das wären also für 10 Millionen Versicherte 10.000 Beamte. Veranschlagen wir nun die Kosten für persönliche und sachliche Erfordernisse, die auf einen Angestellten entfallen werden, mit 2500 K jährlich, so ergeben sich Gesamtkosten im Betrage von 25 Millionen Kronen. Dabei sehen wir voraus, dass unsere Schätzung noch wegen ihrer Niedrigkeit eine Anfechtung erfahren wird. Diese Kosten werden sich auch bei längerem Bestande der Versicherung infolge des Anwachsens der Agenden konstant steigern. Die Gehaltsansprüche der Angestellten wachsen ja auch ohne Rücksicht auf die Arbeitsleistung infolge der Dauer der Anstellung. Wir haben also festgestellt, dass die Verwaltungskosten der gesamten Sozialversicherung nach dem Präliminare der Regierung bei voller Berücksichtigung der Ausdehnung der Krankenversicherung und der vermehrten Arbeiten in der Unfallversicherung 31 Millionen Kronen betragen sollen und dass von diesem Betrage mindestens 25 Millionen Kronen durch die Kosten der Bezirksstellen in Anspruch genommen werden. Ist es wahrscheinlich, dass die Krankenkassen, die Unfallversicherungsanstalten und die Reichsinvalidenkasse ihre besonderen Verwaltungsausgaben (exklusive der Kosten der Bezirksstellen) mit den restlichen 6 Millionen Kronen decken können? Wenn die Invalidenversicherung den Bezirksstellen nach Massgabe ihrer Inanspruchnahme durch die Invaliden- und Altersversicherung nur die Hälfte der Gesamtkosten der Bezirksstellen zu refundieren hätte (12,5 Millionen Kronen), so bleibt der Reichsinvalidenkasse von den präliminierten Verwaltungskosten per 12 Millionen Kronen für ihre gewiss nicht unbedeutenden Verwaltungskosten kein Heller übrig.

Die gesamten Verwaltungskosten der Sozialversicherung werden daher 50 bis 60 Millionen Kronen betragen, von den mit 288 Millionen Kronen präliminierten jährlichen Gesamtbeiträgen zumindest 20 Prozent. Das ist aber, weil vornehmlich Rentenversicherungen in Betracht kommen, eine so erhebliche Summe, dass mit Recht von einer Verschleuderung der Beiträge gesprochen werden kann. Nun wird vielleicht eingewendet werden, dass die Besorgung der Lokalgeschäfte der Sozialversicherung durch die Krankenkassen auch einen beträchtlichen Kostenaufwand verursachen würde. Das soll nicht in Abrede gestellt werden, aber dieser Aufwand kann nicht die Hälfte jener Kosten betragen, die die Errichtung von Bezirksstellen verursachen würde. Vor allem kommen die beträchtlichen Kosten einer Evidenzhaltung in Wegfall. Die Bezirksstelle wird die Versicherten in Evidenz halten, die Krankenkasse muss dies aber gleichfalls tun, denn sie muss ja die Gewissheit haben, dass die eine Kassenleistung ansprechenden Personen tatsächlich Mitglieder sind. Wenn die Kassen die Lokalgeschäfte besorgen, so entfallen die Kosten der Evidenzhaltung durch die Bezirksstelle und ausserdem noch ein grosser Teil des Aufwandes für sachliche Erfordernisse. Noch erheblicher sind aber die Mehrkosten, die dadurch entstehen, dass der Bezirksstelle, die als administrative Instanz zwischen Krankenkassen und Versicherungsanstalten eingeschoben wird, beim Invalidisierungsverfahren und bei den Unfallerbhebungen lediglich eine vermittelnde Rolle zufallen kann. Die Bezirksstelle ist eben keine lokale Geschäftsstelle, denn sie wird in der Regel für jeden politischen Bezirk errichtet. Lokale Versicherungsinstitute sind vielmehr die Kranken-

kassen, deren es im Sprengel jeder Bezirksstelle eine ganze Anzahl geben wird. Die Bezirksstelle muss sich daher an die Kasse wenden, die von dem behandelnden Arzt des Invaliden- oder Unfallsrentenanwärters ein Gutachten verlangen und es an die Bezirksstelle mit einem Bericht absenden wird. Auch die Erhebung des anderweitigen Tatsachenmaterials wird in derselben Weise erfolgen. Die Bezirksstelle wird dann das auf diese Weise durch Umfrage bei den Krankenkassen gewonnene Material der Landesstelle oder der Rentenkommission der Invalidenkasse sowie der zuständigen Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt übermitteln. Welche Vergeudung von Arbeit und Geld, welche Zeitvertrödelung wird dieser Zwischenverkehr verursachen! Wie rasch und einfach würde sich der Verkehr gestalten, wenn die Kassen mit den vorangeführten Versicherungsstellen in direkten Verkehr treten und dadurch Vielschreibereien entbehrlich würden!

Vom Standpunkt der Krankenkassen ist noch eine gerechtfertigte Befürchtung zu erwähnen. Die An- und Abmeldungen sollen von den Unternehmern zuerst bei der Bezirksstelle eingereicht werden. Der Unternehmer wird bei der lokalen Krankenkasse vorübergehen, um einen Brief an die Bezirksstelle aufzugeben. Die Meldungen werden oft falsch und unvollständig, zur Bearbeitung ungeeignet sein und den Unternehmern zurückgeschickt werden müssen. Wie viel Aufklärungsarbeit könnte da die lokale Kasse leisten, ohne erhebliche Verzögerung in der Evidenzhaltung des Mitgliederstandes eintreten zu lassen. Die Kassen werden namentlich die landwirtschaftlichen Unternehmer bei Abfassung der Meldungen beraten müssen, dürfen jedoch die Meldungen selbst nicht übernehmen. Es soll nur fakultativ zulässig sein, dass die Meldungen zuerst bei der Kasse eingereicht werden. Das wird dazu führen, dass der Vorstand der Bezirksstelle diese Begünstigung nur jenen Kassenverwaltungen einräumen wird, die ihm politisch nahestehen. Dann beginnt aber der Krieg der übrigen Kassen gegen die Bezirksstelle.

Die Krankenkassen werden das Material für die Evidenzhaltung nur mit grossen Verspätungen erhalten. Inzwischen werden zahlreiche Mitglieder, deren Anmeldung noch nicht eingelangt ist, bei der Kasse Leistungen ansprechen, die nicht ausgeführt werden können, weil die Mitgliedschaft nicht sichergestellt ist. Andererseits werden unständige Arbeiter, deren Abmeldung bei der Bezirksstelle bereits erfolgte, noch Unterstützungen erhalten, weil der Kasse die Beendigung des Arbeitsverhältnisses noch nicht bekannt ist. Kurz, es würden einer geordneten Kassenführung grosse Schwierigkeiten erwachsen, und zwar lediglich aus dem Grunde, weil die Regierung die Ueberreichung der Meldungen bei den Kassen, die doch die Geschäfte einer kurzfristigen Versicherung betreiben, nicht zulassen will. Die Kassen benötigen aber die Meldungen früher als die Bezirksstelle, denn der Feststellung der Mitgliedschaft bei einem Invaliditätsfall oder einem Betriebsunfall wird das spätere Einlangen der Meldungen bei der Bezirksstelle nicht hinderlich sein. Ueberdies muss ja die Kasse in allen Rentenfällen vorher durch längere Zeit die Krankenunterstützung auszahlen. Um das Bedenken, dass die Kassen durch eine lässige Abfuhr der Meldungen die Gebarung der Bezirksstellen schädigen könnten, zu entkräften, wurde von den sozialdemokratischen Abgeordneten im Sozialversicherungsausschuss vorgeschlagen, dem § 31 folgende Fassung zu geben:

„Die vorgeschriebenen Meldungen und Anzeigen sind rücksichtlich jener Personen, die der Krankenversicherungspflicht unterliegen, an die zuständige Krankenkasse, rücksichtlich jener Personen, deren Versicherungspflicht lediglich für die im § 1, Z. 2 und 3, genannten Versicherungszweige in Betracht kommt, an die Bezirksstelle (§ 18) zu richten.

Die Krankenkassen haben die bei ihnen einlangenden Meldungen und Anzeigen nach Gebrauchnahme binnen einer im Statut der Bezirksstelle festzusetzenden Frist der Bezirksstelle zugehen zu lassen.

Jenen Krankenkassen, die sich trotz wiederholter Urgenzen fortgesetzt einer Ueberschreitung dieser Frist schuldig machen oder deren administrative Einrichtungen eine prompte Abfuhr der eingelangten Meldungen und Anzeigen an die Bezirksstelle nicht gewährleisten, kann das Recht zur Entgegennahme dieser Meldungen und Anzeigen durch die politische Bezirksbehörde abgesprochen werden.

In diesem Falle sind dann alle Meldungen und Anzeigen bei der Bezirksstelle zu erstatten.“

Mit diesem Antrage wäre den Notwendigkeiten der Krankenversicherung entsprochen und den Bezirksstellen Schutz vor Missbrauch oder Lässigkeit garantiert worden. Aber der Antrag musste abgelehnt werden, vielleicht lediglich deshalb, weil er von Sozialdemokraten gestellt wurde. Oder will man die Kassen schikanieren? Das kann die Bezirksstellen, die ohnedies eine recht lebensschwache Missgeburt darstellen, das Leben kosten. Die Krankenkassenverwaltungen müssen daher in den Bezirksstellen ein Hindernis für ihre ordnungsmässige Gebarung erblicken. Ihnen werden nur in geringem Masse Administrativgeschäfte abgenommen, dagegen werden ihnen zeitraubende und kostspielige Arbeiten für die Bezirksstellen aufgehalst, zum Beispiel die Meldung des Beginnes und des Endes des Krankengeldbezuges, und schliesslich werden sie noch zu den Kosten der Bezirksstelle Zuschüsse leisten müssen.

Man wendet gegen die einzig vernünftige Forderung der Ueberweisung der Lokalgeschäfte der Sozialversicherung an die Krankenkassen ein, dass der Einfluss der Unternehmer auf die Geschäfte der Unfall- und Invalidenversicherung erheblich geschmälert werden würde, wenn dieser Forderung entsprochen würde. In den Krankenkassenverwaltungen haben die Arbeiter $\frac{2}{3}$, in der Verwaltung der Unfallversicherungsanstalten $\frac{1}{3}$, in der Verwaltung der Reichsinvalidenkasse $\frac{1}{2}$ oder $\frac{1}{4}$ der Mandate. Es sei daher nötig, so meinen Regierung und bürgerliche Parteien, dass für die Besorgung der Lokalgeschäfte der Sozialversicherung eigene autonome Verwaltungsstellen mit entsprechend stärkerem Einfluss der Unternehmer geschaffen werden.

Es sei uns gestattet, das Geflunker von der Autonomie der Bezirksstellen etwas unter die Lupe zu nehmen. Wenn wir die den Bezirksstellen zugewiesenen Geschäfte analysieren, so finden wir, dass es sich hierbei um rein geschäftliche Agenden handelt, die im übertragenen Wirkungskreise für andere Kassen und Anstalten besorgt werden sollen. Die Bezirksstelle ist keine Versicherungskasse, hat selbst gar keine Entscheidung über Unterstützungsansprüche zu fällen, sondern lediglich die Geschäfte eines Steueramtes ohne Exekutor zu versehen. Rücksichtlich der formellen Behandlung und Durchführung der Geschäfte soll die Bezirksstelle an die vom Ministerium des Innern oder von den Versicherungsanstalten erlassenen Vorschriften gebunden sein. Sogar für die Drucksorten werden wegen der erforderlichen Einheitlichkeit Formulare herausgegeben werden. Die Mitwirkung bei den Unfallerbhebungen oder beim Invalidisierungsverfahren wird auch keinen selbständigen Wirkungskreis begründen helfen, denn nicht einmal das Recht der Antragstellung ist den Bezirksstellen eingeräumt, sie sind lediglich nicht uniformierte Gendarmeriepostenführer, die bei den Krankenkassen oder Parteien erheben und vielleicht in einem besseren Stil berichten werden. Die Invalidenkasse kann sogar zu den Vorstandssitzungen ein Organ entsenden, das beratende Stimme hat und die Verhandlung bestimmter Beratungsgegenstände begehren darf. Dieses Delegierungsrecht sieht einer Kuratel sehr ähnlich.

Aber, werden uns die begeisterten Anhänger der Errichtung von Bezirksstellen einwenden, die Vorstände haben ja das Recht der Bestellung von Beamten. Richtig, das hätten wir bald vergessen. Wir prüfen die Organisation und Verwaltung der Versicherung vor allem darauf, ob sie zweckmässig eingerichtet ist, möglichst billig und rasch funktioniert, billigen Anforderungen der Versicherten genügen kann. Für die Schöpfer des Regierungsentwurfes und ihre politischen Freunde steht das Problem anders. Die Herren fragen vorerst: Wer stellt die Beamten an? Und deshalb wird die Organisation verpfuscht, werden die Verwaltungseinrichtungen absichtlich kompliziert, Millionen vergeudet, um nur die Sicherheit zu haben, dass möglichst wenig Beamte angestellt werden, die für die Bedürfnisse der Arbeiterschaft Verständnis haben oder der Arbeiterklasse nahestehen. In diesem Punkt offenbart der Gesetzentwurf ein Stück politischer Korruption und es soll uns nicht wundern, wenn sich zum Schlusse herausstellt, dass die Christlichsozialen, die mit einer gewissen Vorliebe mit öffentlichen Geldern spekulieren, an der Idee der Errichtung von Bezirksstellen ihren unredlichen Anteil haben. Die kleinbürgerlichen Parteien haben zumeist das instinktive Gefühl, dass die Bezirksstellen ein Instrument des Klassenkampfes sein werden, weil sie das Wesen der Sozialversicherung nicht erfassen können. Es ist ja sogar schon die Hoffnung aus-

gesprochen worden, dass man durch die Bezirksstellen zu einem Wahlkataster kommen wird, den heute die Sozialdemokraten in den Krankenkassen besitzen und dem sie ihre Wahlsiege zu verdanken haben. Und solchen Plänen, deren Unsinnigkeit auf der Hand liegt, sollen ungezählte Millionen von Arbeiterkreuzern und Unternehmerbeiträgen geopfert werden und noch dazu unter einem sozialpolitischen Vorwande.

Prüfen wir aber einmal das Anstellungsrecht des Vorstandes der Bezirksstelle. Der leitende Beamte wird von der Landesbehörde ernannt, seine Anstellungs- und Rechtsverhältnisse werden von derselben Behörde geregelt. Das heisst, der Mann, der den wichtigsten Posten in der Bezirksstelle bekleidet, ist vom Vorstande gänzlich unabhängig, obwohl die Bezirksstelle das von der Behörde vorgeschriebene Gehalt zu zahlen haben wird. Der Staatszuschuss von zwei Millionen Kronen zu den Verwaltungskosten wird zur Sanierung der Bezirksstellenleiter notdürftig ausreichen.

Die anderen Beamten der Bezirksstelle werden von dem Vorstande der Bezirksstelle ernannt. Endlich ein selbständiger Wirkungskreis. Aber die Regierung ist befugt, über die zur Vernehmung der Beamteneschäfte bei den Bezirksstellen erforderliche sachliche Eignung und über das Mindestmass der allgemeinen Bildung Vorschriften zu erlassen. Also wieder eine Beschränkung des Anstellungsrechtes. Hoffentlich wird nicht der Besitz eines Militärzertifikates als ausschliessliches Anstellungserfordernis aufgestellt werden. Die Sozialversicherung, von gewesenen Gendarmen und Feldwebeln administriert, wäre ja eine reizende, dem Vorstellungsvermögen gewisser Politiker entsprechende Idylle. Vielleicht könnte dann noch ein Nebeneinkommen von den Rentenanwärtern zu erwarten sein wie beim Militär von den Rekruten und Reservisten.

Der leitende Beamte untersteht nicht der Disziplinargewalt des Vorstandes, die anderen Beamten sind aber derselben untergeordnet. Welche Quelle von Konflikten und Unzukömmlichkeiten kann diese Verschiedenheit der Kompetenzen bilden, wenn zum Beispiel der Leiter der Bezirksstelle mit dem Vorstande Differenzen hat. Die Geschäftsordnung, die Dienstordnung der Bezirksstelle bedürfen der Genehmigung der Behörde.

Wir glauben hinlänglich bewiesen zu haben, dass die Autonomie des Vorstandes der Bezirksstelle fast ausschliesslich in den Bereich der Phantasie gehört; so weit sie aber vorhanden ist, ist sie durch die Bevormundung der Behörden nahezu wertlos, keinesfalls ist sie aber jene ungeheuren Geldopfer wert, die den Unternehmern und Versicherten für die Erhaltung der Bezirksstellen zugemutet werden. Namentlich von der Arbeiterschaft kann man nicht verlangen, dass sie für eine Organisation Geld ausgibt, die in der Absicht geschaffen wird, gegen die Versicherten zu wirken.

Die Mandate des Vorstandes der Bezirksstelle sollen folgendermassen aufgeteilt werden: Zwei Fünftel Arbeitervertreter, ein Fünftel Vertreter der Dienstgeber, ein Fünftel Vertreter der versicherten Selbständigen und ein Fünftel soll die Landesbehörde aus dem Kreise jener Arbeitgeber ernennen, die entweder gar nicht oder nur unzureichend durch die Wahl zur Vertretung gelangten. Für die Aktivierung des ersten Vorstandes der Bezirksstelle müssen die Vertreter der versicherten Selbständigen gleichfalls vom Chef der politischen Landesbehörde ernannt werden. Die Wahl des Vorstandes der Bezirksstelle soll auf Grund eines ziemlich komplizierten Proportionalwahlrechtes erfolgen. Als Wähler fungieren die Vorstandsmitglieder der Krankenkassen im Sprengel der Bezirksstelle. Jedes Vorstandsmitglied hat soviel Stimmen, als die Zahl der Vorstandsmitglieder der Kasse in der Mitgliederzahl enthalten ist, wobei eine Mindestmitgliederzahl von 300 festgesetzt ist. Die Wahl erfolgt auf Grund eingereicherter Vorschlagslisten, die miteinander verbunden werden können, so dass diese verbundenen Listen Vorschläge anderer Wahlvereinigungen gegenüber als ein Wahlvorschlag anzusehen sind. Man stimmt für die Liste, auf der keine Veränderungen vorgenommen werden dürfen. Die Verteilung der Mandate erfolgt nach Feststellung einer Verteilungszahl, die grundsätzlich so zu wählen ist, dass sie in der abgegebenen Stimmzahl so oft enthalten ist, als Mandate zu besetzen sind.

Gegen dieses Wahlrecht ist natürlich kein grundsätzliches Bedenken zu erheben. Es ist ein durchaus gerechtes Wahlverfahren. Es ist nur zu bemängeln, dass das Wahlrecht indirekt ist und nicht von den Kassenmitgliedern selbst ausgeübt wird. Dadurch

wird der Wahlschwindel einer Kassenleitung auch für die Wahlen in die Bezirksstelle wirksam. Eine andere Frage tritt aber in den Vordergrund. Es erscheint uns durchaus unzweckmässig, in Anbetracht der Parteienzersplitterung und der nationalen Verschiedenheiten, unter denen unser öffentliches Leben so schwer zu leiden hat und die bisweilen den Fortbestand verfassungsmässiger Zustände gefährden, das Proportionalwahlrecht für die Wahl einer Verwaltungskörperschaft festzusetzen, die lediglich geschäftliche Angelegenheiten zu besorgen hat. Es ist mit Sicherheit vorauszusehen, dass in den Sudetenländern in jedem Vorstand der Bezirksstelle mindestens sechs Parteien zur Vertretung gelangen, die sich nicht nur politisch, sondern auch national unterscheiden. Ein ruhiges Arbeiten ist dabei so ziemlich ausgeschlossen, die formale Natur der Geschäfte wird einen förmlichen Anreiz bilden, Sprachenfragen und andere nationale Momente in den Vordergrund der Diskussion der Vorstandssitzungen zu stellen, das Ende vom Liede ist die Obstruktion und der behördliche Kommissär.

Man komme uns nicht damit, dass die Rücksichtnahme auf den Zweck der Institution die politischen und nationalen Leidenschaften dämpfen und dem Streit Einhalt gebieten wird. Unsere Erfahrungen lehren uns das Gegenteil, und es ist nicht gewissenhaft, Institute der Sozialversicherung demselben traurigen Schicksal zu überantworten, dem andere öffentliche Körperschaften in Oesterreich bereits verfallen sind. Bei der Verwaltung der Bezirksstellen, die wir ohnedies als eine Totgeburt betrachten, würden uns die zu erwartenden Kalamitäten keine besondere Sorge bereiten. Aber die Vorstände der Krankenkassen sollen an der gleichen Zusammensetzung kranken, und das erscheint uns viel bedenklicher. Wir sind übrigens schon heute von der Neugierde geplagt, in Bälde zu erfahren, ob die bürgerlichen Parteien bei der Beratung von Wahlordnungen für andere öffentliche Körperschaften auch für ein gerechtes Proportionalwahlssystem schwärmen werden.

Wir wollen noch erwähnen, dass die sozialdemokratischen Abgeordneten im Sozialversicherungsausschuss einen Antrag eingebracht haben, nach welchem die Lokalgeschäfte der Sozialversicherung den Krankenkassen zu überweisen sind. Sie haben bei Verfassung dieses Antrages auch dem ganz ungerechtfertigten Bedenken Rechnung getragen, dass die Unternehmer in den Vorständen der Kassen einen unzureichenden Einfluss haben.

Zum besseren Verständnis reproduzieren wir den Antrag:

„Die Durchführung der im § 19 der Regierungsvorlage umschriebenen Lokalgeschäfte der Sozialversicherung ist den nach diesem Gesetze eingerichteten Krankenkassen zu übertragen.

Die Lokalgeschäfte der Altersversicherung der Selbständigen, die keine in unselbständiger Eigenschaft versicherungspflichtige Person beschäftigten, werden den Bezirkskrankenkassen übertragen.

Bei Besorgung der lokalen Agenden der Arbeiter-Unfallversicherungsanstalten und der Invaliden- und Altersrentenkasse sind die Verwaltungen der Krankenkassen an die von diesen Versicherungsanstalten sowie an die vom Ministerium des Innern erlassenen Vorschriften gebunden.

Ueber Angelegenheiten der ihnen zugewiesenen Agenden der Unfall-, Invaliden- und Altersversicherung müssen die Vorstände der Krankenkassen in abgesonderter Beratung verhandeln und es haben bei diesen Beratungen die Vorstandsmitglieder aus der Gruppe der Arbeitgeber ein doppeltes Stimmrecht.

Bei den Bezirkskrankenkassen ist die Beratung und Beschlussfassung in diesen Angelegenheiten einem Verwaltungskollegium vorbehalten, das aus den in der Generalversammlung gewählten Vorstandsmitgliedern und den von den versicherten Selbständigen gewählten Vertretern besteht. Die Zahl dieser Vertreter ist gleich jener der Vorstandsmitglieder aus der Gruppe der Arbeitgeber.

Die Krankenkassen erhalten für die Besorgung der Lokalgeschäfte der Sozialversicherung von den Unfallversicherungsanstalten und der Invaliden- und Altersrentenkasse eine Entschädigung nach Massgabe der für diese Anstalten geleisteten Verwaltungsgeschäfte. Ueber den Schlüssel, der bei Feststellung und Aufteilung dieser Entschädigung auf die genannten Versicherungsanstalten anzuwenden ist, sind vom Ministerium des Innern die näheren Vorschriften zu erlassen.“

Wie ersichtlich ist, wurde also von den Sozialdemokraten jede mögliche Konzession gemacht, um den Unsinn der Errichtung von Bezirksstellen zu verhindern. Wenn das Plenum des Abgeordnetenhauses nicht zur Besinnung kommt und den lediglich von arbeiterfeindlichen Instinkten diktierten Beschluss des Sozialversicherungsausschusses aufhebt, dann ist die Sozialversicherung mit einem Fehler behaftet, der nicht nur ihre gesunde Entwicklung, sondern sogar ihren Bestand gefährden kann.

Der Abgeordnete Dr. Licht, ein Vertreter industrieller Unternehmerinteressen, hat den Antrag gestellt, die Bezirksstellen als staatliche Aemter, die den Bezirkshauptmannschaften angegliedert sind, einzurichten. Da sein Vorschlag den Wirkungskreis der Bezirksstelle auch auf Agenden des staatlichen Aufsichtsrechtes erweitert und den Vorstand als Beirat funktionieren lassen will, kann auch diesem Vorschlage, der übrigens viele der geäußerten Bedenken nicht hinfällig machen würde, nicht zugestimmt werden.

Wir wollen hoffen, dass über die Bezirksstellen noch nicht das letzte Wort gesprochen wurde und dass die Schaffung vernünftiger Verwaltungseinrichtungen nicht scheitern wird an dem blinden Hasse bürgerlicher Arbeiterfeinde, der wie so oft auch hier sein Ziel verfehlen wird.

Adolf Braun: Neue Erfahrungen im Gewerkschaftsleben

Neue Erscheinungen im gewerkschaftlichen Kampfe treten uns entgegen. Die gewaltigen Kämpfe, die mit den langwierigen Auseinandersetzungen der englischen Maschinenbauer mit ihren Unternehmern begonnen hatten, der Riesenkampf im Hamburger Hafen, die Aussperrungen in Dänemark und Schweden, die Streiks von Hunderttausenden in der Kohlenindustrie der Vereinigten Staaten, manche andere, nun als letztes Glied in dieser Kette die Bauarbeitsperrung in Deutschland, sie zeigen uns, dass wir in eine neue Periode der sich immer mehr verschärfenden Auseinandersetzungen zwischen den Organisationen der Unternehmer und der Arbeiter kommen, dass die Periode des Einzelkampfes zwischen Unternehmer und Arbeiter im wesentlichen der Vergangenheit angehört. Diese Auseinandersetzungen haben aufgehört, isolierte Erscheinungen zu sein, sie rufen grosse Erschütterungen der kapitalistischen Welt hervor. Der Kampf der Bauarbeiter in Deutschland, der nicht bloss die Arbeiterklasse in Atem hielt, würde allein schon eine ernsthafte Ueberlegung erfordern; tritt er uns aber als Glied in einer sich immer enger schliessenden Kette gleicher sozialer Erscheinungen entgegen, so wächst natürlich seine Bedeutung ganz ausserordentlich. Schon die isolierte Betrachtung lehrt uns, dass wir es hier mit einer grossen und wichtigen Erscheinung zu tun haben. Denn der Kampf dehnte sich aus über den Kreis der streitenden Parteien. Nicht mehr Bauarbeiter und Baumeister standen sich gegenüber, nein, alle Nebengewerbe des Baugewerbes wurden in Mitleidenschaft gezogen. Nicht nur die Zement- und Ziegelfabrikanten, nicht nur die Holzhändler und das Speditionsgewerbe, zahlreiche andere Industrien, wie mannigfache Zweige des Handels- und des Verkehrswesens wurden in diesen Kampf gerissen, ihre Arbeiter damit mit Beschäftigungslosigkeit bedroht. Sehnsüchtig schauten die Bauunternehmer aus, ob sie nicht die Unternehmer der gesamten Industrie zur Solidarität, womöglich zur Sympathieaussperrung veranlassen könnten. Sollte das nicht möglich sein, dann wollten sie wenigstens finanziell von den grossen Unternehmern unterstützt werden, um die kapitalsschwachen Bauunternehmer durch Zuweisungen von Geld von den schweren Folgen des Kampfes zu befreien. Naturgemäss mussten auch die Arbeiter Sympathie und Solidarität ihrer Klassengenossen anrufen. So war das Streben offenkundig, den Kampf der Bauarbeiter zu einer öffentlichen Angelegenheit zu machen, zu der die ganze Gesellschaft Stellung nehmen müsse. Proletarier wie Kapitalisten sollten ihre Macht in die Wagschale werfen. Das alles lag unzweifelhaft im Plane der Unternehmer. Sie wollten eine grosse Entscheidung herbeiführen, sie wollten mit einem schweren Schlag gegen die ganze Arbeiterbewegung ausholen, sie hofften für lange Zeit die Alleinherrschaft des Unternehmertums zu sichern, wenn sie die Bauarbeiter niederringen würden. Seit langer Zeit war dieser Plan gefasst und die Berechnungen schienen vollständig zuzutreffen, der Erfolg konnte

— wie die Unternehmer meinten — nicht ausbleiben. In der letzten Prosperitätsperiode hatte man alle Bauarbeitertarife so abgeschlossen, dass sie im Jahre 1910 ablaufen sollten. Man rechnete eben damit, dass dieses Jahr 1910 ein Krisenjahr sein werde, dass deshalb die Unternehmer in der Lage sein würden, die Arbeiter niederzuschlagen und niederzuringen. Ganz systematisch wurde dahin gearbeitet, dass alle Tarife gleichzeitig ablaufen müssen, so dass die ganze Macht der Arbeiter aufs höchste angespannt werden müsste. Ueber den Kreis der baugewerblichen Unternehmer wurde dieses System des gleichzeitigen Tarifablaufes erstrebt. Eine ganze Reihe weiterer Tarife lief nur wenige Monate vor den Bauarbeitertarifen ab. Man hoffte so die eine Organisation nach der andern zu erschöpfen, die Solidarität der Arbeiter unmöglich zu machen und so einen leichten Sieg nach dem andern zu erfechten und damit die Arbeiter und ihre Gewerkschaften zurückzuwerfen, damit sowohl hinsichtlich des Lohnes wie der Arbeitszeit der Zustand vor zehn und zwanzig Jahren wiederhergestellt und vor allem die Arbeiter um die in schweren Kämpfen errungene Mitbestimmung über den Inhalt des Arbeitsvertrages gebracht werden.

Mit berechneter Klugheit und mit grossem Geschick geschah die Vorbereitung des Kampfes. Nur erwies sich der Ansatz einer Rechnung mit zu vielen unbekanntem und schwankenden Faktoren als zu schwierig und die Vorausberechnung ergab ein falsches Resultat. Es sprach viel dafür, dass die Wirtschaftskrise im Jahre 1910 noch wirken werde, nur um wenige Monate haben sich die Feinde der Arbeiterschaft verrechnet. Gerade als der Kampf einsetzte, war die wirtschaftliche Krise in Deutschland in der Hauptsache überwunden, alles atmete auf, nicht nur die Arbeiter, die sehr bitter unter der schweren Depression gelitten hatten, ebenso die Unternehmer und nicht zuletzt die Vertreter der Staatsgewalt, für die die Krise der Wirtschaft mit der Krise der Finanzen, mit grossen Steuerrückgängen, mit einem bedenklichen Nachlassen der für Preussen und Hessen wie für Sachsen und Bayern entscheidenden Eisenbahneinnahmen, mit Kursrückgängen der Anleihepapiere, mit immer neuen Steuerprojekten und mit Enttäuschungen über die Wirkung der schwer durchgesetzten neuen Einnahmequellen teils zeitlich zusammenfiel, teils unmittelbar zusammenhing. In einer Zeit, als allgemeine Genugtuung herrschte, dass endlich wiederum der normale Gang der Produktion einsetzen könne, muteten die Bauunternehmer Reich und Staat, Gemeinde und Gesellschaft, den Verkehrsbetrieben und den Unternehmern aller Industrien zu, sich tiefe Erschütterungen des Wirtschaftskörpers gefallen zu lassen. Neue Katastrophen sollte man über sich ergehen lassen, die nicht als ein schweres Schicksal, gegen das man sich nicht wehren könne, zu tragen waren, die zu vermeiden gewesen wären, weil sie aus dem selbtherrlichen Willen einer Gruppe von Unternehmern Unruhe und Unsicherheit in die Wirtschaft brachten. Was vielleicht noch vor ganz kurzer Zeit, wenn auch nicht gerade jubelnde Begeisterung, so doch Verständnis und Unterstützung in den Kreisen des Bürgertums gefunden hatte, wurde jetzt missmutig aufgenommen. Eine unglücklichere Zeit konnten sich die Unternehmer nicht wählen! Sie hatten gar fein gerechnet und hatten sich schwer verrechnet. Theoretisch erklärten zwar die Korporationen der grossen Unternehmer, dass sie ihre Vorkämpfer, die Bauunternehmer, kräftig unterstützen wollten, aber sie taten dies nicht sehr energisch, ja sie beschränkten sich vielfach darauf, gute Miene zur Einstellung ihrer eigenen Bauten zu machen und der Fortführung der Bauten, wo ihre Macht es zuliess, Widerstand entgegenzustellen. Was die grossen Unternehmer finanziell leisteten, war spottwenig. Sie redeten sich damit aus, dass die Aussperrung für sie nicht umfangreich genug sei und dass sie nur dann mit finanziellen Mitteln kräftig eintreten würden, wenn über zweimalhunderttausend Ausgesperrte den Ernst der Aussperrungsaktion der Bauunternehmer beweisen würden. Auch die bürgerliche Presse versagte diesmal zum grossen Erstaunen der Unternehmer. Sie rechneten mit der Hipp-hipp-hurra-Stimmung gegen die Sozialdemokratie, die bei den Wahlen vom Jahre 1907 so gewaltig gewirkt hatte, die aber längst wieder verflogen war, weil im Jahre 1910 nicht der Kampf gegen die Sozialdemokratie die öffentliche Meinung Deutschlands in erster Linie bewegen konnte, weil die Stimmung vollständig umgeschlagen hatte, nicht umgeschlagen zugunsten der Sozialdemokratie, aber umgeschlagen gegen die Regierung. Die Steuergesetzgebung, der

Sieg der Konservativen über Bülow, die Enttäuschung der Hoffnungen auf eine liberale Ära, das alles machte unmöglich, die öffentliche Meinung zum schroffen Kampfe gegen die Arbeiter zu richten; das machte die bürgerliche Presse kühl, nüchtern und vorsichtig, und das spiegelte sich wieder in allen ihren Äusserungen. Selbst ganz extreme Scharfmacherblätter waren merkwürdig verständig und abwartend gegenüber den Forderungen der Unternehmer, sie hüteten sich, durch dick und dünn mit ihnen zu gehen und ihre Aktion kritiklos zu billigen. Die Bauunternehmer waren hierüber sehr enttäuscht, ja sie konnten sich diese veränderte Stimmung, ihre ganze falsche Rechnung absolut nicht erklären.

Ein Teil der Unternehmer hatte aber das, was gekommen war und was kommen musste, vorausgesehen; die grössten deutschen Städte Berlin und Hamburg blieben von der Aussperrung verschont. Das war eine gewaltige Schwächung der Schlachtreihen der Unternehmer. Aber auch sonst hatten sie mit ihrer Rechnung gar jämmerliche Enttäuschung erlitten. Sie hatten erwartet, dass den Kämpfen im Baugewerbe grosse Kämpfe, die die Kassen der Gewerkschaften erschöpfen würden, bei den Tischlern, bei den Malern und in anderen Berufen vorangehen würden. Aber es kam anders. Sowohl bei den Malern wie bei den Tischlern und in anderen Berufen kam es zu friedlichen Erledigungen der Differenzen, die Kassen dieser Organisationen wurden nicht geschwächt, im Gegenteil, sie waren gekräftigt, weil die Organisationen für die Kämpfe vorgesorgt hatten, die ihnen dann doch erspart wurden. Auch die Regierung hatte die Unternehmer enttäuscht. Trotz ihrer offenkundigen Arbeiterfeindschaft konnte sie unmöglich in einem unverhüllt von den Unternehmern frivol hervorgerufenen Kampfe jedes Vorgehen der Provokateure billigen, sie konnte sich diesmal nicht mit der ganzen Schärfe der Staatsgewalt gegen die Arbeiter wenden. Mag es ihr noch so schwer gefallen sein, aus ihrer üblichen Rolle herauszufallen, so blieb ihr keine Wahl. Im Zeichen des Wahlrechtskampfes, der gewaltigen Demonstrationen der Arbeiter gegen die Dreiklassenschmach, stand der grösste deutsche Bundesstaat, als die Bauunternehmer ihre Drohungen wahrzumachen sich anschickten. Der Regierung musste in einer Periode so grosser Erregung der Arbeiter, einer Erregung, die sie selbst verschuldet hatte, die Nichtbeschäftigung von Hunderttausenden Bauarbeitern überaus ungelegen kommen. Das schuf Möglichkeiten von verstärkten Demonstrationen, von Konflikten mit den Behörden, von Verstärkungen der Propaganda für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht in Preussen, die die Regierung vermeiden wollte. In diesem politischen Moment liegt unzweifelhaft eine der grossen Ursachen für das so schwer verständliche Eingreifen der Regierung in einen Kampf, den die Unternehmer am liebsten ungestört geführt hätten. Die zuständige Behörde, das Reichsamt des Innern, besass einen Beamten, der sich einen grossen Namen gemacht hatte durch die überaus gewandte Regelung grosser Streitfälle zwischen Unternehmern und Arbeitern. Der Geheimrat Wiedtfeld, der erst seit kurzem dem Reichsamt angehört, war vorher Beigeordneter, etwa Vizebürgermeister, der Stadt Essen und hat dort unter anderem die grossen Tarife für das Baugewerbe im rheinisch-westfälischen Industriegebiet abgeschlossen. Diese Tarife galten als Musterleistungen und wurden vielfach auch nachgeahmt.

Die Aussperrung war abgeschlagen, den Unternehmern blieb eine grosse Enttäuschung, den Arbeitern ward ein Erfolg, der ihre Erwartungen übertraf, nicht bloss ihre Befürchtungen widerlegte. Aber über die Freude dieses Ausganges dürfen wir nicht vergessen, dass zwar der Kampf, seine Vorbereitung, sein Umfang, die Solidarität der Unternehmer charakteristisch waren für die Methoden der die Arbeiter aller Industrieländer bedrohenden systematischen Aussperrungen, dass aber der Ausgang des Kampfes uns keineswegs beruhigen darf. Im Angriff lag eine wohlüberlegte Methode, die sicherlich noch oft wieder, wohl noch besser vorbereitet, noch allgemeiner angewandt, zur Anwendung kommen wird. Vom Standpunkte der Unternehmer liegt in dem für sie so beschämenden, unglücklichen Ausgange des Kampfes durchaus kein Moment, diese Angriffsmethode zu verwerfen. Vor allem muss rückhaltlos anerkannt werden, dass sich die Bauunternehmer Deutschlands trotz der für sie überaus ungünstigen Konstellation in der Geschlossenheit ihrer Kampfreiheit nicht erschüttern liessen. Unser Beispiel hat den Unternehmern Disziplin, Solidarität, Geschlossenheit, Zurückstellen des privaten

Interesses hinter dem allgemeinen eingepaukt. Die Unternehmer, die sich über den „Terrorismus“ der Arbeiterorganisationen so kräftig zu entrüsten verstehen, haben nicht bloss auf die Schwankenden in den eigenen Reihen, sondern auch auf die dem Kampfe völlig Fernstehenden, auf Produzenten, Lieferanten und Verfrachtern von Baumaterialien jeder Art einen Druck auszuüben gewusst, der die Reihen der Aussperrer fest umklammert hat. Das Selbstbewusstsein der Bauunternehmer, der Behörden des Reiches, der Einzelstaaten und der Gemeinden kam zum kräftigen Ausdruck, obgleich die Bauunternehmer von diesen Behörden parteipolitisch und gesellschaftlich stark beeinflusst werden, obgleich sie auch als Träger der Baupolizei wie als die grössten Auftraggeber des Baugewerbes eine grosse Machtstellung diesen Unternehmern gegenüber besaßen. Trotzdem haben die Bauunternehmer den Kampf in einem Zeitpunkt aufgeben müssen, als die gewerkschaftlichen Organisationen der Bauarbeiter noch über sehr beträchtliche eigene Mittel verfügten und die ihnen schon überwiesenen Unterstützungsgelder ebenso wenig in Anspruch nehmen mussten wie die Darlehen, die ihnen die vom Kampfe verschonten Zentralverbände und andere Organisationen zur Verfügung hielten. Die Bauunternehmer waren zuletzt überzeugt, dass sie die Gewerkschaften der Zimmerer, Maurer und Bauhilfsarbeiter nicht erschöpfen würden, auch wenn sie während der ganzen Bauperiode des Jahres 1910 die Bauten stille liegen lassen sollten. Wir stehen nicht an, die Bauunternehmer Deutschlands gerade deshalb zu bewundern, weil sie einen Kampf im richtigen Augenblick aufzugeben verstanden haben. Sie haben unter trefflich geführtem Rückzugsgefechte den gewaltigsten Kampf, den sie jemals begonnen hatten, abgebrochen, als sie erkannt hatten, dass ihnen der Sieg nicht werden kann, dass ihre Errungenschaften auch im besten Falle ausser jedem vernünftigen Verhältnisse zu den Opfern stehen würden, die sie bringen müssten. Vor allem verdient Nachahmung die Taktik, den kaum zum Siege führenden Kampf abubrechen, bevor die Reihen der Kämpfenden erschüttert sind, bevor sich Unzufriedene abgebröckelt haben oder nur noch mit den Mitteln der stärksten Drohung und Beeinflussung in der Schlachtreihe zu erhalten sind, bevor die Freude am Kampfe vergällt ist und die Hoffnung, ihn wieder in Einhelligkeit zu günstigerer Zeit wieder aufnehmen zu können, in Frage gestellt ist.

So bedeutungsvoll der Kampf war, so wichtig für den Augenblick sein Ausgang war, so verfehlt wäre es, zu glauben, dass nicht bloss die Provozierung und Führung des Kampfes, sondern auch sein Ausgang prinzipiell bedeutungsvoll war. Die Art, wie der Kampf mit völlig geschlossenen Schlachtreihen des Gegners abgebrochen wurde, belehrt uns, dass nicht die Kampfmethodik der Unternehmer überwunden wurde, dass die Gewerkschaftsverbände mit neuerlichen Massenangriffen, mit besser vorbereiteten, mit reiflicher überlegten, zu rechnen haben. Wir müssen darauf gefasst sein, dass die Erfahrungen des Riesenkampfes im deutschen Baugewerbe von den Unternehmern in anderen Industrien — vielleicht früher als wir es ahnen — verwertet werden dürften.

Die für die Arbeiter überaus günstigen Nebenumstände in der Kampfperiode der deutschen Bauarbeitersperrung sind das Zufällige, mit dem der Gewerkschaftstaktiker nicht rechnen darf, er muss das Ungünstige — es ist meist das Wahrscheinlichere — in Rechnung stellen. Er muss mit einer gesteigerten, ja mit einer vollendeten Einheit der Unternehmerorganisation rechnen, er muss — so in Oesterreich mehr wie im Deutschen Reiche — eine nicht vollkommene Geschlossenheit der Arbeiterschaft in Betracht ziehen. Der Kampf kann in eine Periode allgemeiner Erregung gegen die Arbeiterbewegung, in eine Zeit gelungener Beeinflussung der Regierung und ihrer Organe durch die scharfmacherischen Verbindungen der Unternehmer fallen. Die Solidarität der Unternehmervereinigungen kann sich weit tatkräftiger äussern, als dies bei den Bauarbeitersperrungen in Deutschland der Fall war, der Generalangriff gegen die Arbeiterorganisation kann statt in eine Periode der Erholung nach einer Wirtschaftskrise in den Tiefpunkt der Depression und langwieriger und stark verbreiteter Arbeitslosigkeit gelegt werden. Endlich ist zu erwägen, dass die Baugewerbe wegen der kurzen Periode der Bautätigkeit und wegen der hier besonders grossen Leichtigkeit der Abwälzung der Produktionskosten auf den Besteller nicht der geeignetste Boden für den Generalangriff gegen die Arbeiterorganisationen sind. Aus all dem geht hervor, dass

wir aus dem Erfolge, auf den die baugewerblichen Arbeiterorganisationen Deutschlands mit so grossem Stolze zurücksehen können, nicht Beruhigung schöpfen dürfen.

Sicherlich stehen die Bauarbeiterorganisationen Deutschlands heute noch finanziell so kräftig da, dass sie den Kampf viel länger hätten aushalten können. Aber die Aussperrung hätte viel länger dauern können, sie hätte wohl vermocht, die Hilfsquellen der Arbeiterorganisationen zu erschöpfen. Darüber bestand kein Zweifel unter den Sachverständigen der Arbeiterbewegung im Deutschen Reiche. Die Unternehmer hatten in ihre Rechnung gestellt, dass sie die Aussperrung so lange fortsetzen werden, bis die Kassiere der Arbeiterorganisationen die letzten Wertpapiere verkaufen und ihre Bank-einlagen erschöpfen würden. Sie haben aber trotzdem den Kampf früher aufgegeben, obgleich sie auf die Geschlossenheit der Aussperrer hinweisen konnten. Die Unternehmer erkannten eben, dass der faktische wie der moralische Erfolg die Opfer, die sie noch weiter bringen sollten, nicht wert waren. Hätten sie auch bis zur völligen Erschöpfung der Arbeiterorganisationen den Kampf geführt, so wäre ihnen vermutlich der Abschluss des Tarifs auf Grund des den Arbeiterorganisationen unter Androhung der Aussperrung vorgelegten Tarifmusters nicht gelungen. Vermutlich wäre dann ein tarifloser Zustand eingetreten, den die Unternehmer mehr zu fürchten gehabt hätten wie die Arbeiter. Alle Unternehmer hätten durch den Stillstand der Bauten während einer ganzen Bau-saison sehr schweren Schaden, viele unwiederbringliche, ja ihre selbständige Existenz vernichtende Verluste zu ertragen gehabt. Selbst den ganz unwahrscheinlichen Fall angenommen, dass die Reihen der Unternehmer bis zur finanziellen Erschöpfung der Arbeiterorganisationen zusammenzuhalten gewesen wären, musste sich bei den Generalen der Unternehmer die Ueberzeugung festsetzen, dass eine so verlustreiche Kampf-führung, die wohl die Erschöpfung des Gegners, jedoch nicht die Durchsetzung des Kampf-preises erzielt, das Ende der Unternehmerorganisation sein würde, dass Jahrzehnte vergehen könnten, bis wiederum die Einheit der Bauunternehmer im Kampfe gegen die Arbeiter wie im Jahre 1910 zu erzielen sein wird.

Hierin scheint uns, soweit der über die geheimen Entschliessungen der Unter-nehmer nicht informierte Beobachter urteilen darf, die Ursache des merkwürdigen und verlustreichen Abbruches der Aussperrung zu liegen, obgleich die Aussichten der Arbeiter nicht glänzende und die Kampfesreihen der Unternehmer völlig ungebrochen waren. Auch für uns ist diese Taktik der Unternehmer sehr lehrreich. Das, was so manche Gewerkschaft am schwersten lernt, ist, den rechten Augenblick für den Abbruch des Kampfes zu erkennen. Nur zu oft wird mit uneinbringlichem Schaden der rechte Moment für den Abschluss eines Waffenstillstandes verpasst, nur gar zu häufig wird der Kampf weitergeführt, wenn das verlustreiche Ende, der völlige Verzicht auf jede Arbeits-gelegenheit in dem bekämpften Betriebe in sicherer Aussicht steht. So manche gelbe Burg haben wir geschaffen, weil wir den Kampf zu spät als aussichtslos erkannt haben, weil wir uns durch unseren Optimismus verleiten liessen. Kaltes Blut, nüchternes Abwägen, geschäftliche Kalkulation ist nebst dem Gelde das, was zum Kriegführen, auch zum Kriege zwischen Kapital und Arbeit, unbedingt nötig ist. Sicherlich haben zahlreiche Einflüsse, Nebenwirkungen, geschäftliche und politische Erwägungen bei den Bauunternehmern Deutschlands mitgespielt, als sie ihren Kampf abbrachen und statt der sicher erhofften Siegesbeute verlustreich unter nicht unbedeutenden Zugeständnissen an die Arbeiter die Aussperrung aufhoben. Entscheidend dürfte aber in letzter Linie doch die nüchterne Abwägung gewesen sein, dass der weitere Kampf die Opfer nicht mehr lohne, dass das Kampfobjekt nicht zu erringen, dass die Organisation nicht zusammenzuhalten, jedenfalls bei Fortführung der opferreichen Aussperrung eine Wieder-holung des grossen einheitlichen Vorgehens nicht zu erreichen sei. So erscheint die Aufhebung der Aussperrung bewunderungswürdig, eine glänzende Leistung in der sozialen Kriegführung, ein hervorragendes Rückzugsgefecht, das in der Kriegsgeschichte manchmal mehr bewundert wird wie eine erfolgreiche Schlacht. Ebenso bewunderungswürdig war aber die Haltung der Arbeiterorganisationen. Sie haben in voller Kenntnis der folgenreichen, vielleicht verhängnisvollen, aber unvermeidlichen Ent-scheidung nach überaus klugen Verhandlungen die Aussperrung über sich ergehen lassen. Mit der Ruhe eines Schachspielers haben die Leiter der Gewerkschaftsorganisationen

den Kampf aufgenommen und mit bezähmter Leidenschaft in vollem Vertrauen auf ihre Führer und auf den festen Bau der Organisation haben die Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter Deutschlands diesen gigantischen Kampf geführt. Sie haben sich als eine Musterarmee des internationalen Proletariats bewährt, die ebenso die Bewunderung der ganzen Klasse verdient wie die ein Jahr vorher im Feuer gestandenen schwedischen Vorkämpfer.

Voller Kampfesfreude hätten die Bauarbeiter Deutschlands den Kampf gerne noch weitergeführt, als die mächtigen und noch lange nicht bezwungenen Unternehmer schon bereit waren, die Waffen zu strecken. Die Siegeszuversicht der in jahrzehntelangen Kämpfen von Erfolg zu Erfolg gegangenen Bauarbeiter Deutschlands war so gross, dass sie die ganze Arbeiterschaft erfasst hatte und ungünstig auf die Sammlung von Unterstützungsgeldern bei den anderen Arbeitern wirkte. Dies fiel nach den imponierenden Beweisen von Solidarität, die die deutschen Arbeiter bei allen grossen Kämpfen der Arbeiter im Auslande bewiesen hatten, stark auf; es erklärt sich zum Teil aus dem Siegesbewusstsein der Bauarbeiter, dann aus der Kenntnis der finanziellen Reserven der Bauarbeiterorganisationen und zuletzt doch auch aus einer Unterschätzung der grossen Bedeutung dieses Kampfes für die ganze Arbeiterwelt.

Wir kennen alle, wir bewundern stets die glänzende Disziplin der deutschen Arbeiterschaft, deshalb bedarf auch eine Erklärung die Schwierigkeit, die die Durchsetzung der für die Arbeiter zum mindesten nicht ungünstigen Vereinbarungen zum Zwecke der Aufhebung der Aussperrung machte. Nicht das kennzeichnete die Lage, dass die Arbeiter die Nachgiebigkeit der Unternehmer — ihr glänzendes Rückzugsgefecht — als eine Schwäche des noch eben zum mindesten ebenbürtig erschienenen Gegners betrachteten. Wichtiger halte ich die Erwägung, dass die Disziplin leichter zu fordern und weniger schwer zu erreichen ist, wenn es sich um einen Kampf handelt, in dem die Arbeiterorganisationen die Angreifenden sind. Die Aussperrung erschien den betroffenen Hunderttausenden Arbeitern als ein Brutalitätsakt schärfster Art, der sie bei aller zur Schau getragenen Ruhe auf das tiefste erregte. Sie waren die Provozierten, die Hinausgeworfenen, viele hatten nichts gefordert und waren doch in diesen opferreichen Kampf hineingepeitscht worden. Die Unternehmer hatten den Kampf begonnen, nun wollten sie auch das Ende erklären, dagegen bäumten sich die Arbeiter auf. Die Rechnung der Unternehmer hatte sich als falsch erwiesen, nun wollten die Arbeiter die Gegenrechnung präsentieren, nun wollten sie die Lage ausnützen, die sich für die Arbeiter günstiger erwiesen hatte, als die Vorausberechnungen der Unternehmer ahnen liessen. Auch hier ergibt sich eine Lehre dieses Riesenkampfes, freilich eine Lehre eher für die Scharfmacher wie für die Arbeiterorganisationen. Bei den gewaltigen Aussperrungen, die jetzt in den Generalstabsbureaus der Arbeitgeberverbände studiert werden, ist ein wichtiger Faktor die Geschlossenheit der Arbeiterschaft, deren Friedensschlüsse und Tariftreue als feste Posten in die Unternehmerrechnung gestellt werden. Die Berater der Unternehmer sollen nicht vergessen, dass die Generalaussperrung eine unerhörte Verwilderung des sozialen Kampfes bedeutet, dass diese Methode zuletzt — zum Schaden der angreifenden Unternehmer — gerade in dem für sie entscheidenden Augenblicke die Disziplin in der Arbeiterorganisation untergraben kann, wenn dieses von ihnen so gehasste Erziehungsergebnis unserer Bewegung den Unternehmern gerade sehr wichtig, ja unentbehrlich werden kann.

Wenn ich die Lehren der Bauarbeiteraussperrung zu ziehen versuche, kann ich nicht unerwähnt lassen den Artikel, den in der „Neuen Zeit“ (Nr. 42 und 43) mein alter Freund August Bringmann veröffentlichte, den unsere Leser vor allem als den trefflichen Geschichtschreiber der Zimmererbewegung und als einen der mit Recht bekanntesten Führer der Gewerkschaftsbewegung im Deutschen Reiche kennen. Er bespricht da „das Ende des Unternehmerkampfes zur Aushungerung der deutschen Bauleute“ und er zieht aus diesem Kampfe auch Lehren, denen zu widersprechen im Zusammenhang dieses Artikels nicht gut umgangen werden kann. Zwei Sätze sind es, gegen die kurz Einspruch zu erheben ist. Er schreibt*:

* „Neue Zeit“, 28. Jahrgang, 2. Band, Seite 587.

Man braucht das Initiativbegehren der einzelnen Arbeitergruppen nicht mehr so niederzuhalten, wie es besonders in den letzten Jahren immer mehr und schärfer um sich gegriffen, weil man Gefahr lief, dass auf jeden noch so unbedeutenden Angriff eine Generalaussperrung folgen könnte, von der man glaubte, ihr nicht gewachsen zu sein. Dieser gewaltige Kampf hat dargetan, dass die Scheu — wenn man nicht sagen will: Furcht — vor grossen Aussperrungen übertrieben war. Man wird den einzelnen Arbeitergruppen im Gewerkschaftsleben also wieder mehr Aktionsfreiheit und Selbstbestimmungsrecht einräumen können, nachdem eine grosse Aussperrung so glänzend abgewehrt worden ist. . . .

. . . . Der Verlauf des gewaltigen Kampfes und sein materieller Erfolg, der für sehr viele Arbeiter kein Erfolg ist, sondern tatsächlich eine Bindung, die sie hindert, die kapitalistische Entwicklung auszunutzen, zeigt drastisch, dass wir uns in der Gewerkschaftsbewegung mit der Einpferchung immer mehr verschiedener Berufsgruppen in nur einer Organisation und mit der immer weiteren Einschränkung der Aktionsfreiheit und Selbstbestimmung der örtlichen Organisationen nicht auf dem richtigen Wege befinden.

Wir sind im Gegensatz zu Bringmann durchaus nicht der Meinung, dass man aus dem Abbruch dieser Generalaussperrung diese Schlüsse ziehen darf. Das erfreuliche Ende dieses Kampfes beweist nichts für den Ausgang der uns in naher Zukunft bedrohenden Gewaltstreiche des sich immer besser koalierenden Unternehmertums. Schon der Hinweis auf Berlin und Hamburg, aber noch manches andere lehrt uns, dass die angreifenden Unternehmerorganisationen noch lange nicht die denkbar höchste Leistung in der Organisation und in der Kampfesführung erklommen haben. Wir sind im Gegenteil der Ueberzeugung, dass in mancher Hinsicht die Aussperrung der Bauarbeiter trotz offenkundiger, aber leicht in der Zukunft vermeidbarer Schwächen der Unternehmerorganisation eine Ueberlegenheit ihrer Taktik erwiesen hat. Wir können nicht annehmen, dass die Scharfmacher aus der Bauarbeitersperrung die Lehre ziehen werden, dass die Methode der Generalaussperrung zu verwerfen ist. Was die Unternehmer aus dem Kampfe der letzten Monate lernen werden, zwingt uns zu weit grösserer Vorsicht, zu gesteigerter Kampfbereitschaft zur Bereitstellung erhöhter Mittel, zur Konzentration unserer gewerkschaftlichen Organisation und zu einer Verantwortlichkeit, die wir nicht jeder einzelnen Ortsgruppe zutrauen dürfen, die wir weit mehr noch als bisher auf die Zentralvorstände zu überwälzen haben. Ganz im Gegensatz zu Bringmann sind wir — mag uns das auch noch so unangenehm sein — der Ueberzeugung, dass in der gegenwärtigen Kampfesstellung der Unternehmer- und der Arbeiterorganisationen das Recht der lokalen Gruppen auf Initiative im Lohnkampfe nicht gesteigert werden kann; wir sind weiter im Widerspruch mit Bringmann der Ueberzeugung, dass den Riesenorganisationen der Unternehmer, der Konzentration der Arbeitgeberverbände — nicht zuletzt im Baugewerbe — die höchstmögliche Konzentration der proletarischen Kräfte, die Verschmelzung der beruflich verwandten Gewerkschaften entgegengestellt werden muss. Eine vor der gefahrvollen Zukunft nicht die Augen schliessende Betrachtung zwingt uns, den Arbeitern nicht Beruhigung zu predigen, sondern sie zu erhöhter Wachsamkeit aufzurütteln, sie zu gesteigerten Rüstungen und zur Kräftigung der Gewerkschaften zu mahnen. Gerade die Bauarbeitersperrung in Deutschland lehrt die österreichischen Arbeiter, dass sie mit weit grösseren Opfern für die Gewerkschaften zu rechnen haben werden. Wie leicht sind ihre Kriegsfonds erschöpft, wie wenig können sie für einen Monate hindurch währenden Massenkampf ausreichen! Sie haben aber mit einem sich von Monat zu Monat steigernden Fanatismus der Unternehmer, mit dem rasch sich vollziehenden Ausbau ihrer Organisationen, mit einer emsigen Nachahmung aller Muster ausländischer Scharfmacherei zu rechnen. Deshalb sind für die österreichischen Arbeiter die nur zu ernsten Lehren der Bauarbeitersperrung in Deutschland von der grössten Bedeutung.

Max Winter: Männerheime

Industrie und Menschenansammlung bedingen einander. Soziale Vorsorge für die herangezogenen Arbeitermassen ist zu treffen, nicht nur im Interesse der Industrie, sondern auch der Städte, die nebst den Eignern der Produktionsmittel den grössten Nutzen aus der Arbeit derer ziehen, die von der Industrie herangezogen werden, um Werte, um Mehrwert zu schaffen. Die primitivste soziale Vorsorge ist die, den Herangezogenen Wohnungen zu schaffen. Das ist das erste und wichtigste für den, der das Industriezentrum erreicht, um hier Arbeitskraft zu verkaufen. Dieses soziale Interesse und daraus entspringend diese soziale Pflicht ist noch lange nicht erkannt. Das ist unschwer zu erweisen. Mit einer Ziffer: Wien hatte nach dem Stande der letzten Volkszählung (1900) 66.000 Bettgeher.

Wer sind diese? Das sind zum gut Teil die Zugewanderten, die von Industrie, Handel und Verkehr in die Grossstadt gezogen werden, zum andern die flügge gewordenen Grossstadtkinder, die durch irgendwelche Umstände gezwungen sind, bei fremden Menschen ein Bett zu mieten, um nach getanem Tagewerk ein Dach über dem Haupte zu haben.

Wie leben sie? Sie haben ein Bett gemietet und nichts als dieses. Dieses Bett ist ihre Wohnung: ihr Tisch, ihr Stuhl, ihr Erholungsort, ihr Schlaf- und Speiseraum, ihr Lager nach des Tages Müh' und wenn gestörte Lebensfunktionen sie zum Liegen zwingen, wenn sie krank sind. Und dieses Bett steht in einem Raum, in dem noch zwei, drei andere Betten oder Schlafstellen aufgeschlagen sind, in denen ganz andere Menschen „wohnen“. Der Mieter der Wohnung, seine Frau, die 13- und 16jährige Tochter, der 14jährige Sohn, ein kleines schulpflichtiges Menschlein, ein Säugling vielleicht und ausserdem noch irgend ein ganz Fremder, ein zweiter Bettgeher oder auch ein „Bettmädel“, eine mutterlose Arbeiterin, ein arbeitsloses Dienstmädchen. Nicht selten wohnt auch eine zweite Familie im gleichen Raum, oder sie ist „zu Bett“ in der anstossenden Küche, oder eine Witwe mit ihren Kindern Kunterbunt durcheinander und nebeneinander liegen hier die Menschen, die einander Fremden, die sich vor einer Stunde vielleicht noch gar nicht gekannt haben, und verrichten voreinander die intimsten Funktionen, kleiden sich aus, geben sich preis und die Moralpaffen schreien dann von sittlicher Verwilderung des Volkes.

Die durch solche Enge bedingte Ertötung des Schamgefühls ist gewiss eine schlimme Sache, eine furchtbare — aber sie ist leider nicht alles, was solches „Wohnen“ mit sich bringt. Auf der jüngsten Tagung der Tuberkulosebekämpfer Deutschlands wurde die furchtbare Würgerin die Wohnungskrankheit darum genannt, weil nirgends bessere Verbreitungsmöglichkeiten für die Tuberkulose gegeben sind als in überfüllten Wohnungen, durch nichts auch wird der bösesten Geissel der Menschheit, der Syphilis, mehr Vorschub geleistet als durch das enge Nebeneinander von Männern, Weibern, Ledigen und Verheirateten. Gelegenheit weckt Liebe und je verstohlener sie geschenkt und empfangen werden muss, desto sicherer unterbleiben auch die primitivsten Vorrichtungen gegen die Weitertragung geschlechtlicher Krankheiten. Und zum dritten: Nichts fördert mehr den Alkoholismus als solches Wohnen. Wem das Bett Wohnung sein soll, der sieht in der elendsten Kneipe einen Erholungsort, einen, wo er sitzen kann, reden, wo ihm Geselligkeit geboten ist, roher Spass und wüster Quatsch zwar meist nur, aber doch gesellige Aussprache. Und diese drei Mitbewohner jeder engen Behausung, die von einander Fremden bevölkert ist, die Tuberkulose, die Syphilis und der Alkoholismus, fördern einander in schönster geschwisterlicher Eintracht und treiben sich die Opfer zu, die denn auch zu Zehntausenden fallen, um immer wieder frisch von der menschenhungrigen Industriestadt geliefert zu werden.

Die Schmach dieses Zustandes musste schon ins Wahnwitzige ausarten, ehe schwach die Erkenntnis aufdämmerte, dass es so nicht weitergehen könne, dass endlich etwas geschehen müsse. Aber was?

Die Privatspekulation hatte längst erkannt, dass hier Geschäfte zu machen sind — gute Geschäfte. Sie errichtete die sogenannten „Arbeiterhotels“, primitivste Männer,

herbergen mit gemeinsamen Schlafsälen und mit der lieblichen Einrichtung der „Wechselbetten“, so geheissen, weil durch 14 Tage hindurch die Wäsche nicht, der Schläfer aber täglich gewechselt wurde. Auf dass er nicht ohne lebende Andenken das Hotel verlasse! Diese „Hotels“ natürlich wieder ohne Erholungsräume, ohne hygienische Vorkehrungen und nicht selten in Verbindung mit einem zweiten Hoteltrakt, in dem an Paare, die die Gasse zusammengebracht hatte, „Stundenzimmer“ vermietet wurden und werden. Die Folge für die Mieter: Wüste Lärmszenen und Krawall fast Nacht um Nacht. Für die Besitzer: Reiche Einkünfte durch schlimmste Bewucherung der Aermsten. Im Osten Londons gibt es Hunderte solcher Männerherbergen, bei denen sich die behördliche Fürsorge und Aufsicht darauf beschränkt, dass bei Feuersgefahr ein Notausgang vorhanden sei.

Das „Fire-Exit“ kann man in jedem Schlafsaal über einer Tür oder einem Fenster lesen, hinter dem eine eiserne Nottreppe ins Freie führt. Hunderte solcher Herbergen gibt es im östlichen London allein, wo eine Million Menschen in den berüchtigten „Slums“ wohnen, den Menschenpferchen — aber so weit geht die Not der Bewohner noch lange nicht, dass sie Zehntausende von Fremden mit in ihren Wohnungen schlafen liessen. Das ist eine deutsche und besonders eine Wiener Spezialität. Darum die vielen Herbergen, die Lodging Houses, deren London rund 600 hat, für 3 bis 4 Pence die Nacht (30 bis 40 h) findet man in den meisten einen Unterschlupf, aber es gibt auch Logierhäuser, in denen 5 und 6 Pence begehrt werden. Diese der Privatspekulation entsprungene Vorsorge für Quartiere Einzelstehender ist natürlich ebenso wenig als soziale Vorsorge anzusehen wie die Unterschlupfe der Wiener Bettgeher. Damit haben Industrie und Stadt, die aus den Zuwandernden Nutzen ziehen, weder ihr soziales Interesse erwiesen, noch die daraus entspringende soziale Pflicht erfüllt. Im Gegenteil, sie haben gezeigt, dass sie unfähig sind, sozial vorzusorgen.

So kam es und so musste es kommen, dass ihnen heute die Verhältnisse über den Kopf gewachsen sind, dass eine Million Wiener in ganz menschenunwürdiger Weise wohnt. Mit den 66.246 Bettgehern des Jahres 1900 ist es nämlich keineswegs abgetan. Das ist nur eine Kategorie der Fremden, die in die Familienwohnungen dringen. Zu ihnen gesellen sich noch 492 landwirtschaftliche Arbeiter und 57.682 gewerbliche Arbeiter, die in den Wohnungen der Unternehmer hausen, 86.708 Aftermieter und 17.755 Familienmitglieder von Aftermietern. Diese Ziffern wurden unter 1,363.000 zur Zeit der Zählung ortsanwesenden Menschen erhoben. Wir fanden also 1900 bei 1,3 Millionen Ortsanwesender, 1,67 Millionen tatsächlicher Bevölkerung 228.883 Menschen, die keine eigene Wohnung hatten, sondern in 162.000 Wohnungen (einem Drittel aller) als Fremde mithausten. Heute hat Wien eine berechnete Bevölkerung von 2,140.000; es müssen also im gleichen Verhältnis wie 1900 rund 300.000 Menschen angenommen werden, die als Fremde in Familienwohnungen zu dringen darum genötigt sind, weil keine andere Vorsorge getroffen ist. Und mit ihnen leiden die Vermieter und ihre Familien — wenigstens weitere 700.000 Menschen.

Ist wirklich nicht anders vorgesorgt? Wir haben doch Männerheime, ein älteres und zwei moderne? Ja, die haben wir, aber was bedeuten diese drei Heime? In dem ersten mit den Stiftungshäusern in Ottakring verbundenen ist in 44 Wohnräumen für 53 Männer Platz, das zweite, das Brigittenuer Männerheim hat 544 Einzelschlafabteile, und das neueste, das Hernalser, 890. Alles in allem können in Wien also 1478 Männer von 300.000 Männern, Frauen und Kindern, die in fremden Wohnungen hausen müssen, in Abzug gebracht werden. Von einer Viertelmillion Männer — so viele mögen es sein — sind 1500 so untergebracht, dass man von kulturellem Wohnen sprechen kann: Der 166. Teil aller.

Mehr als von einigen Musterbeispielen kann also nicht gesprochen werden, wenn wir von Männerheimen reden. Von der Grösse des Hernalser Heimes brauchten wir heute schon in Wien nahe an 300 und jedes weitere Jahr müsste uns sieben neue Heime dieser Art und Dimension bringen, wenn zu der alten mangelnden Fürsorge sich nicht neue Sünden gesellen sollten, wenn zu der heutigen Viertelmillion nicht Jahrzehnt um Jahrzehnt rund 50.000 Männer neu stossen sollen, die in die Familien eindringen.

Dennoch sind diese Musterbeispiele so gut und so lehrreich und sie enthalten eine solche Summe aufreizender Tatsachen, indem sie zeigen, wie schlecht alles andere ist, dass man an ihnen nicht vorübergehen kann. Kurz gesagt, sind die Männerheime, wie wir sie in Wien kennen, ja nichts als ein von sozialpolitischen Gesichtspunkten ausgehender Ausbau der Arbeiterhotels, der Lodging Houses, die die Privatspekulation errichtet hat. Sie sind das Ergebnis einer gründlichen Revision der Rechnung dieser Spekulanten. Diese Revision hat zuerst der englische Lord Rowton vorgenommen und er hat dabei gefunden, dass man weit besseres als die rohe Privatspekulation herstellen und dabei doch sein Kapital verzinsen kann. Auch Lord Rowton war ein Menschenfreund mit Zinsen und er wollte nie etwas anderes sein, denn er wollte nicht Wohltaten durch Geschenke üben, die für den Geber und den Empfänger immer etwas Erniedrigendes haben, sondern Gutes schaffen durch kaufmännische Gebarung mit dem Kapital. Was Rowton unternahm, war, durch den Kaufmann den Wucherer zu besiegen. Sein Experiment gelang. Dem einen, ersten Rowtonhaus in Vauxhall, im Südwesten Londons, das 484 cubicles (Einzelschlafabteile) hatte und das 1892 erbaut wurde, folgten in den nächsten 15 Jahren fünf weitere, doppelt und darüber so grosse, und aus der Privatgründung des einen wurde ein Aktienunternehmen, das heute über $\frac{1}{2}$ Million Pfund (12.5 Millionen Kronen) Kapital verfügt, das sich mit rund 5 Prozent verzinst. Diese Gründung eines nüchtern rechnenden Kaufmannes fand nicht nur in London selbst Nachahmung (die Carrington Houses zeugen dafür), auch in Mailand und in Wien wurden Männerheime dieser Art gebaut. In beiden Städten so wenig wie in London als Wohltaten gedacht, sondern als Unternehmungen, die kaufmännischen Gewinn bringen, die das Kapital verzinsen.

Was bieten nun die Männerheime so Besonderes, dass das Wohnen in ihnen als ein kulturelles bezeichnet werden kann?

Vor allem jedem Gast einen eigenen Schlafraum, der durch eine geniale Abtheilung der eigentlich gemeinsamen Schlafsäle gewonnen wird. Mitten durch den von zwei Fensterfronten begrenzten länglichen Saal geht ein Gang, begrenzt von dünnen Betonmauern, die nur bis zwei Drittel der Saalhöhe reichen. Darüber bis zur Decke sind Drahtgitter gezogen. Jedes Abteil umfasst zwar nur vier Quadratmeter Fläche — ausreichend, um ein Bett, einen Stuhl, ein Kleiderregal unterzubringen und den nötigen Bewegungsraum freizulassen — aber der Luftraum ist darum mindestens zwölf Kubikmeter, weil auch die den Gang füllende Luft zu ihm gehört. Jedes Abteil hat ein einflügeliges Fenster, so dass jeder nach eigenem Belieben bei offenem oder geschlossenem Fenster schlafen kann. Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends sind die Schlafsäle, in denen auch Waschräume mit Wasserausläufen über jedem Becken untergebracht sind, abgesperrt und in dieser Zeit werden sie gründlich durchlüftet, so dass die Gäste abends reine Luft vorfinden.

Dem eigenen hygienisch einwandfreien Schlafraum, der die Bettgeher davon befreit, selbst geniert andere genieren zu müssen, gliedern sich eine Menge Tag- und Gebrauchsräume an, die dem Gast erlauben, ein menschlich befriedigendes Leben zu führen.

In den Kastenräumen hat jeder seinen Effektenkasten, mit Sicherheitsschloss gesperrt, daneben einen gemeinsamen Ankleideraum, im Gepäckraum einen Aufbewahrungsort für seinen entleerten Koffer, eine Radremise, einen Putzraum, einen mit entsprechenden Einrichtungen ausgestatteten Ort zum Putzen der Kleider und Schuhe, Reparaturen besorgen billigst der Hausschneider und der Hausschuster, für Gesicht- und Kopfpflege sorgt der Hausfriseur, jeder Gast hat täglich Anspruch auf ein Fussbad in dem eigens hierfür gebauten Fussbaderaum, gegen 10 h Gebühr bekommt er ein Duschbad mit Wäsche, gegen 30 h ein Wannenbad. Wer es nötig hat, kann seine Kleider desinfizieren lassen und selbst indes ein Gratisbad nehmen. In einem ärztlichen Ordinationszimmer ist täglich unentgeltliche ärztliche Sprechstunde. Hier sind zwei Marodenzimmer, ein Baderaum und die Krankenaborte angegliedert.

Zu diesen der Körperpflege dienenden Einrichtungen gesellt sich noch eine stattliche Zahl reizend mit künstlerischem Schmuck ausgestatteter Erholungsräume. Vor

allem der 57 Meter lange und 3·2 Meter breite Hauptgang, der in der Mitte zu einem stattlichen Vestibül ausgebildet ist. Hier münden ein ein Saal für Raucher, einer für Nichtraucher, ein Lesesaal, ein Schreibzimmer, ein Besuchszimmer, wo der Gast seine Privatbesuche empfangen kann, und der riesige Speisesaal, in dem der Hauskantineur zu vorgeschriebenen Preisen (kaum höher als die Volksküchenpreise) gut gekochte Speisen in reich bemessenen Portionen verabfolgt. Wer sich selbst kochen will — und es gibt viele Männer, die sich darauf verstehen — hat einen Kochraum mit 14 Gaskochern und Geschirrabwaschvorrichtungen zur Verfügung.

Aller dieser Vorteile kann der Schlafgast gegen Lösung einer Wochenkarte im Preise von K 2·80 teilhaftig werden. Die Bettstelle in einer Familienwohnung kostet 2 K wöchentlich. Das Heim, bis 11 Uhr nachts offen, wird dann gegen 10 h Sperrgeld geöffnet. Auch hierin ein Vorteil mehr, der die Preisdifferenz nicht nur wettmacht, der sogar hilft, einen Ueberschuss herauszubekommen, rechnet einer nur alles auch wirklich: die unentgeltliche Körper- und Fusspflege, das billige Bad, die billigen Reparaturen- und Speisetarife, das allwöchentlich frisch überzogene Bett, die unentgeltliche Bibliotheksbenützung — wobei vielleicht der Volksbildungsverein durch Erweiterung der Hausbibliotheken nachhelfen könnte — und endlich die unentgeltliche ärztliche Hilfe.

Wer hier wirklich rechnet, wird den Vorteil leicht erkennen, und es rechnen viele so, ein Beweis, dass das ältere Brigittenauer Haus seit Jahr und Tag täglich vollbesetzt ist, dass es schon nach dem ersten Jahre die berechnete Verzinsung von $4\frac{1}{4}$ Prozent, die die Stiftungsgelder abwerfen müssen, trug. Die Stiftungsgelder! Da sind wir bei dem wunden Punkt. Alle drei Männerheime sind von der Jubiläumsstiftung für Volkswohnungen erbaut. Der Stiftungsfonds hat seine Grenzen, seine in Anbetracht der ins Riesengrosse gewachsenen Wohnungssünden und Verbrechen Wiens sehr engen Grenzen. Aus eigener Kraft hat er seine Grenze bereits erreicht. Ginge es darnach, dann hätte schon das prächtige Hernalser Heim nicht mehr gebaut werden können. Schon dieses ist mit entliehenem Gelde gebaut. Das Geld zu entleihen war nicht so leicht. Darin unterscheidet sich eben das österreichische von dem englischen Grosskapital. Hier „spendet“ der Millionär für den „wohltätigen“ Zweck einmal eine Summe — sie muss gar nicht gross sein und ist es auch nicht — in England beteiligt sich der Kapitalist an dem Geschäft. Er wünscht, dass ihm Wohltun Zinsen trage, wenn auch bestimmt berechnete, nicht allzu hohe. So ist denn dem segensreichen Wirken des Stiftungskuratoriums ein solches Tempo aufgenötigt, dass in dem Bau der Männerheime keine ausreichende Antwort auf die Bettgeherfrage gegeben ist. Es sind Musterbeispiele, gute, glänzende — aber eben nur Muster. Zu Einrichtungen für alle können sie nicht werden — dem steht die kapitalistische Wirtschaftsordnung entgegen, die das soziale Elend mit seinen Einzelercheinungen des Wohnungs- und Bettgeherelends wohl schaffen, aber nicht heilen kann. Einsichtige können ein wenig lindern, was der Kapitalismus an Verbrechen gebiert, aber die Heilung könnte nur der Kapitalismus besorgen. Dazu freilich müsste er sich selbst aufgeben.

Bücherschau

Deutsche Parteiliteratur

Paul Kampffmeyer hat eine Neuauflage seiner im Jahre 1896 erschienenen Schrift „Geschichte der Gesellschaftsklassen in Deutschland“ erscheinen lassen (Berlin, Vorwärts, Preis geb. K 2·40). Die letzten drei Jahrfünfte kapitalistischer Entwicklung haben manche Keime zum Reifen gebracht und manche neue Seiten des Kapitalismus hervortreten lassen, die in der 2. Auflage zu berücksichtigen waren, so die Kartelle und Trusts und die riesenhafte Ent-

wicklung des Finanzkapitals. Im übrigen ist der Stoff des Werkchens gegenüber der ersten Auflage teilweise anders gruppiert und ergänzt.

Der Verfasser führt uns zunächst in die Frühzeit des Mittelalters und zeigt uns die Auflösung der Markverfassung, die Entstehung grosser Grundherrschaften und der Hörigkeit des Bauernstandes. Wir verfolgen den Ursprung und den Verfall des Ritterstandes, den Beginn der Geldwirtschaft und die wachsende Bedeutung der Städte und ihres Bürgertums, wir sehen mit Räubereien und Gewalttaten das Fürstentum

emporsteigen und die absolute Staatsgewalt entstehen, die sich mit dem privilegierten Adel mehr oder minder brüderlich in die Bedrückung und die Aussaugung der „Untertanen“ teilt. Unerhört sind die am Bauernstand verübten Frevel, die der Verfasser eingehend schildert. Sie zeigen uns, dass die vorkapitalistische Klassenherrschaft nicht minder „blut- und schmutztriefend“ war, als es die kapitalistische ist. Unter den Nachwirkungen der grossen französischen Revolution wird schliesslich mit den verrotteten politischen Zuständen des Deutschen Reiches aufgeräumt, die feudale Reaktion unterliegt, die Bauern werden befreit — nicht ohne dass der grosse Grundbesitz dabei ein glänzendes Geschäft macht — die Bourgeoisie geht aus den vielen sich widersprechenden Strömungen der Achtundvierziger-Revolution als Siegerin hervor, aber schon hat auch die Arbeiterklasse den Schauplatz der Geschichte betreten und den Kampf begonnen, der aller Klassenherrschaft ein Ende machen soll.

Kampffmeyers „Geschichte der Gesellschaftsklassen“ ist naturgemäss vorwiegend Geschichte der wirtschaftlichen Ausbeutungs- und der politischen Herrschaftsverhältnisse und Geschichte der Klassenkämpfe, doch lässt der Verfasser auch vielfach Streiflichter auf die jeweiligen Kulturverhältnisse fallen. Hier vermischen wir übrigens ein näheres Eingehen auf die Ideologien der einzelnen Gesellschaftsklassen.

Kampffmeyers Büchlein ist wohl nicht das klassische populäre Werk über die Geschichte der deutschen Gesellschaftsklassen — dieses ist noch ungeschrieben. Es treten in ihm die wirkenden Ursachen und der Gang der Entwicklung nicht immer plastisch und lückenlos genug hervor. Zum Beispiel ist die Entstehung des modernen Proletariats nicht deutlich herausgearbeitet, die eigenartigen politischen Herrschaftsverhältnisse Preussens, des wichtigsten deutschen Staates, verdienen wohl eine eingehende Analyse, der deutsche Bauernkrieg ist kaum erwähnt. Aber trotzdem haben wir es mit einem durchaus empfehlenswerten Buch zu tun, das über sein Thema populär unterrichtet. Es gibt eine gute Uebersicht über die geschichtliche Entwicklung und gewährt in das Wesen und die Handhabung vergangener Herrschaftsverhältnisse einen Einblick, der hinreicht, um Empörung gegen jede Klassenherrschaft zu wecken.

E. Lenz.

„Marxismus und Darwinismus“ betitelt sich eine Broschüre, der ein Vortrag von Ant. Pannekoek zugrunde liegt und die im Verlage der „Leipziger Buchdruckerei“ erschienen ist*.

In der ersten Hälfte der Broschüre gibt Pannekoek eine knappe Darstellung der Grundlagen des Darwinismus und des Marxismus und erörtert die Beziehungen beider theoretischen Systeme zum Klassenkampf. Der kurze Abschnitt „Der Darwinismus im Klassenkampf“ ist ganz vorzüglich.

In den weiteren Abschnitten wendet sich Pannekoek gegen die Versuche, den Darwinismus in schematischer, kritikloser Weise auf die menschliche Gesellschaft zu übertragen: „Darwinismus und Marxismus sind zwei verschiedene Lehren, deren eine für die Tierwelt, die andere für die

(menschliche) Gesellschaft gilt. Sie ergänzen einander in dem Sinne, dass die Tierwelt sich nach dem Darwinschen Prinzip bis zum Menschen entwickelt und dass für die Menschen von dem Augenblick an, wo sie aus der Tierwelt emporsteigen, der Marxismus das weitere Entwicklungsgesetz darstellt.“ Aber „Marxismus und Darwinismus sind nicht zwei unabhängige Lehren, deren jede auf ihrem eigenen Gebiet gilt, die aber miteinander nichts zu tun haben. Sie kommen in Wirklichkeit auf dasselbe Grundprinzip (Kampf ums Dasein) hinaus. Sie bilden eine Einheit“ Es gilt zu zeigen, „weshalb die Prinzipien des Darwinismus in der Menschheit sich zu ganz anderen Prinzipien, zu denen des Marxismus umwandeln“. Dem sind die Abschnitte „Das gesellschaftliche Zusammenleben“, „Werkzeuge, Denken und Sprache“, „Tierorgan und Menschenwerkzeug“ gewidmet. Es zeigt sich, dass „die besondere Gestalt, die der Darwinsche Kampf ums Dasein als Triebkraft der Entwicklung der Menschheit annimmt, durch das gesellschaftliche Zusammenleben und durch den Werkzeuggebrauch bestimmt“ sind. In einem letzten Abschnitt über „Kapitalismus und Sozialismus“ wird der Versuch gemacht, „die darwinistischen Prinzipien in der richtigen Weise (auf die heutige Produktionsweise) anzuwenden“.

Eine noch stärkere Betonung der von Pannekoek anerkannten prinzipiellen Einheit des Darwinismus und Marxismus wäre in den aufgezählten Abschnitten vielleicht am Platze.

Die Broschüre ist sehr populär geschrieben und jedem intelligenten Arbeiter zugänglich, wenn er auch bei manchen Abschnitten länger wird verweilen müssen. Ganz besondere Beachtung verdienen die Abschnitte, in denen die Bedeutung des Werkzeuges für die Entwicklung des menschlichen Denkens behandelt wird. Durch die hier gegebene zusammenfassende, wenn auch knappe Darstellung erhebt sich Pannekoeks Schrift weit über eine gelegentliche Popularisierung.

Der Broschüre muss die weiteste Verbreitung in den Kreisen der Genossen gewünscht werden. Dem kommt der — trotz der guten Ausstattung — so geringe Preis sehr entgegen.

Lipsius.

Sozialpolitik

Wiener staatswissenschaftliche Studien. Herausgegeben von Edmund Bernatzik und Eugen von Philippovich. Band VII, Heft 1. Die österreichische Spitzenindustrie. Von Else Cronbach. Heft 2. Die Wiener Wäscheindustrie. Von Hedwig Lemberger.

Die Erkenntnis der traurigen Lebenshaltung der hausindustriellen Arbeiterschaft kann nicht besser vertieft werden als durch Monographien über die Lage der verschiedenen Hausindustrien.

Bei der Spitzenklöppelei, die in Oesterreich im Erzgebirge und im Böhmerwald sowie in manchen Gegenden Krains als hausindustrielle Tätigkeit fast ausschliesslich von Frauen und Kindern betrieben wird, handelt es sich nach der überaus klaren und eindringlichen Darstellung von Else Cronbach um einen Industriezweig, dessen Ertrag für einen Teil der Arbeiterinnen Nebenverdienst, für einen anderen Hauptverdienst, aber

* 44 Seiten. Preis 25 Pf. Leipzig 1909.

nicht Alleinverdienst, bloss für eine Minderheit ausschliessliches Einkommen der Familie ist.

Schon dadurch ist dem Lohndruck Tür und Tor geöffnet. Dazu kommt noch, dass die Arbeiterinnen nicht auf Grund fixer Bestellungen der Händler arbeiten; vielmehr sucht der Händler die Arbeiterinnen zur Annahme jener Muster zu veranlassen, auf die er selbst Bestellungen hat, oder er erteilt Aufträge, die für keinen der beiden Teile bindend sind. Die Arbeiterin, die doch von ihrer Hände Arbeit leben muss, ist gezwungen, die quasi bestellte Arbeit auszuführen, auf die Gefahr hin, dass sie ihr vom Händler nur um einen geringeren Lohn abgenommen wird. Da es sich um Hausindustrie handelt, von einer Organisation also keine Rede ist, ist die Folge eine ungemein lange Arbeitszeit und ein erschreckend niederes Lohnniveau. So wird unter anderem von Hochofen, einem Ort im Erzgebirge, berichtet, dass das Einkommen einer dort lebenden Familie, bestehend aus Vater, Mutter und zwei Töchtern, die alle ausschliesslich vom Klöppeln leben, sich folgendermassen zusammensetzt:

Vater, arbeitet 13 Stunden täglich . . .	K 0'60
Mutter, arbeitet im Winter oft 18 Stunden täglich	„ 0'40
Erste Tochter, arbeitet 13 Stunden täglich	„ 0'77
Zweite Tochter, arbeitet 13 Stunden täglich	„ 0'50
	<u>K 2'27</u>

Einzel 4'3 Heller für eine Stunde anstrengender Arbeit!

Und nun erst die Kinderarbeit! In manchen Gegenden klöppeln Schulkinder auch an Schultagen 6 bis 8 Stunden, an schulfreien Tagen sogar 10, 12, 14 Stunden. Von Eisern, einem Dorfe in Krain, wird berichtet, dass dort fast alle Kinder klöppeln, Kinder von 11 bis 13 Jahren nicht weniger als 10 bis 12 Stunden täglich. Und dies alles in einem Staate mit 11stündigem gesetzlichen Normalarbeitstag für Erwachsene!

Was nützen dagegen die von der Regierung eingerichteten Spitzenkurse, was die von der Verfasserin vorgeschlagene Vereinigung der Händler u. s. w.? Eine Industrie, die „gewissermassen auf Kinderarbeit beruht“, kann auf diese Weise nicht reorganisiert werden.

Wesentlich anders sind die Verhältnisse in der von Hedwig Lemberger untersuchten Wäscheindustrie. Schon die ganze Organisationsform der Industrie in sogenannten Zwischenmeisterbetrieben oder in direkten Fabrikanlagen, respektive Eigenalons der Unternehmer schliesst die Isolierung der Arbeiterinnen in der Regel aus. Wo aber die Arbeiterinnen, wenn auch nur in kleinen Gruppen, gemeinsam arbeiten, da ist ein Lohndruck in so ungeheuerlichem Ausmasse wie bei der Spitzenindustrie unmöglich. Damit soll allerdings nicht gesagt sein, dass die Lage der in der Wäscheindustrie tätigen Frauen auch nur den bescheidensten Ansprüchen der Sozialpolitik entspricht. Zu der ungemein langen Arbeitszeit in schlechten, kleinen, unventilierbaren Arbeitsräumen gesellt sich ein für die Deckung der steigenden Auslagen durchaus ungenügender Lohn. Die Verfasserin hat die Einkommensverhältnisse der verschiedenen Arbeiterinnengruppen

durch Umfragen zu erheben gesucht. Die Ergebnisse dieser, zum grössten Teil auf persönlichen Mitteilungen beruhenden Angaben sind für manche Arbeitergruppen entschieden zu günstig; was sich wohl so erklären lässt, dass man an die schlechtest gezahlten Heimarbeiterinnen, zum Beispiel an die sogenannten Ausfertigerinnen, nur schwer herankommt. Doch sind trotzdem gerade die Kapitel über die Lebenshaltung der Arbeiterinnen und über die Schwierigkeiten der Organisierung der Frauen, wobei übrigens die christlichen Patronagen übersehen werden, besonders interessant und lesenswert. In den beiden Büchern ist reiches Tatsachenmaterial mit Fleiss und vielem Verständnis gesammelt und in anregender und übersichtlicher Weise verarbeitet. Das Buch von Else Cronbach insbesondere wird unseren Referentinnen in Böhmen willkommen sein als Behelf für die Agitation gegen die Auswüchse der Frauenarbeit und gegen die Kinderarbeit. Aber auch die Lektüre des Buches von Hedwig Lemberger kann wärmstens empfohlen werden.

Helene Deutsch.

Ueber die österreichische Auswanderung in ihren gesamten statistischen und sozialpolitischen Beziehungen, über Auswanderungsgesetzgebung und Auswanderungspolitik unterrichtet in ausführlicher Weise das vor kurzem erschienene Buch von Dr. Leopold Caro: „Auswanderung und Auswanderungspolitik in Oesterreich“, herausgegeben im Auftrage des Vereines für Sozialpolitik (131. Band der Schriften des V. f. S. — Leipzig 1909, Duncker u. Humblot, VI und 284 Seiten, Preis Mk. 6'40).

Hier war entschieden eine bestehende Lücke auszufüllen, da es die österreichische Auswanderungsliteratur, sehr im Gegensatz etwa zur italienischen, bisher noch kaum über Zeitschriftenartikel und einige Broschüren hinaus gebracht hat, in denen, abgesehen von ihrer nicht immer ganz leichten Zugänglichkeit, zum Beispiel die theoretische Erörterung der Probleme, welche die österreichische Auswanderung in ihrer besonderen nationalen und kulturellen Zusammensetzung, in der räumlichen Entwicklung und Verschiebung ihres Rekrutierungsgebietes, ihren Rückwirkungen auf die Klassenbildung und die agrarischen Besitzverhältnisse im Mutterlande sowie auf dessen Beziehungen zur Neuen Welt u. s. w. darbietet, nicht ganz zu ihrem Rechte kommt. Gerade dies darf man allerdings auch bei Caro nicht suchen: was er bietet, ist im wesentlichen eine sehr instruktive, reichhaltige Materialsammlung, die mit Benützung einer umfangreichen Literatur und vieler aktenmässigen und handschriftlichen Quellen gearbeitet ist, die der Autor sich mit grosser Sorgsamkeit bei den verschiedenen in- und ausländischen Stellen beschafft hat.

Aus dem Inhalt sei hervorgehoben: Statistik der österreichischen Auswanderung; kontinentale Wanderungen; Rückwanderung; Mädchenhandel; Geldheimsendungen; Agentenwesen; Kontrolle und Transport der Auswanderer im Auslande; Lage der kontinentalen Auswanderer (Kontraktbruch, Arbeitsbedingungen, Behandlung durch die Arbeitgeber, Ausnahmsgesetze); Aufgaben der österreichischen Auswanderungspolitik; nationale und internationale Regelung. Einzelheiten wird man bei Benützung des Buches

immerhin vermissen; so wäre neben den bestehenden ausländischen Auswanderungsgesetzen auch der Abdruck des österreichischen Entwurfes erwünscht gewesen; ferner hätte im Rahmen des Abschnittes über den Auswanderungstransport eine vergleichende ziffermässige Darstellung der Fahrpreise in den verschiedenen Relationen sowie der Schwankungen, welchen diese Fahrpreise in den einzelnen Phasen des Tarifkampfes in der transatlantischen Passagierdampfschiffahrt ausgesetzt waren, Platz finden sollen; auch kann man es als Mangel empfinden, dass der Autor jede Würdigung der spezifisch proletarischen Aus- und Einwanderungspolitik unterlassen hat, die in den programmatischen Beschlüssen des Stuttgarter internationalen Kongresses geregelt ist. Diese Unterlassung ist um so befremdlicher, als dem Verfasser der vorwiegend proletarische Charakter des Auswanderungsphänomens und die Notwendigkeit seiner Regelung von proletarischen Gesichtspunkten nicht entgangen zu sein scheint, wie sich denn auch in den zahlreichen kritischen Erörterungen und positiven Vorschlägen, die die Materialdarstellung durchsetzen, gleichwie in den früheren einschlägigen Arbeiten Caros ein starkes soziales Empfinden und eine erfreuliche Festigkeit gegenüber all den kapitalistischen Profitinteressen kundgibt, von denen die Auswanderungsbewegung umlagert ist. In dieser Hinsicht sei es besonders erwähnt, dass der Verfasser sich mit bemerkenswerter Schärfe gegen die seit einigen Jahren namentlich seitens der Austro-Amerikana nahestehender Interessentengruppe betriebene Nationalisierungssagitation wendet, welche bemüht ist, den erstrebten gesetzlichen Schutz der Auswanderer gegen Ausbeutung aller Art in eine Monopolisierung dieser Ausbeutung zugunsten Triests und des heimischen Reederkapitals umzufälschen, und welche es leider bereits zustandegebracht hat, die Einführung dieses gesetzlichen Schutzes um Jahre zu verzögern. Mit Recht konstatiert Caro, dass die Frage der Hebung der österreichischen Seeschiffahrt keinesfalls auf Kosten der Auswanderer gelöst werden dürfe.

Leider hat sich der Autor ohne innere Notwendigkeit bewegen gefühlt, seiner Arbeit eine allgemein theoretische oder besser gesagt räsonierende Einführung zu geben, die als recht ver-

fehlt bezeichnet werden muss. Doch tut sie, weil ohne besonderen Zusammenhang mit dem sachlichen Inhalt des Buches, seinem Wert keinen grossen Eintrag. Allen denen, die sich mit Auswanderungsfragen beschäftigen, kann seine Lektüre empfohlen werden.

F.

Mit seiner kürzlich erschienenen „Bibliographie der Jugendfürsorge“ (Verlag der Manzchen Buchhandlung, Wien 1910) hat Dr. Heinrich Reicher sein grossangelegtes Werk über die Fürsorge für die verwahrloste Jugend abgeschlossen. Wie das ganze Werk, so zeugt auch dieser letzte Teil für den Bienenfleiss und die Gewissenhaftigkeit des verdienten Gelehrten. Freilich, diese Bibliographie ist in gewisser Beziehung ein Kuriosum. Wenn man Seite um Seite umblättert und diese Unmasse von Buchtiteln, Ueberschriften von Erlässen, Verordnungen und dergleichen übersieht, dann empfindet man so recht den klaffenden Widerspruch zwischen den vielen Worten und den wenigen Taten, die die letzten Jahre gesehen haben. Da dünkt es uns fürwahr: Der Worte sind genug gewechselt . . .

J. D.

Alkoholfrage

Im Verlage des Deutschen Arbeiter-Abstinenzbundes (Joh. Michaelis, Berlin SO.) ist ein sehr empfehlenswertes Büchlein erschienen. „Taschenatlas zur Alkoholfrage“, Text von Dr. med. Holitscher. (Preis kartoniert 1 Mk., gebunden Mk. 1.50.) Das Buch enthält 13 farbige Tafeln mit graphischer Darstellung der wichtigsten Seiten der Alkoholfrage. Der Text ist der Erläuterung dieser Tafeln gewidmet; er ist klar und leicht verständlich gehalten. Der Taschenatlas ist vor allem für die bestimmt, die über die Alkoholfrage diskutieren. Er soll Referenten über die Alkoholfrage eine übersichtliche Zusammenstellung der wichtigsten Daten geben, aber auch den Diskutierenden als Nachschlagebüchlein dienen. Er kann aber, wie wir glauben, noch mehr, indem er in weiten Kreisen Aufklärung über die Schäden des Alkoholismus zu verbreiten vermag. Wir wünschen dem Büchlein, dass es von Tausenden gelesen und beachtet werde.

J. D.